D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 9
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

5. März 1982
Preis 1,80 DM

Gleichberechtigung? Ja, auf dem Papier
Von „Gleichberechtigung" geredet wird viel, doch die Praxis ist anders. Würde ein Antidiskriminierungsgesetz was bringen? .... Seiten 14/15



Ein Jahr nach den Massenverhaftungen von Nürnberg
Was ist geblieben? Der Prozeß ist für's erste geplatzt. Doch Anklage und Strafdrohung gegen die damals Verhafteten bestehen weiter .... S. 3

Soziale Dienste gegen Sozialabbau und Stellenklau
Seit dem letzten Herbst haben sich in mehreren Städten Initiativen gegen die Sparmaßnahmen gebildet. Dieser Tage führen einige Aktionstage durch S. 6

Zur Wahl in Hessen kein Bündnis, aber ein Programm
Ein Programm, das in vielerlei Hinsicht ein Fortschritt ist, haben die Grünen vorgelegt. Wir stellen den Teil „Wirtschaft & Arbeitswelt" vor S. 7

Die Nötigung des Staatsorgans

bl. Die Bundesanwaltschaft hat einen der Sprecher der Bürgerinitiativen gegen die Startbahn West, Alexander Schubart, wegen Nötigung eines Verfassungsorgans angeklagt. Er soll versucht haben, die hessische Landesregierung mit Gewalt und durch Drohung mit Gewalt zu nötigen, ihre Befugnisse nicht oder in einem bestimmten Sinne auszuüben (§ 105 StGB). Die Anklage wirft weiter vor, daß Alexander Schubart Widerstand gegen die Staatsgewalt, Nötigung und Landfriedensbruch begangen hat. „Tatort" war der Frankfurter Flughafen. Fest steht, daß der „Täter" nicht da war.

Am 14. November 1981 ruft Alexander Schubart in Wiesbaden auf der größten hessischen Demonstration mit über 100000 Teilnehmern auf, den Frankfurter Flughafen zu inspizieren: „Morgen wird für einige Stunden durch eine Doppelblockade von Polizei und von Demonstranten, mehr von der Polizei, der Flughafen wahrscheinlich zu sein, das wird sicher eintreten ... Das Ziel unserer Aktion muß vollständig gewaltfrei ablaufen, vollständig gewaltfrei ... Das Ziel unserer Aktion ist, ab 12.30 Uhr ist der Flughafen dicht." Alexander Schubart sagt, was Beschluß der Bürgerinitiativen gegen die Startbahn West ist. Am 15. November wird der Flughafen für einige Stunden diszipliniert blockiert. Schubart selbst ist nicht anwesend. Polizeitruppen greifen gewaltsam an und veranstalten eine Jagd. 104 Personen werden festgenommen. Ihnen wird schwerer Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Nötigung vorgeworfen. Dies wird Alexander Schubart nach der Anklageschrift als *eigene* Tat zugerechnet.

Den Versuch der Nötigung der hessi-

Anklage wirft weiter vor, daß Alexander Schubart Widerstand gegen die Staatsgewalt, Nötigung und Landfriedensbruch begangen hat. „Tatort" war der Frankfurter Flughafen. Fest steht, daß der „Täter" nicht da war.

Am 14. November 1981 ruft Alexander Schubart in Wiesbaden auf der größten hessischen Demonstration mit über 100000 Teilnehmern auf, den Frankfurter Flughafen zu inspizieren: „Morgen wird für einige Stunden durch eine Doppelblockade von Polizei und von Demonstranten, mehr von der Polizei, der Flughafen wahrscheinlich zu sein, das wird sicher eintreten ... Das Ziel unserer Aktion muß vollständig gewaltfrei ablaufen, vollständig gewaltfrei ... Das Ziel unserer Aktion ist, ab 12.30 Uhr ist der Flughafen dicht." Alexander Schubart sagt, was Beschluß der Bürgerinitiativen gegen die Startbahn West ist. Am 15. November wird der Flughafen für einige Stunden diszipliniert blockiert. Schubart selbst ist nicht anwesend. Polizeitruppen greifen gewaltsam an und veranstalten eine Jagd. 104 Personen werden festgenommen. Ihnen wird schwerer Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Nötigung vorgeworfen. Dies wird Alexander Schubart nach der Anklageschrift als *eigene* Tat zugerechnet.

Den Versuch der Nötigung der hessi-schen Landesregierung begründet Bundesanwalt Rebmann damit, daß Zweck der Aktion am 15.11. gewesen sei, der Landesregierung klar zu machen, was in Zukunft auf sie zukommen würde, wenn sie den Forderungen der Bürgerinitiativen nicht nachkomme. Die Strafvorschrift der Nötigung von Verfassungsorganen ist Teil des politischen Strafrechts. Ursprünglich auf das Auseinandersprengen von Parlamenten und die gewaltsame Entfernung einzelner Mitglieder aus dem Parlament gerichtet, erfolgte die Änderung durch das 8. Strafrechtsänderungsgesetz von 1968. Nötigen durch Gewalt – wie es jetzt heißt – liegt schon vor, wenn eine „psychische Zwangswirkung" ausgeübt wird. Dazu bedarf es keiner „rohen körperlichen Gewalt". Die Strafvorschrift knüpft an die Hochverratsbestimmungen an. Geht es dort um das Zerbrechen, so geht es hier um das Beugen der für die staatliche Willensbildung maßgeblichen Institutionen, erläutern die Kommentatoren des Strafgesetzbuches.

Ins Spiel gebracht wurde der Vorwurf der Nötigung von Verfassungsorganen bei der Entführung von Lorenz und Schleyer.

Die Bundesanwaltschaft führt die Anklage selbst. Nach dem Gesetz ist sie zwar für die Ermittlungen zuständig, wäre aber verpflichtet gewesen, die Sache an die Landesstaatsanwaltschaft vor Anklageerhebung abzugeben. Juristisch kann sie die Anklage nur selbst erheben, wenn besondere Interessen des Bundes berührt sind oder es die „Rechtseinheit" gebietet. Darüber schweigt die Anklageschrift. Die Kräfteverhältnisse in der Region hätten die Durchsetzung einer solchen Anklage schwierig gemacht. Der Widerstand gegen die Startbahn West reicht bis in die Frankfurter Justiz. Das mögen die Gründe sein, die dazu geführt haben, daß Rebmann selbst die Anklage vertritt. Nur über den Vorwurf der Nötigung der Landesregierung war die Bundesanwaltschaft überhaupt in der Lage, selbst zu ermitteln und die Anklage beim Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts zu erheben.

Die Anklage läßt sich nicht einfach aus *der* Reaktion und Angriffen auf das Demonstrationsrecht erklären. Das Vorgehen ist als Reaktion der Staatsmacht auf die Krise zu begreifen, in der sich die Bewegung gegen die Startbahn West befindet, seitdem der Antrag auf Volksbegehren abgelehnt wurde. Bis zur Abgabe des Antrages auf Volksbegehren waren die Bürgerinitiativen in der Initiative. Der Bauplatz wurde mehrfach besetzt, die Rodungsarbeiten behindert. Das waren Kampfschritte, die die Landesregierung aufgrund der Stärke der Bewegung hinnehmen mußte. Öfter waren es Rechte, die juristisch jedenfalls verwehrt werden. Gleichwohl wurde beispielsweise die Tatsache, daß wir auf fremdem Eigentum – dem der Flughafen AG – standen, daß wir uns den Polizeiketten entgegengestellt haben, in der Argumentation der Bürgerinitiativen als verbriefte Rechte behandelt. Der Widerspruch zwischen dem von der Staatsmacht gesetzten geltenden Recht und dem, was die Bewegung gegen die Startbahn West als ihr Recht in Anspruch nahm, war in den Aktionen vorhanden. Im Bewußtsein der kämpfenden Region waren diese Aktionen legitim und legal. Die Landesregierung mußte hinnehmen, daß in Aktionen auch gleich-

klage beim Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts zu erheben.

Die Anklage läßt sich nicht einfach aus *der* Reaktion und Angriffen auf das Demonstrationsrecht erklären. Das Vorgehen ist als Reaktion der Staatsmacht auf die Krise zu begreifen, in der sich die Bewegung gegen die Startbahn West befindet, seitdem der Antrag auf Volksbegehren abgelehnt wurde. Bis zur Abgabe des Antrages auf Volksbegehren waren die Bürgerinitiativen in der Initiative. Der Bauplatz wurde mehrfach besetzt, die Rodungsarbeiten behindert. Das waren Kampfschritte, die die Landesregierung aufgrund der Stärke der Bewegung hinnehmen mußte. Öfter waren es Rechte, die juristisch jedenfalls verwehrt werden. Gleichwohl wurde beispielsweise die Tatsache, daß wir auf fremdem Eigentum – dem der Flughafen AG – standen, daß wir uns den Polizeiketten entgegengestellt haben, in der Argumentation der Bürgerinitiativen als verbriefte Rechte behandelt. Der Widerspruch zwischen dem von der Staatsmacht gesetzten geltenden Recht und dem, was die Bewegung gegen die Startbahn West als ihr Recht in Anspruch nahm, war in den Aktionen vorhanden. Im Bewußtsein der kämpfenden Region waren diese Aktionen legitim und legal. Die Landesregierung mußte hinnehmen, daß in Aktionen auch gleich-zeitig die Frage gestellt wurde, wer die Macht ausübt, d.h. Fragen der Eigentumsrechte und ihrer Durchsetzung durch die Parlamente mitaufgeworfen war. Die Losung vom gewaltfreien Widerstand stellte immer das Bindeglied zum geltenden Recht dar, während die Losung „der Platz wird besetzt" oder „kein Flugzeug wird starten" auf der anderen Seite das Element der Machtfrage enthielt.

Als *Theorie* stand das Konzept des gewaltfreien Widerstandes zu keinem Zeitpunkt in Gegnerschaft zum geltenden System, weil es von seiner Anerkennung ausgeht. Praktisch und politisch wurde aber gleichzeitig der Weg verfolgt, daß die betroffene Region selbst entscheidet, womit jedenfalls der Bestand der Regierung und die Entscheidungsmacht des Staates in Frage gestellt wurden. Solange die Bewegung gegen die Startbahn West in der Initiative war, wirkte sich dieser Widerspruch nicht aus, sondern war unproblematisch. Der Machtanspruch, der als Rechtsanspruch behauptet wurde, war scheinbar real. Gerade weil das Bewußtsein der Legalität bei fast allen Aktionen ausgeprägt war, hat die Entscheidung des Staatsgerichtshofs lähmende Wirkung entfalten können. Darauf kann sich die Landesregierung jetzt stützen und nachsetzen. Ein Punkt davon ist die Anklage gegen Alexander Schubart. Dasselbe Vorgehen gibt es aber auch in kleineren Fragen, so wenn jetzt beispielsweise das öffentliche Auftreten der Bürgerinitiativen kontrolliert und Bußgelder wegen mangelnder Genehmigungen usw. in Gang gebracht werden.



Die Guerilla sind jetzt dazu übergegangen, von den umliegenden ländlichen Gebieten aus die Städte zu umzingeln. So fanden in der vergangenen und am Anfang dieser Woche heftige Kämpfe statt um die Städte San Francisco Gotera und in San Sebastian, das ca. 70 km von der Hauptstadt San Salvador entfernt ist. (Zentrale Demonstration am 13.3., 11.00 Uhr, Frankfurt, Uni/Campus)

Polen wird in die Zwangsjacke gesteckt

Von Gerd Koenen

Die Krise, in die Polen durch die Verhängung des Kriegsrechts nun erst recht gestoßen worden ist, nimmt immer noch drückendere Formen an. Die Industrieproduktion im Januar ist gegenüber dem Vorjahresmonat um weitere 17% zurückgegangen. Es heißt, ein Viertel der Produktionskapazitäten

ernde Notwendigkeit ist, im Westen gegen Devisen Nachschub für die neuen, riesigen Industriekomplexe einzukaufen, deren Produkte (wie LKWs und Busse, Güterwaggons und Schiffe, Flugzeuge und Panzerplatten) gegen Transferrubel in die Sowjetunion wandern – dann zwingt allein schon die laufende Zahlungsunfähigkeit (von



Die Guerilla sind jetzt dazu übergegangen, von den umliegenden ländlichen Gebieten aus die Städte zu umzingeln. So fanden in der vergangenen und am Anfang dieser Woche heftige Kämpfe statt um die Städte San Francisco Gotera und in San Sebastian, das ca. 70 km von der Hauptstadt San Salvador entfernt ist. (Zentrale Demonstration am 13.3., 11.00 Uhr, Frankfurt, Uni/Campus)

Polen wird in die Zwangsjacke gesteckt

Von Gerd Koenen

Die Krise, in die Polen durch die Verhängung des Kriegsrechts nun erst recht gestoßen worden ist, nimmt immer noch drückendere Formen an. Die Industrieproduktion im Januar ist gegenüber dem Vorjahresmonat um weitere 17% zurückgegangen. Es heißt, ein Viertel der Produktionskapazitäten läge aus Mangel an Rohstoffen und Komponenten brach. Viele Fabriken müssen ganz geschlossen werden. Allein im Großraum Warschau sind seit Dezember 40000 neue Arbeitslose registriert – ohne jede Arbeitslosenunterstützung.

Auch die Versorgung mit den elementarsten Nahrungsmitteln ist nicht gesichert, da die Bauern ihr Korn und Fleisch nach wie vor an die staatlichen Ankaufstellen nicht abliefern, sondern es lieber mit den Städtern Ware gegen Ware tauschen oder selbst verzehren, weil sie sich von den Zloty nichts kaufen können.

Zugleich nehmen die Untergrundaktivitäten in ganz Polen zu. In einer Großrazzia wurden Mitte Februar 3000 festgenommen, 250 in Haft behalten. Die Zentren der Untergrundarbeit sind nicht getroffen worden. „Der Feind hat sich nicht ergeben", mußte die Trybuna Ludu feststellen. 300, meist Jugendliche, wurden im Laufe einer Woche allein wegen Verstößen gegen das Kriegsrecht verurteilt, vielfach zu terroristisch hohen Strafen. Teile der Jugend antworteten mit spontanem Terrorismus. Es hat eine Reihe von Bombenanschlägen gegeben; in einer Warschauer Tram wurde ein Milizionär in Uniform am hellichten Tag erschossen. Der stellvertretende Vorsitzende der Warschauer „Solidarität", Jaworski, hat in einem aus dem Lager geschmuggelten Brief erneut eindringlich davor gewarnt, in die Falle eine Bürgerkrieges zu tappen.

Praktisch hat das Regime keinen Manövrierspielraum mehr. Wenn die Analyse stimmt, daß eins der Kernprobleme der Wirtschaft in Polen die dauernde Notwendigkeit ist, im Westen gegen Devisen Nachschub für die neuen, riesigen Industriekomplexe einzukaufen, deren Produkte (wie LKWs und Busse, Güterwaggons und Schiffe, Flugzeuge und Panzerplatten) gegen Transferrubel in die Sowjetunion wandern – dann zwingt allein schon die laufende Zahlungsunfähigkeit (von den größeren Schuldenproblemen einmal ganz abgesehen) das Militärregime dazu, den gesamten Produktionsapparat technologisch und organisatorisch vollständig dem der UdSSR und der übrigen RGW-Staaten anzupassen. Das wird ein Prozeß sein, der Jahre dauern wird, mit gigantischen Verlusten verbunden sein muß, und den Wertabfluß nach Osten – neben allen Zinslasten gegenüber dem Westen – zum reißenden Strom machen dürfte. Nicht nur gegenüber DM und Dollar, auch gegenüber Rubel und anderen RGW-Währungen ist der Zloty drastisch abgewertet worden.

Es mag ja wirklich Sorge vor einer vollständigen Abkoppelung Polens und des ganzen RGW-Blocks von Westeuropa und vom Weltmarkt, Sorge vor einer unkontrollierten sozialen Explosion in Polen sein, die Herbert Wehner (nachdem Berthold Beitz als erster das Terrain sondiert hatte) dazu trieb, die diplomatische Quarantäne des Militärregimes Jaruzelski zu durchbrechen. Aber die Erkenntnisse, die er gewann, stimmten ihn wortkarg – was nicht verhinderte, daß er von der Propaganda des Regimes zum nützlichen Idioten gemacht wurde.

Das erste ZK-Plenum der PVAP nach dem Putsch war beherrscht von Forderungen, die Zwangsmittel gegen Bauern, Arbeiter und Studenten noch weiter auszufeilen, Partei und Staatsapparat in großem Stil zu säubern, etc. Nur 3 ZK-Mitglieder von 200 stellten sich dagegen – und wurden hinausgeworfen. In Moskau konnte Breschnew befriedigt „volle Übereinstimmung" mit Jaruzelski feststellen, der zum Rapport angetreten war.

Piratenakt wie in Kolonialzeiten

frb. Ohne die erhofften Ergebnisse sind offenbar die *„Beratungen von Delhi"* zu Ende gegangen, so daß sich die westdeutsche Presse, die sonst über allerhand Nebensächliches ausführlich berichtet, praktisch wieder Mal eine Nachrichtensperre erlauben konnte. Delegationen von 44 Entwicklungsländern – mit Ausnahme Chinas alles Mitglieder der „Gruppe der 77" – waren der Einladung Indiens gefolgt. Beraten werden sollte die verstärkte Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander sowie das Vorgehen im Rahmen der Nord-Süd-Verhandlungen. Beschlüsse waren nicht vorgesehen, da ja nur etwa ⅓ der „Gruppe der 77" vertreten war.

Ausführlich wurde diskutiert, wie nunmehr endlich der Beginn der *Globalverhandlungen* erzwungen werden kann. Bereits 1979 hatte die UNO-Vollversammlung sie beschlossen, doch wieder und wieder verstanden die USA, ihre Durchführung zu verzögern. Nun machen sie eine Vorkonferenz über Prozedurfragen zur Bedingung und weigern sich, über Währungsfonds und Weltbank zu verhandeln. Damit aber sind die Verhandlungen fast wertlos, war doch der Sinn der *Global*verhandlungen gerade, über alle Aspekte der Beziehungen zusammen zu verhandeln. Auch in Finanzfragen würde dann nicht das Gewicht des jeweiligen Geldsacks, wie dies innerhalb von Währungsfonds und Weltbank der Fall ist, entscheiden, sondern einfaches Stimmrecht. So waren in Delhi die Stimmen stark, die Verhandlungen eher gleich platzen zu lassen, als sich auf solche Bedingungen einzulassen.

Der wichtigste Aspekt der Süd-Süd-Kooperation, d.h. der Entwicklungs-

sammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander sowie das Vorgehen im Rahmen der Nord-Süd-Verhandlungen. Beschlüsse waren nicht vorgesehen, da ja nur etwa ⅓ der „Gruppe der 77" vertreten war.

Ausführlich wurde diskutiert, wie nunmehr endlich der Beginn der *Globalverhandlungen* erzwungen werden kann. Bereits 1979 hatte die UNO-Vollversammlung sie beschlossen, doch wieder und wieder verstanden die USA, ihre Durchführung zu verzögern. Nun machen sie eine Vorkonferenz über Prozedurfragen zur Bedingung und weigern sich, über Währungsfonds und Weltbank zu verhandeln. Damit aber sind die Verhandlungen fast wertlos, war doch der Sinn der *Global*verhandlungen gerade, über alle Aspekte der Beziehungen zusammen zu verhandeln. Auch in Finanzfragen würde dann nicht das Gewicht des jeweiligen Geldsacks, wie dies innerhalb von Währungsfonds und Weltbank der Fall ist, entscheiden, sondern einfaches Stimmrecht. So waren in Delhi die Stimmen stark, die Verhandlungen eher gleich platzen zu lassen, als sich auf solche Bedingungen einzulassen.

Der wichtigste Aspekt der Süd-Süd-Kooperation, d.h. der Entwicklungs-länder untereinander, betrifft gegenwärtig das Zusammengehen der *Rohstoffproduzenten*. Hier deutet sich ein Trend an, den hiesige Rohstoffverbraucher bereits als die bedeutendste Veränderung der 80er Jahre auf diesem Sektor befürchten. Die Produzentenländer wollen nicht mehr mit den Verbraucherländern des Nordens über gemeinsame Abkommen feilschen, sondern wollen im Sinne des „kollektiven auf die eigene Kraft bauen" untereinander zusammenarbeiten und den Handel in die eigene Hand bekommen. Dazu sollen auch die Rohstoffbörsen aus London und New York weg in die Produzentenländer verlagert werden.

Wie eng der Verhandlungsspielraum gegenüber den Industrieländern ist, hat sich eben erst wieder gezeigt. Unmittelbar vor Eröffnung der neuen Verhandlungsrunde der *Seerechtskonferenz* haben die USA, Großbritannien und die BRD die über 100 Entwicklungsländer mit einem beispiellosen Piratenakt brüskiert. Während die USA letztes Jahr den Abschluß eines bereits ausgehandelten internationalen Übereinkommens blockiert haben, haben diese drei Länder nun im Alleingang einen Vertrag geschlossen, in dem sie sich die gegenseitige Anerkennung von national erteilten Lizenzen für den Meeresbergbau zusichern. Mit anderen Worten: Drei Länder teilen sich das Weltmeer untereinander auf. Zuvor hatten alle Fraktionen des Deutschen Bundestages die Bundesregierung per Gesetzesbeschluß ermächtigt, einen solchen Vertrag durch Rechtsverordnung in Kraft zu setzen.

Biedermänner

Von Bernhard Peters

Jetzt spüren wir also einen „Hauch von Watergate". Der Neue-Heimat-Skandal, die Aufdeckung von Steuerhinterziehungen bei Parteispenden, der Verdacht, daß führende Politiker aller großen Parteien Schmiergelder zugunsten ihrer Parteikassen vom Flick-Konzern einsteckten, haben ihn uns beschert.

Aber – mehr als ein Hauch ist es vorerst auch nicht. Keine tiefe politische und moralische Krise wühlt ob dieser Enthüllungen das Land auf. Vergleicht man sie mit den Geheimdienst-, Korruptions- und sonstigen Skandalen, die beispielsweise in den USA oder in Italien zum politischen Alltag gehören, oder mit den delikaten Geschäften des letzten französischen Präsidenten Giscard (vom Geschäftsgebaren der Staatsklassen im Ostblock oder in der Dritten Welt ganz zu schweigen) – wirken sie da nicht auch beinahe banal? Außerdem sind die meisten Vorwürfe noch nicht bewiesen. Besonders der Minister Matthöfer weist sie scharf zurück. Soll man dem biederen Technokraten nicht glauben, daß er sich auf so ein Geschäft – eine Milliarde Steuerersparnis für Flick gegen ein paar zehntausend DM Parteispende für die Wahlkampfkasse – nie eingelassen hätte? Ist nicht vielmehr zu befürchten, daß Matthöfer tatsächlich überzeugt war, daß es dem wirtschaftlichen Fortschritt und der Konkurrenzfähigkeit der BRD irgendwie nützt, wenn Flick sein Daimler-Aktienpaket der Deutschen Bank verkauft und den Erlös weitgehend unversteuert in eigene Gießereien, Schießpulverfabriken, in Versicherungen und einen amerikanischen Konzern steckt? Daß es außerdem nicht tunlich ist, wenn es die Regierung mit einem solchen Konzern verdirbt? Womöglich hat er die Spenden, so er davon gewußt hat, wirklich nur als normalen Ausdruck normal guter Beziehungen zu diesem Unternehmen aufgefaßt?

Nein, es ist nicht unbedingt ein Abgrund von Korruption, der sich da auftut. Die sozialdemokratischen Politiker sind – bei allen Kungeleien, auf die sich die verschiedenen Ränge verstehen – wahrscheinlich viel weniger durch Geldgeschenke korrumpiert, und auch nicht allein durch die legalen Belohnungen einer politischen Karriere, als durch ihre Vorstellungen von der Macht und ihrer Verwendung. Und die deutsche Bürokratie ist mit ziemlicher Sicherheit weniger korrupt als die sehr vieler anderer Länder – aber macht sie das weniger fürchterlich?

Der Graf Lambsdorff und Walter Leisler-Kiep wirken allerdings schon recht weltgewandt. Vor allem Lambsdorff scheint vergleichsweise risikofreudig zu sein. Als Wirtschaftsminister unmittelbar an Entscheidungen beteiligt, die für einzelne Unternehmen – siehe Flick – erhebliche finanzielle Konsequenzen haben können, hat er sich direkt als Spendeneintreiber für seine Partei betätigt und vermutlich mitgeholfen, größere Gelder auf dem Weg übers Ausland „reinzuwaschen" und am Finanzamt vorbei in die Parteikasse zu schleusen. Aber typischer als dieser Hauch von Mafia ist für unsere Verhältnisse die Mischung von Biedersinn und Unverfrorenheit, mit der die Spitzen aller vier Bundestagsparteien unlängst planten – offenbar in der Hoffnung, daß ihnen niemand drauf kommt oder niemand Anstoß nimmt –, nicht nur die Steuerbegünstigung von Großspenden zu legalisieren, sondern sich auch noch selbst für die früher begangenen Steuerhinziehungen zu amnestieren.

Ein Sturm der Entrüstung hat sich bisher nicht erhoben, trotz der redlichen Bemühungen von „Spiegel" und „Stern". Aber es knirscht immer vernehmbarer in der Staats- und Parteienmaschinerie. Selbst die CDU, die immerhin hoffen kann, in gewissem Umfang davon zu profitieren, bekommt kalte Füße. Strauß sieht in den Enthüllungen einen „Generalangriff auf die ganze Führungsschicht der Bundesrepublik". Tatsächlich ist durch den Verlust an Glaubwürdigkeit das ganze Staats- und Parteiensystem betroffen. Die politische Entwicklung der BRD war lange von politischer Passivität, vom Rückzug ins Private, einer verbreiteten „ohne-mich"-Haltung geprägt; darin war *auch* stets ein Stückchen Mißtrauen und Abwehr gegenüber „denen da oben" enthalten. Heute, da dieses Mißtrauen wächst, entwickeln sich auch neue politische Formen, in denen es einen offensiven Ausdruck finden kann.

„Bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt"

Arbeitsverpflichtung von Asylbewerbern in Westberlin

wos. Westberlin. „Granulatfegen von Asylanten war nur ‚halbe Sache'". So der Titel eines Beitrags am 1. März in der Berliner Abendschau. Die „halbe Sache": von 200 dienstverpflichteten Asylbewerbern waren nur 99 erschienen, die das diesen Winter an Stelle von Tausalz gestreute Granulat von den Straßen kehren sollten. Am Dienstagfrüh kamen wiederum nur 134 von 266 zu einem „Arbeitseinsatz" zwischen 6 und 10 Uhr, für den sie 1,25 DM pro Stunde bekommen, und der 10 mal im Monat stattfinden soll.

Wie ging Sozialsenator Fink (CDU) gegen die Asylbewerber vor? Zunächst wendet er sich ans Rote Kreuz und fordert von dort 50 Bewerber an, die bereit sind, in den stadteigenen Betrieben von Berlin „zu arbeiten". Dies ab Montag, den 22.2. Das Angebot wie oben erwähnt, davon werden aber nur 50% in Bargeld ausgezahlt. Nach zwei Wochen macht das 25 DM und weitere 25 in Gutscheinen. Fahrtkosten von und zur Arbeitsstelle müssen vorgelegt werden, werden erst mit der Abrechnung erstattet. Die Asylbewerber – es gibt davon rund 21000 hier –, die unter das Sozialhilfegesetz fallen, können keineswegs mit 270 Mark Sozialhilfe rechnen, wie oft behauptet wird. Wenn er nicht im Asylantenheim wohnt (dort erhält er nur 11,65 DM pro Woche), hat ein Asylbewerber in Westberlin Anspruch nur auf 235 DM Unterhalt monatlich, davon 190 in Gutscheinen und 45 in bar. Die Gutscheine können übrigens nur in bestimmten Lebensmittelläden eingelöst werden, Wechselgeld wird nicht herausgegeben, ein unbenützter Restbetrag verfällt. Sollte mal ein Asylbewerber ein Zimmer finden, so zahlt das Sozialamt auch seine Miete – bis zu 250 DM monatlich.

Finks Rechnung dagegen: 270 Mark würden an Sozialhilfe ausgezahlt, 360 DM kämen dazu, 50 Mark Taschengeld und jetzt beim Arbeitseinsatz noch die Bezahlung und das Fahrgeld. Und dann seine Schlußfolgerung: Rechnet man 700 DM Gesamtaufwendungen im Monat auf eine Arbeitszeit von 40 Stunden um, komme jeder Asylbewerber doch auf 20 Mark Stundenlohn!

Als Fink die „Freiwilligen" nicht vorfindet, greift er zum Mittel der Arbeitsverpflichtung. Zuvor attackiert er Amnesty International, der er „Pressionen" auf die Asylbewerber vorwirft, weil Amnesty gegen den „juristisch äußerst zweifelhaften Arbeitsdienst" protestiert und die „umgehende Aufhebung des Arbeitsverbotes für Asylsuchende" gefordert hatte. Aus dem bestehenden Arbeitsverbot leitet der Sozialsenator zynisch ab, daß es auch keinen Arbeitslohn geben könne.

Die Verpflichtung stützt er auf das Bundessozialhilfegesetz – und seine aktuelle Auslegung wiederum auf das ab 1.1. wirksame 2. Haushaltsstrukturgesetz. Jeder Empfänger muß nach §18 BSHG „seine Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhaltes für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen einsetzen." Und §25: „Wer sich weigert, zumutbare Arbeit zu leisten, hat keinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt." Die Behörde verletze sogar ihre Pflichten, wenn sie keine „gemeinnützigen und zusätzlichen Arbeiten" (§19) anbiete.

Fink schickt also einen Brief los: „Wir.freuen uns, Ihnen eine solche Arbeitsmöglichkeit anbieten zu können. Melden Sie sich bitte erstmals am ... 1982 ... Weitere Weisungen erhalten sie dort ... ein Beschäftigungsverhältnis im Sinne der gesetzlichen deutschen Kranken- und Rentenversicherung (wird) nicht begründet ... Eine Weigerung, diese Arbeit zu leisten, hat nach §25 Abs. 1 des BSHG den Verlust des Anspruches auf Hilfe zum Lebensunterhalt zu Folge."

Die Alternative Liste hat sofort mit einer scharfen Protesterklärung auch im Parlament reagiert. Der SPD-Sprecher wies lediglich auf den Widerspruch zwischen Arbeitsverbot und Arbeitsverpflichtung hin. Rechtsanwalt H. Loch (FDP) erklärte für seine Person, daß die Verpflichtung „verfassungswidrig und geradezu pervers" wäre. Der Flüchtlingsrat des Berliner Missionswerks forderte wie Amnesty die Aufhebung des generellen zweijährigen Arbeitsverbots.

Meiner Meinung nach muß man die *Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylbewerber* anstreben, obgleich diese Forderung durchaus noch weiter diskutiert werden muß. Unmittelbar vonnöten ist 1. die Gleichbehandlung aller Asylbewerber, womit auch die Trennung in „politische" und „Wirtschaftsflüchtlinge" bekämpft werden muß; 2. die Gleichbehandlung mit den deutschen Sozialhilfeempfängern, d.h. Bargeldauszahlung, wobei deren rechtliche Stellung ebenfalls verbessert werden muß; 3. durchzusetzen, daß wenn Asylbewerber arbeiten, sich die Bezahlung unbedingt an tarifvertraglichen Löhnen orientieren muß.

In einem Brief an Fink erklärte eine Gruppe von Asylbewerbern nach einer Veranstaltung von 150 Bewerbern und 70 Deutschen am letzten Freitag, daß sie als „Gäste in diesem Land" grundsätzlich zur Übernahme notwendiger, gemeinnütziger Arbeiten bereit sind. Aber: „Die Versammelten sprechen sich jedoch einhellig gegen die diskriminierenden Bedingungen aus, unter denen sie jetzt zu solchen Arbeiten herangezogen werden sollen." Stattdessen appellieren sie als politisch Verfolgte an die Behörden, sie „zu Bedingungen arbeiten zu lassen, die den Grundsätzen von Freiheit und Gleichheit entsprechen."

Die Politik des CDU-Senats hat noch einen gar nicht unbedeutenden Nebenaspekt: Der Senat will mit seinem Schritt auch die Arbeiter der Berliner Stadtreinigung angreifen. Die BSR steht jetzt so da, daß sie entgegen ihrem Versprechen doch nicht „die Straßen bis Ostern sauber" kriegt. Der Staat als Vorreiter in Lohndrückerei – und verstärkter Ruf nach Privatisierung der BSR: die Rechnung der CDU.



auf so ein Geschäft – eine Milliarde Steuerersparnis für Flick gegen ein paar zehntausend DM Parteispende für die Wahlkampfkasse – nie eingelassen hätte? Ist nicht vielmehr zu befürchten, daß Matthöfer tatsächlich überzeugt war, daß es dem wirtschaftlichen Fortschritt und der Konkurrenzfähigkeit der BRD irgendwie nützt, wenn Flick sein Daimler-Aktienpaket der Deutschen Bank verkauft und den Erlös weitgehend unversteuert in eigene Gießereien, Schießpulverfabriken, in Versicherungen und einen amerikanischen Konzern steckt? Daß es außerdem nicht tunlich ist, wenn es die Regierung mit einem solchen Konzern verdirbt? Womöglich hat er die Spenden, so er davon gewußt hat, wirklich nur als normalen Ausdruck normal guter Beziehungen zu diesem Unternehmen aufgefaßt?

Nein, es ist nicht unbedingt ein Abgrund von Korruption, der sich da auftut. Die sozialdemokratischen Politiker sind – bei allen Kungeleien, auf die sich die verschiedenen Ränge verstehen – wahrscheinlich viel weniger durch Geldgeschenke korrumpiert, und auch nicht allein durch die legalen Belohnungen einer

Steuerbegünstigung von Großspenden zu legalisieren, sondern sich auch noch selbst für die früher begangenen Steuerhinziehungen zu amnestieren.

Ein Sturm der Entrüstung hat sich bisher nicht erhoben, trotz der redlichen Bemühungen von „Spiegel" und „Stern". Aber es knirscht immer vernehmbarer in der Staats- und Parteienmaschinerie. Selbst die CDU, die immerhin hoffen kann, in gewissem Umfang davon zu profitieren, bekommt kalte Füße. Strauß sieht in den Enthüllungen einen „Generalangriff auf die ganze Führungsschicht der Bundesrepublik". Tatsächlich ist durch den Verlust an Glaubwürdigkeit das ganze Staats- und Parteiensystem betroffen. Die politische Entwicklung der BRD war lange von politischer Passivität, vom Rückzug ins Private, einer verbreiteten „ohne-mich"-Haltung geprägt; darin war *auch* stets ein Stückchen Mißtrauen und Abwehr gegenüber „denen da oben" enthalten. Heute, da dieses Mißtrauen wächst, entwickeln sich auch neue politische Formen, in denen es einen offensiven Ausdruck finden kann.

Anspruch nur auf 235 DM Unterhalt monatlich, davon 190 in Gutscheinen und 45 in bar. Die Gutscheine können übrigens nur in bestimmten Lebensmittelläden eingelöst werden, Wechselgeld wird nicht herausgegeben, ein unbenützter Restbetrag verfällt. Sollte mal ein Asylbewerber ein Zimmer finden, so zahlt das Sozialamt auch seine Miete – bis zu 250 DM monatlich.

Finks Rechnung dagegen: 270 Mark würden an Sozialhilfe ausgezahlt, 360 DM kämen dazu, 50 Mark Taschengeld und jetzt beim Arbeitseinsatz noch die Bezahlung und das Fahrgeld. Und dann seine Schlußfolgerung: Rechnet man 700 DM Gesamtaufwendungen im Monat auf eine Arbeitszeit von 40 Stunden um, komme jeder Asylbewerber doch auf 20 Mark Stundenlohn!

Als Fink die „Freiwilligen" nicht vorfindet, greift er zum Mittel der Arbeitsverpflichtung. Zuvor attackiert er Amnesty International, der er „Pressionen" auf die Asylbewerber vorwirft, weil Amnesty gegen den „juristisch äußerst zweifelhaften Arbeitsdienst" protestiert und die „umgehende Aufhebung des Arbeitsverbotes für Asylsuchende" gefordert hatte. Aus dem bestehenden Arbeitsverbot leitet der Sozialsenator zynisch ab, daß es auch keinen Arbeitslohn geben könne.

Person, daß die Verpflichtung „verfassungswidrig und geradezu pervers" wäre. Der Flüchtlingsrat des Berliner Missionswerks forderte wie Amnesty die Aufhebung des generellen zweijährigen Arbeitsverbots.

Meiner Meinung nach muß man die *Aufhebung des Arbeitsverbots für*

nem Schritt auch die Arbeiter der Berliner Stadtreinigung angreifen. Die BSR steht jetzt so da, daß sie entgegen ihrem Versprechen doch nicht „die Straßen bis Ostern sauber" kriegt. Der Staat als Vorreiter in Lohndrückerei – und verstärkter Ruf nach Privatisierung der BSR: die Rechnung der CDU.



Bürgerbegehren gegen Weißen Kreis begonnen

nia. Westberlin. Das vom Berliner Mieterverein initiierte Bürgerbegehren für die Beibehaltung der Mietpreisbindung *in der jetzt geltenden Form* ist am vergangenen Wochenende in seine zweite Phase getreten. In neun der zwölf Westberliner Bezirke hatte der Mieterverein die für die Beantragung erforderlichen Unterschriften eingereicht. (In drei Bezirken war nicht gesammelt worden, weil dort vorwiegend Neubauten stehen.) – Täglich 500 Unterschriften müssen jetzt im Durchschnitt in jedem der neun Bezirke gesammelt werden, damit das Bürgerbegehren innerhalb der vorgeschriebenen vier Wochen erfolgreich abgeschlossen werden kann. Nach der Alternativen Liste, die das Bürgerbegehren von Anfang an unterstützt, haben sich inzwischen auch die SPD und Teile der FDP dem Bürgerbegehren angeschlossen. Der Landesbezirksvorstand des DGB hat in der vergangenen Woche ebenfalls dazu aufgerufen, das Bürgerbegehren zu unterstützen. Wie die Mieterorganisationen hat er sich insbesondere gegen den von der CDU mit Unterstützung der FDP am 12. Februar im Bundesrat eingebrachten Vorschlag für eine „Verlängerung der Mietpreisbindung" gewandt, die dazu führen würde, daß sich nach einem gesetzlich festgelegten Plan die Altbaumieten bis 1990 mindestens verdoppeln. – Nach einem ersten vorläufigen Überblick sind am Wochenende schon mindestens 35000 Unterschriften an den Ständen gesammelt worden.

Keine Buttons für Lehrer

kvz. Lehrer dürfen keine Plaketten tragen. In einem Urteil bestätigte das Bundesarbeitsgericht das Verbot eines Schulleiters einer Hamburger Schule, der Lehrern das Tragen von Plaketten mit der Aufschrift „Atomkraft – nein danke" untersagt hatte. Die Schule solle dazu dienen, den Schüler zu selbständigem Denken, Urteilen und Handeln zu befähigen. Er müsse sein Leben in eigener Verantwortung und in der Verpflichtung Staat und Gesellschaft gegenüber gestalten können, so das Bundesarbeitsgericht. Gegen die Pflicht, dem Schüler dabei zu helfen, „verstoße ein Lehrer, wenn er zu kontroversen politischen Streitfragen, wie der friedlichen Nutzung der Atomenergie, einseitig durch das Tragen einer Plakette und damit ohne geistige Auseinandersetzung mit dem Problem Stellung nehme." (Presseerklärung des BAG) Das Urteil kam für viele überraschend, schließlich sind die Plaketten mittlerweile weit verbreitet.

Zehn Monate gegen Wehrdienstverweigerer

kvz. Das Oldenburger Landgericht verurteilte als Berufungsinstanz Thomas Hansen nun zu zehn Monaten, entsprechend dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Thomas Hansen war in seinem Verfahren nicht als Wehrdienstverweigerer anerkannt worden, mußte dann zur Bundeswehr und hat dort den Befehl verweigert. Schon einmal war er deshalb zu 2 Monaten mit Bewährung verurteilt. Am 25.8., einen Tag nach diesem ersten Urteil, verweigerte er erneut den Befehl. Die zweite Anklage folgte. Sechs Monate lautete das Urteil in erster Instanz. Die Verteidigung berief sich darauf, daß Th. Hansen aus Überzeugung handele und daher nicht wegen derselben Sache, seiner Überzeugung, mehrmals bestraft werden könne. Sie ging in Revision. Der Staatsanwalt wollte eine exemplarische Strafe durchsetzen, wie offensichtlich das ganze Verfahren exemplarischen Charakter hat. Das Urteil sei nicht hart genug. Auch er ging, wie alle, davon aus, daß Th. Hansen aus Überzeugung Wehrdienstverweigerer sei. Gerade deshalb müsse er besonders hart bestraft werden. Das Berufungsgericht folgte der Staatsanwaltschaft. Th. Hansen hat unterdessen nach erneuter Befehlsverweigerung (mit einem weiteren Verfahren) Dienstverbot. Eine Entlassung aber hätte der Kommandeur abgelehnt.

Demonstration gegen „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung"

kvz.Kiel. Zu den Kommunalwahlen am 7.3.82 kandidiert in Kiel eine sog. „Liste für Ausländerbegrenzung" (KLA). Unter dem Deckmantel einer Wählergruppe haben sich hier dem Verfassungsschutz bekannte Nazis und Neonazis zusammengeschlossen, um auf der Unsicherheit um Arbeitsplatz und Zukunft ihre rechte Suppe zu kochen. Die KLA fordert: – keine Integration der Ausländer, – Familienzusammenführung durch Rückkehr in die Heimat, – getrennte Klassen und Bezahlung von Schule und Kindergarten zusätzlich zu den Steuern, – kein Kindergeld und Wohngeld für Ausländer, – Aufenthaltsbegrenzung auf 3 Jahre, – Sammellager und Zwangsarbeit für Asylbewerber. 22 Kieler Initiativen und Organisationen, sowie die Projektgruppe Ausländische Arbeitnehmer (Ali Baba) riefen am 27.2.82 zu einer Demonstration gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit und die KLA auf. Unter den Forderungen „Keine Stimme der KLA", „deutsche und ausländische Arbeiter – eine Kampffront" und „gleiche Rechte und kommunales Wahlrecht für Ausländer" demonstrierten 1000 Deutsche und Ausländer. Auf der Abschlußkundgebung machte der Vorsitzende des Kreisjugendausschusses im DGB deutlich, daß mit den neuen Gesetzen zur Ausländerbegrenzung und zum Asylrecht Bundesregierung und Landesregierung den Boden bereiten für die rassistische Hetze der KLA.

mine · Termine · Termine · Termine · Te

März

6. **Düsseldorf.** 7. Bundeskongreß der SDAJ, bis 7.3.
   Frankfurt. Koordinationstreffen für einen Kongreß zur alternativen Ausländerpolitik
7. **Schleswig-Holstein.** Kommunalwahlen
   Guatemala. Allgemeine Wahlen
8. Internationaler Frauentag
   New York. Beginn der 11. Session der 3. UN-Seerechtskonferenz
11. **Köln.** vds-Mitgliederversammlung, bis 14.3.
12. **Stuttgart.** Tarifverhandlungen öffentlicher Dienst
    DDR. 25. Jahrestag des Truppenstationierungsvertrages UdSSR – DDR
13. **Hamm.** Außerordentliche Mitgliederversammlung des BBU, bis 14.3.
    Frankfurt. Zentrale Demonstration zu El Salvador
    Frankfurt. Bundesweite Konferenz zur „Solidarität mit Solidarność"
18. **Münster.** Kongreß gegen die Interventionspolitik der USA in Mittelamerika, bis 21.3.
20. **Recklinghausen.** „Forum Demokratischer Sozialisten" von Coppik, Hansen u.a.
21. **Niedersachsen.** Landtagswahlen
22. 150. Todestag von Johann Wolfgang v. Goethe

Eine Mitarbeit an diesem Terminkalender durch Zusendung von entsprechenden Terminen ist erwünscht.

mine · Termine · Termine · Termine · Te

Grundlose Verhaftung, widerrechtliche Untersuchungshaft, Aktenmanipulation – was weiter?

Am 5. März vor einem Jahr wurden in Nürnberg 141 Menschen wegen der angeblichen Teilnahme an einer Demonstration verhaftet und bis zu zwei Wochen inhaftiert. Im Laufe des Jahres erging in 66 Fällen Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs. Am 3. November begann gegen 10 Angeklagte der Prozeß. Während die Justiz auf Zeit setzt, stärken Betroffene und Kritiker dieser Verhaftungen, zusammengefaßt in der Bürgerinitiative 5. März, den Widerstand.



gkr. Ein Jahr nach den Massenverhaftungen in Nürnberg: Eine Unterschriftensammlung für die Einstellung der Verfahren mit prominenten Erstunterzeichnern wird eingeleitet, die Bürgerinitiative 5. März führt ein Benefizkonzert durch, drei Rechtsanwälte, die als Verteidiger an dem Verfahren beteiligt sind, stellen ein Buch vor, in dem sie die Entwicklung der Verfahren, die politische Absicht nachzeichnen und den Vorwurf der Manipulation belegen. Die Prozesse sind keineswegs in Vergessenheit geraten, es wird daran gearbeitet, daß der politische Druck, der die Aussetzung des Verfahrens erzwang, auch in Zukunft gegen die Absicht der Landesregierung eingesetzt werden kann. Wie aber sieht es auf der Seite der Justiz aus? Die mittlerweile stark kompromittierte, nach ihren eigenen Aussagen der Lächerlichkeit preisgegebene Staatsanwaltschaft Nürnbergs führt nicht mehr die Ermittlungen, diese ist dem Regensburger Leitenden Oberstaatsanwalt Elmar Fischer übertragen worden. Und damit das spektakulärere Verfahren. Nichtsdestotrotz bearbeitet die Nürnberger Staatsanwaltschaft nach wie vor das von Verhafteten eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen die fünf Haftrichter wegen Freiheitsberaubung und Rechtsbeugung, müßte sich mithin selbst der Manipulation bezichtigen, sollte sie zu einem für die Richter negativen Schluß kommen.

Justizminister Hillermeier hatte den Wechsel der Staatsanwaltschaft veranlaßt. Es war seine einzige Tat. Ansonsten war nur Vertuschung. Nach der Festnahme der 141 in Nürnberg hatte er den Justizbehörden demonstrativ Dank ausgesprochen. Und die fünf Haftrichter nahm er in Schutz: der Vorwurf, sie hätten pauschal entschieden, gehe ins Leere. Als er am 10. Dezember 1981 dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen des Bayerischen Landtags einen Bericht über die Gründe vorlegte, weshalb der Prozeß ausgesetzt wurde, hatte er nur ein Ziel: den Vorwurf der Aktenmanipulation wegzuwischen und

werden kann. Wie aber sieht es auf der Seite der Justiz aus? Die mittlerweile stark kompromittierte, nach ihren eigenen Aussagen der Lächerlichkeit preisgegebene Staatsanwaltschaft Nürnbergs führt nicht mehr die Ermittlungen, diese ist dem Regensburger Leitenden Oberstaatsanwalt Elmar Fischer übertragen worden. Und damit das spektakulärere Verfahren. Nichtsdestotrotz bearbeitet die Nürnberger Staatsanwaltschaft nach wie vor das von Verhafteten eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen die fünf Haftrichter wegen Freiheitsberaubung und Rechtsbeugung, müßte sich mithin selbst der Manipulation bezichtigen, sollte sie zu einem für die Richter negativen Schluß kommen.

Justizminister Hillermeier hatte den Wechsel der Staatsanwaltschaft veranlaßt. Es war seine einzige Tat. Ansonsten war nur Vertuschung. Nach der Festnahme der 141 in Nürnberg hatte er den Justizbehörden demonstrativ Dank ausgesprochen. Und die fünf Haftrichter nahm er in Schutz: der Vorwurf, sie hätten pauschal entschieden, gehe ins Leere. Als er am 10. Dezember 1981 dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen des Bayerischen Landtags einen Bericht über die Gründe vorlegte, weshalb der Prozeß ausgesetzt wurde, hatte er nur ein Ziel: den Vorwurf der Aktenmanipulation wegzuwischen und
die Hoffnung auszusprechen, „daß der gegen die Angeklagten erhobene Vorwurf der Teilnahme am Landfriedensbruch im Fortgang des Verfahrens in sachlicher und emotionsfreier Atmosphäre geklärt wird“.

Man erinnere sich: Am 24. November, dem 8. Verhandlungstag gegen 10 Angeklagte, wurde das Verfahren erst einmal ausgesetzt. Das Gericht sah sich nicht in der Lage, die mittlerweile nachgereichten 12 Protokolle von Zeugenvernehmungen während der laufenden Verhandlungen zu prüfen und vermutlich befürchteten die Richter auch, daß nach und nach weitere Vernehmungsprotokolle auftauchen würden; mindestens 26 fehlen noch, so hatte die Verteidigung nachgewiesen und gleichzeitig eine Liste von 55 Polizeibeamten, die an dem Einsatz beteiligt waren, vorgelegt.

Hillermeier zu den Vorwürfen vor dem Landtag: „Ich habe auch prüfen lassen, ob die Staatsanwaltschaft aus den übrigen Akten hätte erkennen können, daß die Niederschriften vorhanden sein müßten. In der Tat finden sich in den Akten gewisse Hinweise auf solche Niederschriften, nämlich: ein sogenannter vorläufiger Schlußvermerk der Polizei vom 6. März 1981 enthält eine Bemerkung des Inhalts, daß Polizeibeamte als Zeugen gehört wurden und Kopien ihrer Aussagen den Ermittlungsrichtern gesondert zugeleitet werden würden; außerdem beginnen zwei spätere polizeiliche Niederschriften über Zeugenvernehmungen von Polizeibeamten mit der Erwähnung einer vorhergegangenen Vernehmung derselben Beamten vom 6. März 1981. Wären diese Hinweise beachtet worden, hätten sie Anlaß zu Rückfragen bei der Polizei gegeben. Hier liegt objektiv ein Fehler in der Sachbehandlung vor. Bei der Bewertung des Verschuldens müssen freilich alle Umstände berücksichtigt werden, insbesondere auch, daß die Staatsanwaltschaft im weiteren Verlauf alle wesentlichen Ermittlungen selbst geführt (was nachweislich nicht stimmt, *d. Verf.*) und deshalb ihr Augenmerk auf die Ergebnisse dieser ihrer eigenen Ermittlungen konzentriert hat. Der Vorwurf der Manipulation jedenfalls – das möchte ich hervorheben – kann nach dem bisherigen Erkenntnisstand auch in subjektiver Hinsicht keineswegs erhoben werden.“

Manipulation war es natürlich auch nicht, daß zumindest zwei weitere Niederschriften von Vernehmungen von Polizeibeamten am vorläufig zweitletzten Prozeßtag auftauchten, just zwei Niederschriften, mit deren Hilfe eine planmäßige Änderung der Polizeiaussagen nachgewiesen werden kann. War in den ersten Aussagen noch von einzelnen Demonstranten die Rede, so verdichteten diese einzelnen Demonstranten sich in den späteren Aussagen immer mehr zu einer „schreienden und johlenden Menge“, worauf die Anklage später wesentlich aufbaute mit dem Vorwurf, ein einheitlicher Wille, Gewalttaten zu begehen, sei bei den Demonstranten vorhanden gewesen (vgl. z.B. Rote Robe 5/81). Ohne diesen Tatbestand wäre die Anklage von vornherein in sich selber zusammengebrochen. Nein – so führt Hillermeier aus – aus den dienstlichen Äußerungen der Staatsanwälte ergebe sich, „daß keinem von ihnen die fehlerhafte Einordnung bewußt war, sondern daß die zwei Schriftstücke versehentlich, keineswegs absichtlich, zu den ausgeschiedenen Schriftstücken genommen wurden“. Wer hätte auch erwartet, daß die Herren Staatsanwälte sich selbst der Manipulation bezichtigen würden. Dem Herrn Minister ist dies Beweis genug, daß keine Manipulation

auch in subjektiver Hinsicht keineswegs erhoben werden.“

Manipulation war es natürlich auch nicht, daß zumindest zwei weitere Niederschriften von Vernehmungen von Polizeibeamten am vorläufig zweitletzten Prozeßtag auftauchten, just zwei Niederschriften, mit deren Hilfe eine planmäßige Änderung der Polizeiaussagen nachgewiesen werden kann. War in den ersten Aussagen noch von einzelnen Demonstranten die Rede, so verdichteten diese einzelnen Demonstranten sich in den späteren Aussagen immer mehr zu einer „schreienden und johlenden Menge“, worauf die Anklage später wesentlich aufbaute mit dem Vorwurf, ein einheitlicher Wille, Gewalttaten zu begehen, sei bei den Demonstranten vorhanden gewesen (vgl. z.B. Rote Robe 5/81). Ohne diesen Tatbestand wäre die Anklage von vornherein in sich selber zusammengebrochen. Nein – so führt Hillermeier aus – aus den dienstlichen Äußerungen der Staatsanwälte ergebe sich, „daß keinem von ihnen die fehlerhafte Einordnung bewußt war, sondern daß die zwei Schriftstücke versehentlich, keineswegs absichtlich, zu den ausgeschiedenen Schriftstücken genommen wurden“. Wer hätte auch erwartet, daß die Herren Staatsanwälte sich selbst der Manipulation bezichtigen würden. Dem Herrn Minister ist dies Beweis genug, daß keine Manipulation
vorlag. Keineswegs konnten die Staatsanwälte in bezug auf diese beiden Schriftstücke genauso argumentieren, wie gegenüber den zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannten weiteren „ausgeschiedenen Schriftstücken“, deren Existenz immerhin Hillermeier – und insoweit enthielt seine Erklärung auch etwas neues – nun zugeben mußte.

Hillermeier: „Die Niederschriften über die förmlichen Vernehmungen wurden zu den Hauptakten gebracht. Die dienstlichen Äußerungen der Polizeibeamten dagegen hat die Staatsanwaltschaft bei ihren innerdienstlichen Vorgängen belassen. Gegen die Behandlung dieser 55 dienstlichen Äußerungen können rechtliche Bedenken vorgebracht werden.“ Hillermeier selbst hat offensichtlich keine derartigen Bedenken. Gleichzeitig gibt er aber zu, schon einmal gelogen zu haben. In einem Spiegelgespräch hatte er am 23. März erklärt: „. . . es waren am Ende nur noch 5 Polizeibeamte, die diesen Zug begleitet haben. Da konnte eine Einzelfeststellung über Personen natürlich nicht getätigt werden.“ Nun muß Hillermeier zugeben – als ob er das nicht schon früher gewußt hätte –, daß 55 Beamte, denen Lichtbilder vorgelegt wurden zwecks Identifizierung von Demonstrationsteilnehmern, die Demonstranten – etwa 100 Personen – begleiteten und massiv einschüchterten.

Es gibt genügend Gründe, von einer geplanten Aktion von Polizei, Staatsanwaltschaft und Richtern auszugehen, es sei nur an das massive Aufgebot von Polizei beim KOMM schon vor der Demonstration erinnert. Die Lüge Hillermeiers paßt in dieses Bild. Und auch die verzweifelten Versuche des obersten Justizbeamten des Freistaates Bayern, nicht als „Manipulation“ bezeichnen zu lassen, was Manipulation ist – auch um den Preis, daß seine Beamten aus Übereifer blind erscheinen, nicht gerade eine Qualifikation, die einen Staatsanwalt auszeichnen sollte (oder ist dies etwa in Bayern eine besondere Auszeichnung?). „Blinder Eifer“ kann immer noch als persönliches Versagen gewertet werden. „Manipulation“, da bliebe die Verantwortung von anderer höherer Stelle aus schwerlich außen vor.

Hillermeier hierzu: „Es sind Verdächtigungen erhoben worden, der Justizminister und das Ministerium hätten das Verfahren manipuliert. Dazu möchte ich in aller Deutlichkeit klarstellen: Selbstverständlich wurde dem Ministerium in einem Verfahren von dieser Bedeutung nach den Festnahmen fortlaufend berichtet, z.T. auch unter Beifügung von Ablichtungen aus

Hillermeier hierzu: „Es sind Verdächtigungen erhoben worden, der Justizminister und das Ministerium hätten das Verfahren manipuliert. Dazu möchte ich in aller Deutlichkeit klarstellen: Selbstverständlich wurde dem Ministerium in einem Verfahren von dieser Bedeutung nach den Festnahmen fortlaufend berichtet, z.T. auch unter Beifügung von Ablichtungen aus
Ermittlungsvorgängen. Das ist in allen bedeutenderen Verfahren durchaus üblich und notwendig, heißt aber nicht, daß sich das Ministerium mit der Aktenbehandlung befaßt.“ Manchmal kann ein Dementi, wenn es an der Sache vorbeigeht, auch ein Geständnis beinhalten. Seit wann ist denn der besser als seine Staatsanwälte, der mit diesen zwar die Prozeßrichtung und Ermittlungsrichtung bespricht, aber an den Akten selbst nicht manipuliert?

Schließlich war von Anfang an offensichtlich, daß mit den Verhaftungen politische Zwecke erreicht werden sollten: In der Auseinandersetzung um die Behandlung der Hausbesetzer hatte Bayern seine harte Haltung beweisen wollen. Franz Neubauer, Staatssekretär im bayrischen Innenministerium, erklärte noch am 6. März: „Es ist fünf vor zwölf. Wenn sich SPD und FDP schon gegen eine Gemeinsamkeit der Demokraten stellen, bleibt nur die Hoffnung auf die Gemeinsamkeit der Normalen.“ Und in der Landtagsdebatte am 11. März, in der es um Hausbesetzung, Westberlin, Nürnberg etc.

wollen. Franz Neubauer, Staatssekretär im bayrischen Innenministerium, erklärte noch am 6. März: „Es ist fünf vor zwölf. Wenn sich SPD und FDP schon gegen eine Gemeinsamkeit der Demokraten stellen, bleibt nur die Hoffnung auf die Gemeinsamkeit der Normalen.“ Und in der Landtagsdebatte am 11. März, in der es um Hausbesetzung, Westberlin, Nürnberg etc.
ging, frohlockte Tandler: In Bayern sei es Hausbesetzern nicht gelungen, „polizeifreie Räume wie in Berlin“ zu schaffen. Bayerns Ministerpräsident Strauß hatte schon am Tag vor der Massenfestnahme in Nürnberg auf seiner Aschermittwochsrede verkündet: „Die großen Lumpen muß man schwerer aufs Hirn hauen.“ Und er hatte damit die von ihm auch als „Terroristen“ bezeichneten Hausbesetzer und Demonstranten gemeint.

Hinzu kam, das Demonstrationsrecht auf diesem Wege, wenn schon nicht gesetzlich, so doch eben faktisch, zu verschärfen. Und es kam drittens hinzu, daß das KOMM, dieses Modell eines Jugendzentrums, Kräften um die CSU schon viel zu weit ging, ein Dorn im Auge war. Von Anfang an haben sich Bayerns verantwortliche Politiker dagegen gewehrt, diese beispiellose Verhaftungswelle als „Panne“ zu bezeichnen. Man muß ihnen recht geben, es war keine Panne, genausowenig wie der Verlauf der Ermittlungen eine Panne war – wie jetzt Hillermeier glauben machen will.

Hat die CSU in Bayern ihr politisches Ziel erreicht? Die Beantwortung dieser Frage hängt eng mit dem Ausgang des Verfahrens zusammen. Darüber läßt sich nur schwer spekulieren. Hillermeier jedenfalls will offensichtlich eine möglichst laut- und reibungslose Fortführung des Verfahrens. Zu diesem Zweck verschleiert er auch planmäßig die Tatsache, daß mit dem Gerichtsbeschluß vom 24. November 1981 die Verfahren faktisch neu eröffnet werden müßten. Ganz sicher wird auch Staatsanwalt Fischer nichts unversucht lassen, weiter zu manipulieren, falls er nur hoffen kann, dies unentdeckt durchzuziehen. Denn, auch das steht sicher fest, die Position der Verteidigung ist günstiger nach dieser ersten Runde in den KOMM-Verfahren, nachdem einige unterdrückte Akten ans Tageslicht gezerrt sind.

net werden müßten. Ganz sicher wird auch Staatsanwalt Fischer nichts unversucht lassen, weiter zu manipulieren, falls er nur hoffen kann, dies unentdeckt durchzuziehen. Denn, auch das steht sicher fest, die Position der Verteidigung ist günstiger nach dieser ersten Runde in den KOMM-Verfahren, nachdem einige unterdrückte Akten ans Tageslicht gezerrt sind.

SOFORTIGE EINSTELLUNG DER KOMM-VERFAHREN !

BUNDESWEITER AUFRUF

Die seit dem Ende der Nazidiktatur größte Massenverhaftung vom 5. März 1981 in Nürnberg steht für einen beispiellosen politischen und juristischen Skandal. Damals wurden 141 Menschen wegen der Teilnahme an einer Demonstration verhaftet und bis zu 14 Tage inhaftiert. Gegen 66 Personen wurde bisher Anklage erhoben wegen schweren Landfriedensbruchs nach § 125a StGB. Zehn von ihnen standen vom 3.11.1981 bis zum 24.11.1982 als Angeklagte vor der 13. Großen Strafkammer des Nürnberger Landgerichtes. Das Verfahren wurde inszwischen ausgesetzt, nachdem durch Recherchen und Anträge der Verteidiger bekannt wurde, daß zur Konstruktion der Anklageschrift in skandalösem Ausmaß Aktenunterdrückung bzw. -manipulation betrieben wurde.

Erinnern wir uns: 141 Personen wurde ohne konkreten Tatverdacht unter Umgehung der geltenden Rechtsbestimmungen und Grundrechte ihrer Freiheit beraubt. Ihrer Rechtfertigung legten Verantwortliche von Polizei, Justiz und Innenministerium eine Interpretation des Landfriedensbruchs zugrunde, wie sie der seit 1970 nicht mehr gültigen Fassung von 1871 entspricht.

ZU DIESER ANKLAGE HÄTTE ES NIE KOMMEN DÜRFEN:

weil *bereits bei der Verhaftung zahlreiche Grundrechte und Rechtsbestimmungen verletzt wurden:*

SOFORTIGE EINSTELLUNG DER KOMM-VERFAHREN !

BUNDESWEITER AUFRUF

Die seit dem Ende der Nazidiktatur größte Massenverhaftung vom 5. März 1981 in Nürnberg steht für einen beispiellosen politischen und juristischen Skandal. Damals wurden 141 Menschen wegen der Teilnahme an einer Demonstration verhaftet und bis zu 14 Tage inhaftiert. Gegen 66 Personen wurde bisher Anklage erhoben wegen schweren Landfriedensbruchs nach § 125a StGB. Zehn von ihnen standen vom 3.11.1981 bis zum 24.11.1982 als Angeklagte vor der 13. Großen Strafkammer des Nürnberger Landgerichtes. Das Verfahren wurde inszwischen ausgesetzt, nachdem durch Recherchen und Anträge der Verteidiger bekannt wurde, daß zur Konstruktion der Anklageschrift in skandalösem Ausmaß Aktenunterdrückung bzw. -manipulation betrieben wurde.

Erinnern wir uns: 141 Personen wurde ohne konkreten Tatverdacht unter Umgehung der geltenden Rechtsbestimmungen und Grundrechte ihrer Freiheit beraubt. Ihrer Rechtfertigung legten Verantwortliche von Polizei, Justiz und Innenministerium eine Interpretation des Landfriedensbruchs zugrunde, wie sie der seit 1970 nicht mehr gültigen Fassung von 1871 entspricht.

ZU DIESER ANKLAGE HÄTTE ES NIE KOMMEN DÜRFEN:

weil bereits bei der Verhaftung zahlreiche Grundrechte und Rechtsbestimmungen verletzt wurden:
- das Grundrecht auf den gesetzlichen Richter
- das Recht auf unverzügliche Benachrichtigung von Angehörigen und eines Vertrauensanwaltes
- besondere Bedingungen des Jugendstrafrechts
- dringende Haftgründe fehlten
- ohne die vorgeschriebene Einzelfallprüfung wurden völlig gleichlautende Haftbefehle ausgestellt

weil *der Anklageschrift die alte – seit 1970 nicht mehr gültige – Fassung des § 125 StGB zum Landfriedensbruch zugrunde gelegt wurde:*

Die geltende Rechtsforderung des Nachweises einer konkreten Straftat wurde bei der Anwendung des § 125 StGB nicht erfüllt. Mittels der Konstruktion der „psychischen Mittäterschaft“ soll die bloße Teilnahme an einer Demonstration den Vorwurf des Landfriedensbruchs rechtfertigen.

weil *zur Ermöglichung der Verfahrenseröffnung sogar noch diese „psychische Mittäterschaft“ mittels Aktenunterdrückung und -manipulation konstruiert werden mußte*

- entlastende Polizeizeugenaussagen vom 6./7.3.1981 fehlten
- ebenso 56 Vernehmungen von Beamten, die die Demonstration begleiteten
- Hinweise auf frühere Aussagen wurden von Staatsanwalt Hubmann ignoriert
- Entlastendes wurde nicht berücksichtigt
- einzelne Polizeibeamte wurden so oft vernommen, bis ihre Aussagen schließlich den Interessen der Anklagevertretung entsprachen

weil *vor einer nicht zuständigen Kammer das Verfahren eröffnet und damit zum zweiten Mal das Recht auf den gesetzlichen Richter gebrochen wurde*

weil *der Vorsitzende Richter Manger bereits im Vorhinein ein persönliches Urteil abgab und somit befangen war und ist*

weil *durch dieses skandalöse Verfahren der alte § 125 StGB faktisch wieder eingeführt*
und

durch die Urteile ein Präzedenzfall für die Verschärfung des Demonstrationsrechtes geschaffen werden soll

Wir fordern deshalb:

die unverzügliche Einstellung aller Strafverfahren und Ermittlungen im Zusammenhang mit der Massenverhaftung vom 5. März 1981
- **Vernichtung aller erkennungsdienstlichen Unterlagen**
- **völlige Rehabilitierung aller**
- **kein Abbau demokratischer Grundrechte**
- **Hände weg vom Demorecht!**

Bitte unterstützen Sie unsere Forderungen durch Ihre Unterschrift!

Zu den Erstunterzeichnern gehören:
Ingeborg Drewitz, Klaus Staeck, Klaus Vack, Ossip K. Flechtheim, Horst E. Richter, Peter Mosler, Wolf-Dieter Narr, Freimut Duve, MdB, Bernd Engelmann, Theater Rote Grütze, R. von Plottnitz, Sebastian Cobler, Heinrich Hannover, Josef Leinen, BBU, Karola Bloch, Volker Schlöndorf, Karl-Heinz Hansen, MdB, Prof. Ulrich Klug, Hellmut Gollwitzer, Stadtratfraktion die Grünen im Römer, Josepf Beuys, Wolf-Dieter Hasenclever, MdL, Rolf Langenberger, MdL, Hermann Glaser, Lilo Seibel-Emmerling, Mitglied des Europaparlaments, Kurt Erlebach, Generalsekretär der VVN – Bund der Antifaschisten

Wider einen „lautlosen“ Prozeß

gkr. Rechtzeitig zum einjährigen Jubiläum der Machtdemonstration des Freistaates Bayern, der Massenverhaftungen von 141 zumeist jungen Menschen, erscheint das Taschenbuch „Der Nürnberger KOMM-Prozeß“, verfaßt von 3 an dem Verfahren beteiligten Rechtsanwälten.* Man darf gespannt sein, was aus der minutiösen Aufzeichnung des „gewollten und des ungewollten Skandals“ durch drei, die intime Kenntnis des Verfahrens haben müssen, herauskommt.

„Dieses Buch soll die Trommel rühren, die lautlose Fortsetzung des Nürnberger KOMM-Prozesses verhindern und auch den Letzten im Lande aufwecken. Indem wir nicht nur den Gang des wegen Aktenmanipulation und

Wider einen „lautlosen“ Prozeß

gkr. Rechtzeitig zum einjährigen Jubiläum der Machtdemonstration des Freistaates Bayern, der Massenverhaftungen von 141 zumeist jungen Menschen, erscheint das Taschenbuch „Der Nürnberger KOMM-Prozeß“, verfaßt von 3 an dem Verfahren beteiligten Rechtsanwälten.* Man darf gespannt sein, was aus der minutiösen Aufzeichnung des „gewollten und des ungewollten Skandals“ durch drei, die intime Kenntnis des Verfahrens haben müssen, herauskommt.

„Dieses Buch soll die Trommel rühren, die lautlose Fortsetzung des Nürnberger KOMM-Prozesses verhindern und auch den Letzten im Lande aufwecken. Indem wir nicht nur den Gang des wegen Aktenmanipulation und
Aktenunterdrückung geplatzten Verfahrens bis in alle Facetten nachzeichnen, sondern die bisher vorgelegten und bisher nachgereichten – noch lange nicht vollständigen – Akten analysieren, weisen wir nach, daß nicht ‚Schlamperei‘ oder ‚Zufall‘ oder ‚menschliche Unzulänglichkeit‘ verantwortlich ist, sondern planmäßiges Handeln.“ So in der Einleitung des Buches.

Das Buch ist von Juristen geschrieben. Das merkt man ihm an. Aber nicht im negativen Sinne, wie das leicht der Fall ist, sondern hier in durchaus positivem Sinne. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf der juristischen Analyse – sei es über die Entwicklung des § 125 seit dem Reichsstrafgesetzbuch, wie er 1970 geändert wurde und wie die CDU immer wieder Anläufe zu seiner Änderung gemacht hat, sei es die Analyse der Akten –, aber die Untersuchung beschränkt sich keineswegs darauf. Sie stellt die Vorgänge in ihren politischen Zusammenhang. Die ausführliche Dokumentation des Aktenmaterials trägt dazu bei, daß sich jeder selbst ein Bild machen kann, nicht alleine auf das Urteil der Experten angewiesen ist. Es kann sicher dazu beitragen, daß die Hoffnung Hillermeiers auf einen „lautlosen“ Prozeß zunichte gemacht wird.

** Kempf/Maeffert/Ehrig: Der Nürnberger KOMM-Prozeß, Konkret-Literaturverlag, 14,80 DM*

Informationen über: Bürgerinitiative 5. März für Grundrechte und Demokratie, Äußere Großweidenmühlstraße 16, 8500 Nürnberg 90

Von der Schwierigkeit, sich von politischen Fehlurteilen zu befreien

Zur Selbstkritik von Hans-Gerhart Schmierer / Von Jakob Moneta

Ein führender Genosse des KBW – Hans-Gerhart Schmierer – hat in der „Kommunistischen Volkszeitung“* offen Selbstkritik geübt. Weil er es erstens im März 1968 abgelehnt hat, eine Solidaritätsdemonstration mit der von Gomulka unterdrückten polnischen Studentenrevolte zu unterstützen, da „dies nur Wasser auf die antikommunistischen Mühlen der westdeutschen Bourgeoisie“ hätte lenken können. Weil er zweitens zusammen mit dem SDS in Heidelberg nach dem 21. August 1968 zwar die russische Militärintervention in der CSSR verurteilte, aber ebenso entschieden „die Entwicklung der CSSR bis zur Intervention“ kritisiert hatte.

Nun würde es uns schlecht anstehen, selbstgerecht und triumphierend darauf hinzuweisen, daß wir damals in beiden Fällen auf der *richtigen* Seite der Barrikade standen.

Dennoch muß auffallen, daß Marxisten mit ihrer Kategorie der „Übergangsgesellschaft“ (die von Genossen Schmierer offenbar als Veteidigung des sozialistischen Charakters der Sowjetunion mißverstanden wird) *immer wieder* auf der richtigen Seite standen, während die Volksrepublik China die „Rechtfertigung und Verteidigung der Ökonomie und Politik der Sowjetunion“ keineswegs „*erstmals* wirkungsvoll aufgebrochen“ hat und außerdem sich an jeder entscheidenden Wende *gegen* den antibürokratischen Kampf der Arbeiter gestellt hat.

Die „taktische“ Devise der KP Chinas

So schreibt Genosse Schmierer – sicherlich als kritische Anmerkung –, die KP Chinas habe in ihrer Polemik mit der KP der Sowjetunion „taktisch“ die Devise befolgt, „den Sack zu schlagen und den Esel meinen“. Sie habe „das Hauptfeuer der Kritik nicht auf die KPdSU und die Sowjetunion“ gerichtet, „sondern auf das ‚revisionistische Jugoslawien‘ und auf die KP Italiens, d.h. gerade auf jene Kräfte innerhalb der von der Sowjetunion abhängigen kommunistischen Weltbewegung, die sich von der *Abhängigkeit befreien* wollten“.

Wie erhellend muß das wohl damals für die Weltarbeiterbewegung gewesen sein! Wir müssen uns hingegen schuldig bekennen, im Konflikt zwischen Tito und Stalin nicht „taktisch“ den Esel Tito geschlagen zu haben, weil wir Stalin meinten, sondern die ersten internationalen Arbeitsbrigaden – zusammen mit den sozialistischen Falken und den Jusos – organisiert zu haben, um praktische Solidarität mit Tito zu üben. Wir haben damals bereits die Bedeutung der Arbeiterräte in Jugoslawien ebenso erkannt wie ihre *Grenzen*. Und als Tito – ebenso wie später die KP Chinas, die Aufrüstung des deutschen Imperialismus „taktisch“ befür-

So schreibt Genosse Schmierer – sicherlich als kritische Anmerkung –, die KP Chinas habe in ihrer Polemik mit der KP der Sowjetunion „taktisch“ die Devise befolgt, „den Sack zu schlagen und den Esel meinen“. Sie habe „das Hauptfeuer der Kritik nicht auf die KPdSU und die Sowjetunion“ gerichtet, „sondern auf das ‚revisionistische Jugoslawien‘ und auf die KP Italiens, d.h. gerade auf jene Kräfte innerhalb der von der Sowjetunion abhängigen kommunistischen Weltbewegung, die sich von der *Abhängigkeit befreien* wollten“.

Wie erhellend muß das wohl damals für die Weltarbeiterbewegung gewesen sein! Wir müssen uns hingegen schuldig bekennen, im Konflikt zwischen Tito und Stalin nicht „taktisch“ den Esel Tito geschlagen zu haben, weil wir Stalin meinten, sondern die ersten internationalen Arbeitsbrigaden – zusammen mit den sozialistischen Falken und den Jusos – organisiert zu haben, um praktische Solidarität mit Tito zu üben. Wir haben damals bereits die Bedeutung der Arbeiterräte in Jugoslawien ebenso erkannt wie ihre *Grenzen*. Und als Tito – ebenso wie später die KP Chinas, die Aufrüstung des deutschen Imperialismus „taktisch“ befür-
wortet hat, weil er darin einen Schutz für sich gegen den Kreml sah, haben wir das politisch offen bekämpft und standen in den Reihen der Gegner der Aufrüstung, gehörten später zu den Ostermarschierern gegen die Atombombe.

Trotz aller Begeisterung für die kritischer gewordene KP Italiens haben wir auch niemals aus den Augen verloren, daß diese Partei dabei ist, sich zu „sozialdemokratisieren“, daß der „historische Kompromiß“, den sie anstrebt, sich kaum von der großen Koalition unterscheidet, die 1966 die SPD mit der CDU eingegangen war und die wir zusammen mit der gesamten Linken damals sc[illegible] verurteilt haben.

Weil aber – meint der Genosse Schmierer – die KP Chinas nicht „die sowjetische Vorherrschaft selber angegriffen“ hat, „sondern die Tatsache, daß sich unter dieser Vorherrschaft Revisionismus entwickelt“ (wie etwa in Jugoslawien), hat sie „im Rahmen dieser Taktik ... die Niederschlagung des ungarischen Aufstandes gerechtfertigt“. Seltsam, daß wir wiederum all diese ideologischen Verrenkungen nicht zu machen brauchten: wir waren *für* die Arbeiterräte in Ungarn, für die Barrikadenkämpfer von Budapest!

Und all das, obwohl Genosse Schmierer kategorisch erklärt, die „Übergangsgesellschaft“ habe „gegenüber den wirklichen Verhältnissen ... rein apologetischen Charakter. Wohin soll denn das Staatsmonopol übergehen, das von der herrschenden Klasse als dessen Funktionär mit Zähnen und Klauen verteidigt wird?“ fragt er sarkastisch. Und er antwortet: „Es ist selbst eine Mißgeburt der revolutionären Entwicklung, durch dessen Entstehung die Übergangsperiode zum Sozialismus beendet wurde.“

Genau darin sieht er auch den Fehler der chinesischen Kommunisten: sie haben den „Sozialimperialismus“ nicht rechtzeitig genug entdeckt. Das erklärt all ihre Fehlurteile, denn: „Analytisch faßte die KPCh die Entwicklung der Sowjetunion seit dem XX. Parteitag als Restauration des Kapitalismus. Also hatte vorher Sozialismus bestanden. Damit aber war weder die Entwicklung *vor* dem XX. Parteitag noch danach zu begreifen, weil ja nur kosmetisch behandelt wurde, was unter der Führung Stalins als Gesellschaftsformation mit gewaltsamen Methoden geschaffen worden war.“

Hätte man ebensogut auf Seiten Hitlers stehen können?

Da Genosse Schmierer – im Gegensatz zur chinesischen Partei – dies natürlich sehr viel besser begriffen hat, ist er uns jetzt doch einige Erklärungen schuldig.

1. Wenn bereits unter Stalin die Sowjetunion „sozialimperialistisch“ geworden ist (denn darauf läuft doch wohl sein etwas verklausuliert vorgebrachtes Argument hinaus) – welchen Charakter hatte dann der Krieg zwischen der „sozialimperialistischen“ Sowjetunion und dem „nazi-imperialistischen“ Deutschland? Ein Teil der „Neuen Linken“ in Frankreich geht diesen Gedankengang konsequent bis zum bitteren Ende: es gibt keinen Unterschied zwischen Hitler und Stalin! Also hat es gar keinen Anlaß gegeben, im Zweiten Weltkrieg auf seiten der Sowjetunion zu stehen. Man hätte ebensogut auf seiten Hitlers stehen können! Jacke wie Hose!

2. Wie kommt es, daß Mao, der seine Revolution in China erst durchführen konnte, nachdem er Stalins Rat *ausgeschlagen* hat, sich der Kuomintang von Tschiangkaichek zu unterwerfen, der also den Sieg der chinesischen Revolution der *praktischen* Anwendung der Theorie der permanenten Revolution verdankt (so leid es mir tut – so muß das doch einmal gesagt werden!), im Augenblick des *Bruchs* mit Chruschtschow (der unzweifelhaft provoziert war von der KP der SU) keineswegs mit Stalin gebrochen hat. Er hat

1. Wenn bereits unter Stalin die Sowjetunion „sozialimperialistisch“ geworden ist (denn darauf läuft doch wohl sein etwas verklausuliert vorgebrachtes Argument hinaus) – welchen Charakter hatte dann der Krieg zwischen der „sozialimperialistischen“ Sowjetunion und dem „nazi-imperialistischen“ Deutschland? Ein Teil der „Neuen Linken“ in Frankreich geht diesen Gedankengang konsequent bis zum bitteren Ende: es gibt keinen Unterschied zwischen Hitler und Stalin! Also hat es gar keinen Anlaß gegeben, im Zweiten Weltkrieg auf seiten der Sowjetunion zu stehen. Man hätte ebensogut auf seiten Hitlers stehen können! Jacke wie Hose!

2. Wie kommt es, daß Mao, der seine Revolution in China erst durchführen konnte, nachdem er Stalins Rat *ausgeschlagen* hat, sich der Kuomintang von Tschiangkaichek zu unterwerfen, der also den Sieg der chinesischen Revolution der *praktischen* Anwendung der Theorie der permanenten Revolution verdankt (so leid es mir tut – so muß das doch einmal gesagt werden!), im Augenblick des *Bruchs* mit Chruschtschow (der unzweifelhaft provoziert war von der KP der SU) keineswegs mit Stalin gebrochen hat. Er hat
ihn im Gegenteil zum Zeugen *gegen* Chruschtschow angerufen! Ist Mao – Gott behüte – auch ein „Sozialimperialist“ gewesen wie Stalin, oder war das nicht darauf zurückzuführen, daß Mao in der Kulturrevolution zwar die Massen im Kampf gegen eine sehr korrumpierte bürokratische Clique innerhalb der KPCh mobilisiert hat, daß er aber keineswegs die bürokratische Herrschaft *insgesamt* – einschließlich der seinigen – beseitigen wollte?

3. Müßte doch Genossen Schmierer auffallen, daß ausgerechnet die KP Frankreichs beschlossen hat, mit der KP Chinas Verbindung aufzunehmen, nicht zuletzt darum, weil – wie „Le Monde“ (vom 9. Februar 1982) berichtet – *sie in der Polenfrage die gleichen Ansichten vertritt wie die KP Chinas!* Mit welcher „Taktik“ wird das Genosse Schmierer wohl erklären, nachdem doch inzwischen die KP Chinas sich zur Theorie des Sozialimperialismus bekennt!

Vor allem aber: wie kommt es, daß *wir* wiederum auf der *richtigen* Seite der Barrikade stehen, trotz der völlig falschen Theorie der „Übergangsgesellschaft“? Wir wollen versuchen, eine Antwort zu geben, wobei wir in der sehr angenehmen Lage sind, uns auf ein mehr als vierzig Jahre altes Dokument stützen zu können, das den Namen trug: „Zur Verteidigung des Marxismus“. Verfasser war ein gewisser Leo Trotzki, der über all das kurz vor seiner Ermordung durch Stalins Schergen intensiv nachdenken mußte, weil damals innerhalb seiner „Vierten Internationale“ gewisse „Theoretiker“ auftraten, die unbedingt die Sowjetunion mit der terroristischen Vokabel „Imperialismus“ zu belegen versuchten, *um ihre eigene Kapitulation vor dem Druck der „demokratischen öffentlichen Meinung“ in den USA zu rechtfertigen.*

„Kann man die gegenwärtige Expansion des Kremls Imperialismus nennen?“ fragte Trotzki. (Es ging damals um die Aufteilung Polens zwischen Hitler und Stalin, um die Besetzung der baltischen Staaten, um den Krieg Stalins gegen Finnland!) „Zuerst müssen wir feststellen, welchen *sozialen Inhalt* dieser Ausdruck enthält. Die Geschichte kennt den Imperialismus des römischen Staates, der auf Sklavenarbeit begründet war, den Imperialismus des feudalen Grundbesitzes, den Imperialismus des Handels- und Industriekapitals, den Imperialismus der zaristischen Monarchie usw. *Die treibende Kraft hinter der Moskauer Bürokratie ist zweifellos die Neigung, ihre Macht, ihr Ansehen, ihre Einkünfte auszudehnen. Das ist der Bestandteil des ‚Imperialismus‘ im weitesten Sinne des Wortes,* den in der Vergangenheit alle Monarchien, Oligarchien, herrschende Kasten, mittelalterliche Stände und Klassen besaßen. Jedoch versteht man in der zeitgenössischen Literatur, zumindest in der marxistischen Literatur, unter Imperialismus die *expansionistische Politik des Finanzkapitals,* die einen sehr scharf abgegrenzten wirtschaftlichen Inhalt hat. Den Begriff ‚Imperialismus‘ auf die Außenpolitik des Kreml anzuwenden – ohne zu erklären, was er genau bedeutet –, heißt einfach, die Politik der bonapartistischen Bürokratie mit der Politik des Monopolkapitals auf der Grundlage gleichzusetzen, daß beide ohne Unterschied militärische Gewalt zur Expansion benutzen. Solch eine Gleichsetzung, die nur Verwirrung wecken kann, schickt sich eher für kleinbürgerliche Demokraten als für Marxisten“.

„Moskaus Verhalten, das alle Grenzen der Niedertracht und des Zynismus überschritten hat, ruft einen Widerwillen in jedem proletarischen Revolutionär hervor. Der Widerwille macht die Ablehnung notwendig. Wenn die Kräfte für die sofortige Aktion fehlen, neigen ungeduldige Revolutionäre dazu, zu kunstreichen Methoden zu greifen. So entsteht beispielsweise die Taktik des individuellen Terrors. Häufiger

narchien, Oligarchien, herrschende Kasten, mittelalterliche Stände und Klassen besaßen. Jedoch versteht man in der zeitgenössischen Literatur, zumindest in der marxistischen Literatur, unter Imperialismus die *expansionistische Politik des Finanzkapitals,* die einen sehr scharf abgegrenzten wirtschaftlichen Inhalt hat. Den Begriff ‚Imperialismus‘ auf die Außenpolitik des Kreml anzuwenden – ohne zu erklären, was er genau bedeutet –, heißt einfach, die Politik der bonapartistischen Bürokratie mit der Politik des Monopolkapitals auf der Grundlage gleichzusetzen, daß beide ohne Unterschied militärische Gewalt zur Expansion benutzen. Solch eine Gleichsetzung, die nur Verwirrung wecken kann, schickt sich eher für kleinbürgerliche Demokraten als für Marxisten“.

„Moskaus Verhalten, das alle Grenzen der Niedertracht und des Zynismus überschritten hat, ruft einen Widerwillen in jedem proletarischen Revolutionär hervor. Der Widerwille macht die Ablehnung notwendig. Wenn die Kräfte für die sofortige Aktion fehlen, neigen ungeduldige Revolutionäre dazu, zu kunstreichen Methoden zu greifen. So entsteht beispielsweise die Taktik des individuellen Terrors. Häufiger
wird Zuflucht zu groben Ausdrücken, zu Beschimpfungen und Verwünschungen genommen. In dem Fall, der uns betrifft, sind gewisse Genossen offensichtlich geneigt, den Ausgleich durch ‚terminologischen Terror‘ zu suchen. Jedoch selbst von diesem Standpunkt ist es wertlos, die Bürokratie als Klasse zu bezeichnen. *Wenn das bonapartistische Gesindel eine Klasse ist, bedeutet das, daß es keine Fehlgeburt, sondern ein lebendiges Kind der Geschichte ist. Wenn ein plünderndes Parasitentum ‚Ausbeutung‘ im wissenschaftlichen Sinne des Wortes ist, bedeutet dies, daß die Bürokratie eine historische Zukunft als herrschende Klasse besitzt, die für das gegebene Wirtschaftssystem unerläßlich ist. Dazu führt die ungeduldige Empörung, wenn sie sich selbst von der marxistischen Disziplin befreit.*“

Daß dies alles nicht nur theoretisches Geschwätz von Trotzki war, sondern eine eminent praktische revolutionäre Bedeutung hatte, ist gerade bei der Teilung Polens zwischen Hitler und Stalin klar geworden.

Rote Armee als Anstoß für sozialen Aufruhr

So berichtete die „New York Times“ am 17. Januar 1940: „Die Agrarrevolution im sowjetischen Polen hatte die Stärke einer spontanen Bewegung. Sobald bekannt wurde, daß die Rote Armee den Zbrucz überschritten hat, begannen die Bauern, die Felder der Gutsherren untereinander aufzuteilen. Land wurde hauptsächlich den kleinen Pächtern gegeben, und auf diese Weise wurden ungefähr 30% des Ackerlandes enteignet.“

Der Führer der Menschewiki, Dan, ganz gewiß kein Freund Stalins oder der Sowjetunion, schrieb am 19. Oktober 1939: „Nach übereinstimmenden Berichten aller Beobachter sorgt das Erscheinen der Sowjetarmee und der sowjetischen Bürokratie nicht nur in dem von ihnen besetzten Gebiet, sondern auch über dessen Grenzen hinaus *für einen Anstoß für sozialen Aufruhr und soziale Veränderungen.*“

Seltsam, daß es diesen „Anstoß“ in den vom „kapitalistischen Imperialismus“ besetzten Gebieten – des faschistischen ebensowenig wie des demokratischen – nirgendwo gegeben hat!

Nun hat sich Trotzki durch diese Tatsachen nicht etwa über den Charakter der Kreml-Bürokratie täuschen lassen. Denn sein Kommentar hierzu lautete:

„Mit Hilfe der Komintern hat der Kreml die Arbeiterklasse verwirrt und demoralisiert, und damit hat er nicht nur den Ausbruch des neuen imperialistischen Kriegs begünstigt, sondern auch die Ausnützung dieses Krieges für die Revolution sehr erschwert. *Verglichen mit solchen Verbrechen ist der sozialistische Umsturz beider Provinzen (Galizien und Weißrußland), der überdies mit der Unterjochung Polens bezahlt wurde, natürlich von zweitrangiger Bedeutung und ändert nichts an dem allgemein reaktionären Charakter der Kreml-Politik.* Unsere direkte Pflicht (aber) war es, an dem Umsturz auf seiten der Arbeiter und Bauern teilzunehmen und *in diesem Maße* auch auf der Seite der Roten Armee. Gleichzeitig mußte man die Massen unbedingt vor dem allgemeinen reaktionären Charakter der Kremlpolitik warnen und auf die Gefahren hinweisen, die er für die besetzten Gebiete besaß.“

Genosse Schmierer kann überhaupt nicht begreifen, wie man in der Bürokratie durchaus eine „Mißgeburt der historischen Entwicklung“ sehen kann und dennoch dafür eintritt, das nationalisierte oder verstaatlichte Eigentum und das „Prinzip“ der Planwirtschaft zu verteidigen. Seltsamerweise hat aber gerade die Arbeiterklasse in all ihren Aufständen, sowohl in Ungarn 1956, als auch in der CSSR und jetzt wieder in Polen in der *Praxis* durchaus gezeigt, daß der Kampf gegen die Bürokratie und für Arbeiterdemokratie Hand in Hand geht mit der Verteidigung der von ihnen mit Blut, Schweiß und Tränen aufgebauten Fabriken als gesellschaftliches Eigentum. Wir haben nirgendwo den Ruf gehört, Thyssen, Mannesmann oder Rockefeller mögen kommen, um sie von dieser Last zu befreien! Und an die eigenen Kapitalisten konnten sie sich nicht wenden, weil es sie seit langem nicht mehr gibt!

Trotzki hat dies in folgender Weise klargemacht:

„Es werden Stimmen laut, die sagen:

dingt vor dem allgemeinen reaktionären Charakter der Kremlpolitik warnen und auf die Gefahren hinweisen, die er für die besetzten Gebiete besaß.“

Genosse Schmierer kann überhaupt nicht begreifen, wie man in der Bürokratie durchaus eine „Mißgeburt der historischen Entwicklung“ sehen kann und dennoch dafür eintritt, das nationalisierte oder verstaatlichte Eigentum und das „Prinzip“ der Planwirtschaft zu verteidigen. Seltsamerweise hat aber gerade die Arbeiterklasse in all ihren Aufständen, sowohl in Ungarn 1956, als auch in der CSSR und jetzt wieder in Polen in der *Praxis* durchaus gezeigt, daß der Kampf gegen die Bürokratie und für Arbeiterdemokratie Hand in Hand geht mit der Verteidigung der von ihnen mit Blut, Schweiß und Tränen aufgebauten Fabriken als gesellschaftliches Eigentum. Wir haben nirgendwo den Ruf gehört, Thyssen, Mannesmann oder Rockefeller mögen kommen, um sie von dieser Last zu befreien! Und an die eigenen Kapitalisten konnten sie sich nicht wenden, weil es sie seit langem nicht mehr gibt!

Trotzki hat dies in folgender Weise klargemacht:

„Es werden Stimmen laut, die sagen:
‚Wenn wir die UdSSR weiterhin als Arbeiterstaat anerkennen, müssen wir eine neue Kategorie einrichten: *den konterrevolutionären Arbeiterstaat*‘. Dieses Argument versucht, unsere Vorstellungen zu erschüttern, indem es eine gute programmatische Richtschnur einer jämmerlichen, armseligen, sogar abstoßenden Wirklichkeit gegenüberstellt. Aber haben wir nicht Tag für Tag seit 1923 beobachtet, wie der Sowjetstaat eine immer stärkere konterrevolutionäre Rolle auf dem internationalen Schauplatz spielte? Haben wir die Erfahrungen der chinesischen Revolution vergessen? (Trotzki spielt hier auf die von Stalin verratene erste chinesische Revolution an, die dem Henker Tschiangkaichek ausgeliefert wurde!). *Es gibt zwei gänzlich konterrevolutionäre Arbeiterinternationalen.* Diese Kritiker haben offensichtlich *eine* ‚Kategorie‘ vergessen. *Die Gewerkschaften Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und anderer Länder unterstützen voll und ganz die konterrevolutionäre Politik ihrer Bourgeoisien. Das hindert uns nicht daran, sie als Gewerkschaften zu bezeichnen und sie gegen die Bourgeoisie zu verteidigen.* Warum kann man nicht die gleiche Methode auf den konterrevolutionären Arbeiterstaat anwenden? *Letzten Endes ist ein Arbeiterstaat eine Gewerkschaft, die die Macht erobert hat.*“

„Was verteidigen wir an der UdSSR“?

„Was verteidigen wir an der UdSSR?“ fragt Trotzki. „Nicht das, worin sie den kapitalistischen Ländern gleichen, sondern gerade das, worin sie sich von ihnen unterscheiden ... *In der UdSSR ist der Sturz der Bürokratie für die Erhaltung des Staatseigentums unerläßlich. Nur in diesem Sinne treten wir für die Verteidigung der UdSSR ein.*

Wir müssen unsere Losungen so formulieren, daß die Arbeiter klar sehen, was genau wir in der UdSSR verteidigen (Staatseigentum und Planwirtschaft) und gegen wen wir einen unbarmherzigen Kampf führen (die parasitäre Bürokratie und die Komintern). Wir dürfen keinen Augenblick vergessen, daß für uns die Frage des Sturzes der Sowjetbürokratie der Frage der Erhaltung des Staatseigentums an den Produktionsmitteln in der UdSSR untergeordnet ist, daß die Frage der Erhaltung des Staatseigentums an den Produktionsmitteln für uns der Frage der proletarischen Weltrevolution untergeordnet ist.“

Marxisten verteidigen also an den *politischen Verhältnissen* in der Sowjetunion und *aller* anderen nichtkapitalistischen Staaten kein Jota. Sie wissen vielmehr, daß auf lange Sicht (inzwischen wohl auch auf kürzere) die Erhaltung (oder Wiedereinführung) eines Systems wirklicher Planwirtschaft auf der Grundlage verstaatlichter Betriebe vom Erfolg der *politischen Revolution* abhängt, die zur Errichtung einer Arbeiterdemokratie führt.

Es gibt keine andere Hoffnung für den Sozialismus in Osteuropa als die, daß die Arbeiterbewegung selbst dieses Problem dort löst und sich in ihrem Kampf rechtzeitig von falschem ideologischem Bewußtsein befreit, d.h. offen und bewußt sozialistisch wird. Eine abstrakte „Verteidigung der sozialen Grundlagen“ – vielleicht gar gegen Fehler der Arbeiter – ist unsinnig. Verteidigung der sozialen Grundlagen hieß in Polen: „Solidarität mit Solidarność“. Wäre das gesellschaftliche Problem der Arbeiterdemokratie nicht *zentral* in diesen Staaten, dann wäre es völlig unerklärlich, warum es auf den Barrikaden von Budapest, im Prager Frühling und immer wieder in Polen in Protestaktionen und Aufständen von der Arbeiterklasse selbst aufgeworfen wurde.

Wichtig ist auch, daß die Verteidigung der Arbeiterstaaten der Weltrevolution untergeordnet ist. Deshalb ging es Trotzki zwar darum, bei der Teilung Polens zwischen Hitler und Stalin die *soziale Umwälzung* in Ostpolen *anzuerkennen, jedoch gleichzeitig den Pakt und die Teilung zu verurteilen,* weil die Enteignung der ostpolnischen Großgrundbesitzer um den Preis des Schadens, der für die Weltrevolution entstanden war, viel zu teuer bezahlt war.

Der Sturz der Bürokratie in den entarteten Arbeiterstaaten – und hierzu gehört, trotz mancher Eigenarten, auch die Volksrepublik China, ist die Voraussetzung für autonome Gewerkschaften, demokratische Rechte,

abstrakte „Verteidigung der sozialen Grundlagen“ – vielleicht gar gegen Fehler der Arbeiter – ist unsinnig. Verteidigung der sozialen Grundlagen hieß in Polen: „Solidarität mit Solidarność“. Wäre das gesellschaftliche Problem der Arbeiterdemokratie nicht *zentral* in diesen Staaten, dann wäre es völlig unerklärlich, warum es auf den Barrikaden von Budapest, im Prager Frühling und immer wieder in Polen in Protestaktionen und Aufständen von der Arbeiterklasse selbst aufgeworfen wurde.

Wichtig ist auch, daß die Verteidigung der Arbeiterstaaten der Weltrevolution untergeordnet ist. Deshalb ging es Trotzki zwar darum, bei der Teilung Polens zwischen Hitler und Stalin die *soziale Umwälzung* in Ostpolen *anzuerkennen, jedoch gleichzeitig den Pakt und die Teilung zu verurteilen,* weil die Enteignung der ostpolnischen Großgrundbesitzer um den Preis des Schadens, der für die Weltrevolution entstanden war, viel zu teuer bezahlt war.

Der Sturz der Bürokratie in den entarteten Arbeiterstaaten – und hierzu gehört, trotz mancher Eigenarten, auch die Volksrepublik China, ist die Voraussetzung für autonome Gewerkschaften, demokratische Rechte,
Selbstverwaltung, eine demokratisch zentralisierte Planwirtschaft, in der nicht einzelne Bürokraten zu ihrem höheren Ruhm Industriepyramiden errichten können, die unbezahlbar sind, sondern in der die Erfüllung der elementaren *Bedürfnisse* der Menschen, Ernährung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit, Bildung im Vordergrund steht. Unter Bedürfnissen verstehen Marxisten auch nicht das, was durch den Zwang zu Kapitalverwertung, den Zwang zum Absatz einer stets wachsenden, auch unsinnigen Warenflut, uns in der bürgerlichen Gesellschaft anerzogen oder aufgeschwätzt wird. Als „Bedürfnis“ hat Marx aber auch keinewegs der Askese das Wort geredet, sondern einem *sinnlich erfüllten* menschlichen Leben.

Sollten wir in der Diskussion zu einer Klärung dieser grundsätzlichen Probleme kommen, dann würde sich über die Aktionseinheit im Rahmen von „Solidarität für Solidarność“, die sich als sehr wirkungsvoll erwiesen hat, ein neues Problem stellen: zu diskutieren, unter welchen Voraussetzungen, auf welchem Wege eine marxistische Arbeiterpartei in der Bundesrepublik entstehen könnte, was ihr politisches Programm und ihre organisatorische Form sein müßte. Das würde nicht nur den Zerfallsprozeß in der Linken aufhalten, sondern auch den fortgeschrittenen Kräften in der Arbeiterbewegung Hoffnung und Auftrieb geben, die sonst unter den Schlägen der kapitalistischen Krise entmutigt und demoralisiert werden könnten. (17.2.82)

*Woher die Schwierigkeiten der Linken mit der Polensolidarität, KVZ 2/82, S. 4

7. ordentliche vds-Mitgliederversammlung:

Positionen der einzelnen Fraktionen

jöf.Köln. Zehn Tage vor Beginn der 7.o. Mitgliederversammlung der vereinigten deutschen Studentenschaften (vds) liegen bis jetzt nur die „Thesen zur vds-MV" der Bundesvorstände von MSB und SHB vor, Diskussionsvorlagen der Juso-Hochschulgruppe sowie ein Entwurf für ein vds-Arbeitsprogramm der Basisgruppen.

Die *Juso-Materialien* beschäftigen sich fast ausschließlich mit dem „Defizit bisheriger vds-Politik", den „Gründen für die Vorherrschaft der GOler" (MSB + SHB = GO, d. Verf.) und „Maßnahmen zur Reform der vds". Einige Juso-Sprecher reden von zu erwartenden Einzelanträgen, von denen sie sich die Unterstützung durch die Basisgruppen erhoffen. Vorschläge sind in der Diskussion zu Friedenspolitik, Polen, Iran, El Salvador und Türkei (Internationalismus) sowie zur „Energiepolitik" und „Meinungsfreiheit der Studentenschaft". Zur Hochschulpolitik findet sich bis jetzt sonst nichts. Wesentlich ist jedoch, daß durchgängig die vds-Tätigkeit auf „Informations- und Erfahrungsaustausch der ASten" und Nutzung des vds-Rundbriefs zur Darstellung der jeweiligen Positionen beschränkt werden soll, neben der praktischen Unterstützung vielleicht der einen oder anderen Veranstaltung, wie dem Kongreß „Perspektiven der Friedensbewegung", die der Frankfurter Uni-AStA plant. Die seitenlangen Ergüsse über die anfangs erwähnte vds-Kritik und „Reform" sind kaum klärend und praktisch gewendet und fallen trotz noch so krampfhafter Bezugnahme auf die Basisgruppen hinter deren Vorschläge zurück.

Was die von den Jusos beklagte „Verfälschung der Kräfteverhältnisse im vds" betrifft, ist es schlicht so, daß die Basisgruppen große Gewinne gemacht haben und etwa kräftegleich mit dem MSB/SHB-Block stehen. Keiner der Blöcke hat die Mehrheit, MSB/SHB allenfalls eine Enthaltungsmehrheit. Zwischen diesen Polen werden die Jusos seit der letzten vds-MV politisch zunehmend aufgerieben.

Die konkreten Vorschläge von MSB/SHB, deren Thesen sich wie eineiige Zwillinge gleichen, wurden bereits in der letzten KVZ dargestellt (siehe dazu auch Artikel in der KVZ 6 „Viel bewegt?"). Taktisch geht es ihnen um die Verteidigung des Status quo im vds. Was die Vorschläge wie „Hochschulalltagskampagnen" oder „Kernforderungsprogramm zur Hochschulpolitik" wert sind, muß sich konkret zeigen. Aktionseinheiten mit MSB/SHB zu konkreten Punkten sind ja durchaus sinnvoll und möglich.

Von einer aus Mitgliedern verschiedener ASten bestehenden Arbeitsgruppe der *Basisgruppen* wurde ein Entwurf für ein Arbeitsprogramm erarbeitet, zu dessen ausführlicher Darstellung hier der Platz fehlt. Die Erarbeitung von Positionen und Arbeitsaufträgen zur Hochschulpolitik, zu Frieden, Unterstützung der Dritten Welt, verfaßter Studentenschaft und weiteren Punkten, wobei einige wie Ökologie und Frauenpolitik noch ergänzt werden, ist sicherlich ein Fortschritt. In den umstrittenen Punkten wie Hochschulpolitik, Frieden und Internationalismus sind meines Erachtens eine Reihe von Schwächen und Fehleinschätzungen vorhanden. So z.B. in der Berücksichtigung der praktisch anstehenden Kämpfe an den Hochschulen, der Analyse der sogenannten Tendenzwende, der Frage der Blockfreiheit als Strategie der Friedensbewegung in Europa, der unzureichenden Klärung des Charakters der UdSSR und der unzureichenden Unterstützung der von der UdSSR mit Krieg und Unterdrückung überzogenen Völker. Insgesamt aber bietet der Vorschlag gute Möglichkeiten, auch von seiten der Arbeitsaufträge, für die Entfaltung einer fortschrittlichen Hochschulpolitik durch die vds und für eine Aktionseinheitspolitik gegenüber Teilen der Jusos. Vor allem wird die Notwendigkeit von Demokratie und Pluralismus in den vds bezüglich der Entscheidung über Kampfmaßnahmen (Kampfmaßnahmen nur noch über MV-Beschluß) und der Möglichkeit der notwendigen Auseinandersetzung zwischen den politischen Strömungen (Herausgabe einer pluralistisch geführten theoretischen Zeitschrift) von politischen Positionen her bestimmt.

Es geht nicht um die Strukturen der vds

Es ist wirklich ziemlich unselig, daß in Vorbereitung der diesjährigen vds-Mitgliederversammlung der von einigen führenden Jusos (auch solchen außerhalb der Hochschulen) lancierte Plan zur Auflösung der vds, wegen vermeintlichen finanziellen Bankrotts, zur Neugründung einer „Bundesstudentenkonferenz" und andere strukturelle Veränderungen (z.B. Abschaffung des Zentralrates) mehr die Diskussion bestimmten, als bestünden die Probleme der heutigen Studentenbewegung vornehmlich in den Strukturen ihres Dachverbandes. Allemal viel brennender sind doch die Fragen, wie die Studentenbewegung der herrschenden Krisenbewältigungsstrategie, die sich an den Hochschulen in Kürzungen des BAföGs, Senkungen der Mittel für die Studentenwerke, Streichungen von Zuschüssen für die studentische Krankenversicherung, Einschränkung des Wohnheimbaus, Stellenstreichungen vor allem in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften etc. auswirkt, begegnen kann. Wie der drohenden Arbeitslosigkeit von Zehntausenden von Hochschulabsolventen, insbesondere Lehramtsstudenten? Wie der Tendenz zur forcierten Anpassung der Studiengänge und des gesamten Hochschulsystems an die Bedürfnisse von Kapital und Staat, wobei die Wissenschaftlichkeit der Hochschul(aus-)bildung mehr und mehr auf der Strecke bleibt? Oder andersherum: Wie können die Bedürfnisse des Volkes an wissenschaftlich ausgebildeten Arbeitskräften zur Lösung der vielfältigen gesellschaftlichen Probleme und Aufgaben gegen die Kapitalinteressen zur Geltung gebracht werden?

Wenn MSB/SHB den Kampf gegen die „Rotstift"-Politik zu einem Schwerpunkt der Arbeit der vds im nächsten Jahr machen wollen, wenn sie die Bildung von „Rotstift"-Komitees an allen Hochschulen vorschlagen, wenn sie dabei das Bündnis mit der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiterbewegung und den anderen sozialen Bewegungen anstreben, so ist all das sicher zu unterstützen, aber es muß oberflächlich, letztendlich gar wirkungslos bleiben, wenn nicht damit eine gründliche Analyse der ökonomisch-politischen Situation und die Entwicklung von Gegenstrategien einhergeht. Ohne eine positive Perspektive sind auch Abwehrkämpfe, um die es sich hier zunächst einmal handelt, auf Dauer nicht führbar. Das Fehlen einer theoretischen Aufarbeitung der gegenwärtigen Krise, das Herumhantieren mit nur griffigen Phrasen wie der von „Bildung statt Rüstung" waren ja gerade Hauptmängel des jüngsten „bundesweiten" Streiks, der diesen Namen nicht verdiente. Die Basisgruppen schlagen daher einen Kongreß „Ende des Modell Deutschland – ökonomische Perspektiven des BRD-Kapitalismus und sozialistische Gegenstrategien" vor.

Ein zweiter, m.E. für die nächsten Jahre entscheidender Punkt wird es sein, inwieweit es den Fachschaften, den ASten und den vds in Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Dozenten gelingt, den emanzipativen Charakter von Wissenschaft erneut deutlich zu machen, wo doch gerade der herrschende Wissenschaftsbetrieb – oder besser das, was dort von Wissenschaft übriggeblieben ist – angesichts eines weitgehend repressiven Schein- und Prüfungssystems massenhaft Theoriefeindlichkeit unter den Studenten erzeugt hat. Dies ist zugleich die einzig tragfähige Grundlage, auf der der Kampf gegen die aktuellen Maßnahmen zu weiterer Entwissenschaftlichung, Reglementierung der Studieninhalte und schärferer Prüfungskontrolle und -selektion geführt werden kann. Da die inhaltlichen Forderungen, wie sie von der Studentenbewegung bisher zumindest in Ansätzen entwickelt worden sind, gegenwärtig kaum in nennenswertem Umfange im existierenden Wissenschaftsbetrieb durchgesetzt werden können, gewinnen alternative Projekte, „Kritische Universitäten" etc. erneut an Bedeutung.

Ein letzter Punkt, der für die diesjährige vds-Mitgliederversammlung wichtig ist; darüberhinaus aber auch für die Ausstrahlung der Studentenbewegung auf die ganze Gesellschaft: Wird es endlich gelingen, die Blockade jener Kräfte zu durchbrechen, die bisher verhindern konnten, daß die vds auch die emanzipativen Bewegungen in den osteuropäischen Ländern unterstützt, Solidarität mit den Völker übt, die im Kampf gegen den sowjetischen Expansionismus stehen? Wird es ein deutliches Zeichen der „Solidarität mit Solidarność" geben? Wenn nicht, wäre es ein Trauerspiel.

Klaus Baumgärtner

Die 7. o. vds-MV findet an der Kölner Universität statt. Sie beginnt mit der Stimmenausgabe am Dienstag, dem 9.3. Die MV soll vom 11. bis 14.3. stattfinden. Fraktionssitzungen, Beratungen und MV-Plenum finden vom 9. bis 12.3. in den Räumen der ehemaligen Pädagogischen Hochschule (EZW-Fakultät) an der Haedenkampstr. statt. Die Basisgruppenfraktion will ihre erste Sitzung am Dienstag, dem 9.3. gegen 12 Uhr beginnen. Die Genossen des KBW treffen sich zur Beratung am 9.3. um 17 Uhr. Die Beratungsräume sind den Ankündigungen im PH-Foyer zu entnehmen.

„Gemeinschaftsinitiative" schnell umsetzen

AfA-Bundeskongreß: Kritik an Regierungspolitik / Brandt legt Zukunftsperspektiven vor

geh. Die Behauptung des stellvertretenden Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers Schmidt, „daß die Arbeitnehmerschaft zugleich ihr (der SPD) innerer Kern und die Gruppe bleiben wird, für die die SPD im wesentlichen ihre Politik macht", blieb auf der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD von den rund 300 Delegierten nicht unwidersprochen. Schon im Vorfeld hatte es Kritiken an der Politik der Regierung gegeben. Der stellvertretende Vorsitzende der AfA Hessen-Süd J. Barczynski, gleichzeitig Pressesprecher der IG Metall, hatte gefragt, „ob die SPD noch der Anwalt" der „Arbeitnehmer-Bewegung" sei. Auch auf der Konferenz wurde die „Gemeinschaftsinitiative" der Bundesregierung kritisiert. „Dieses kann ein erster Schritt sein, aber es muß die Frage gestattet sein, ob die 10% Investitionszulage, ob die Staffelmiete der richtige Weg ist?" „Die Finanzierung über die Mehrwertsteuer erachte ich für problematisch.

die anfangs erwähnte vds-Kritik und

Nachtarbeits-Abgabe zahlen. Die soll verwendet werden zur Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Schichtarbeiter (Senkung der flexiblen Altersgrenze, schichtarbeitergerechte Freizeitangebote etc.).

Was Schmidt den Kern der SPD nennt, soll nun in der SPD unter Naturschutz gestellt werden. Die Ursache der Unzufriedenheit vieler Arbeiter mit der SPD ist von der AfA und dem Parteivorstand in der mangelnden Beteiligung an Parteitagen und Delegiertenkonferenzen geortet worden. Sicher sprechen auch manchmal objektive Gründe wie Schichtarbeit gegen intensive, regelmäßige Beteiligung am Parteileben. Ob die mangelnde Beteiligung vielleicht an der Politik der SPD liegt, wurde nicht gefragt, stattdessen sollen nun nach dem Willen des AfA-Bundeskongresses, wie auch des Parteivorstands, 10% aller Delegiertenmandate für von den Betriebsgruppen nominierte Vertreter reserviert werden. „Wie der Dialog der CDU mit der Jugend"

tung von Positionen und Arbeitsauf-

die FDP" wirkt augenblicklich, wenn auch unter gelegentlichem Zähneknirschen. Doch „gleichzeitig" will die AfA „soziale Bewegung sein für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen". Diese Spaltung wurde sichtbar auf der Konferenz. „Darüber sind wir uns doch einig, daß wir in erster Linie Gewerkschafter sind und dann sehen müssen, was wir mit der SPD erreichen können", definierte ein Delegierter das Selbstverständnis eines nicht geringen Teils der Delegierten.

Brandts Rede war der Versuch, der SPD auf dem Feld Wirtschaft und Umwelt Perspektiven zu weisen. Die Ursachen der Krise sieht er in der Verteuerung der Rohstoffe, der Inflation in anderen Ländern, der Krise des Weltwährungssystems und dem gewaltigen Rüstungsbudget der USA mit dessen Folgen auf dem Kapitalmarkt als äußeren Faktoren und einigen Strukturproblemen im Innern. Sie soll überwunden werden durch Energieeinsparung. Zweiter Schwerpunkt soll die

tionen her bestimmt.

Veranstaltungen

Arbeitsgruppen:

Wohnungspolitik

tüng.

senschaftlich ausgebildeten Arbeitskräften zur Lösung der vielfältigen gesellschaftlichen Probleme und Aufgaben gegen die Kapitalinteressen zur Geltung gebracht werden?

Wenn MSB/SHB den Kampf gegen die „Rotstift"-Politik zu einem Schwerpunkt der Arbeit der vds im nächsten Jahr machen wollen, wenn sie die Bildung von „Rotstift"-Komitees an allen Hochschulen vorschlagen, wenn sie dabei das Bündnis mit der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiterbewegung und den anderen sozialen Bewegungen anstreben, so ist all das sicher zu unterstützen, aber es muß oberflächlich, letztendlich gar wirkungslos bleiben, wenn nicht damit eine gründliche Analyse der ökonomisch-politischen Situation und die Entwicklung von Gegenstrategien einhergeht. Ohne eine positive Perspektive sind auch Abwehrkämpfe, um die es sich hier zunächst einmal handelt, auf Dauer nicht führbar. Das Fehlen einer theoretischen Aufarbeitung der gegenwärtigen Krise, das Herumhantieren mit nur griffigen Phrasen wie der von „Bildung statt Rüstung" waren ja ge-

Ein letzter Punkt, der für die diesjährige vds-Mitgliederversammlung wichtig ist; darüberhinaus aber auch für die Ausstrahlung der Studentenbewegung auf die ganze Gesellschaft: Wird es endlich gelingen, die Blockade jener Kräfte zu durchbrechen, die bisher verhindern konnten, daß die vds auch die emanzipativen Bewegungen in den osteuropäischen Ländern unterstützt, Solidarität mit den Völker übt, die im Kampf gegen den sowjetischen Expansionismus stehen? Wird es ein deutliches Zeichen der „Solidarität mit Solidarność" geben? Wenn nicht, wäre es ein Trauerspiel.

Klaus Baumgärtner

Die 7. o. vds-MV findet an der Kölner Universität statt. Sie beginnt mit der Stimmenausgabe am Dienstag, dem 9.3. Die MV soll vom 11. bis 14.3. stattfinden. Fraktionssitzungen, Beratungen und MV-Plenum finden vom 9. bis 12.3. in den Räumen der ehemaligen Pädagogischen Hochschule (EZW-Fakultät) an der Haedenkampstr. statt. Die Basisgruppenfraktion will ihre erste Sitzung am Dienstag, dem 9.3. gegen 12 Uhr beginnen. Die Genossen des KBW treffen sich zur Beratung am 9.3. um 17 Uhr. Die Beratungsräume sind den Ankündigungen im PH-Foyer zu entnehmen.

„Gemeinschaftsinitiative" schnell umsetzen

AfA-Bundeskongreß: Kritik an Regierungspolitik / Brandt legt Zukunftsperspektiven vor

geh. Die Behauptung des stellvertretenden Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers Schmidt, „daß die Arbeitnehmerschaft zugleich ihr (der SPD) innerer Kern und die Gruppe bleiben wird, für die die SPD im wesentlichen ihre Politik macht", blieb auf der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD von den rund 300 Delegierten nicht unwidersprochen. Schon im Vorfeld hatte es Kritiken an der Politik der Regierung gegeben. Der stellvertretende Vorsitzende der AfA Hessen-Süd J. Barczynski, gleichzeitig Pressesprecher der IG Metall, hatte gefragt, „ob die SPD noch der Anwalt" der „Arbeitnehmer-Bewegung" sei. Auch auf der Konferenz wurde die „Gemeinschaftsinitiative" der Bundesregierung kritisiert. „Dieses kann ein erster Schritt sein, aber es muß die Frage gestattet sein, ob die 10% Investitionszulage, ob die Staffelmiete der richtige Weg ist?" „Die Finanzierung über die Mehrwertsteuer erachte ich für problematisch. Ich hätte lieber zur Kenntnis genommen, daß nach der Kürzung des Kindergeldes auch der am 1.3.1982 angehobene Gewerbesteuerfreibetrag gekürzt worden wäre", klang es Schmidt, verpackt in persönliche Lobeshymnen, entgegen.

In dem Leitantrag zur Arbeitsmarktpolitik wird dagegen die „Gemeinschaftsinitiative" als erster wirklicher Schritt begrüßt. Eigentlich seien viel weitergehende Schritte notwendig, aber angesichts der Verhältnisse in Bundestag und Bundesrat müsse man dies als das „politisch Mögliche" akzeptieren und schnell umsetzen. Schwerpunkte dabei müßten sein:

- Der flexible Übergang in die Rente, insbesondere für die besonders belasteten Arbeitnehmer.
- Die verantwortungslose Blockade der CDU/CSU-regierten Bundesländer aufzubrechen und auf Länderebene zu ergänzenden Programmen zu kommen.
- Die Bundes-Initiative müsse sich auf der anderen Seite auf der internationalen Ebene fortsetzen.

Notwendig sei ein Programm „Investitionen für die Zukunft". Die Vorstellungen der AfA dafür entsprechen im wesentlichen dem Beschäftigungsprogramm des DGB.

In weiteren Anträgen wird die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 30 Stunden für Schichtarbeiter gefordert. Für diese soll auch die flexible Altersgrenze gesenkt werden. Nachtarbeit, zwischen 20.00 und 6.00 Uhr, soll genehmigungspflichtig werden. Die Betriebe sollen eine Schicht- und Nachtarbeits-Abgabe zahlen. Die soll verwendet werden zur Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Schichtarbeiter (Senkung der flexiblen Altersgrenze, schichtarbeitergerechte Freizeitangebote etc.).

Was Schmidt den Kern der SPD nennt, soll nun in der SPD unter Naturschutz gestellt werden. Die Ursache der Unzufriedenheit vieler Arbeiter mit der SPD ist von der AfA und dem Parteivorstand in der mangelnden Beteiligung an Parteitagen und Delegiertenkonferenzen geortet worden. Sicher sprechen auch manchmal objektive Gründe wie Schichtarbeit gegen intensive, regelmäßige Beteiligung am Parteileben. Ob die mangelnde Beteiligung vielleicht an der Politik der SPD liegt, wurde nicht gefragt, stattdessen sollen nun nach dem Willen des AfA-Bundeskongresses, wie auch des Parteivorstands, 10% aller Delegiertenmandate für von den Betriebsgruppen nominierte Vertreter reserviert werden. „Wie der Dialog der CDU mit der Jugend" quittierte ein Delegierter die Ankündigung, daß beim nächsten Parteitag 100 Betriebsräte und 20 Vertreter der Betriebsgruppen zur Beratung eingeladen werden sollen.

Die AfA hat die Aufgabe, „um die Regierungsfähigkeit in Bund und Ländern zu kämpfen". Regierungspositionen sollen weder „leichtfertig" noch überhaupt aufs Spiel gesetzt werden. Das Peitschenknallen „Rücksicht auf die FDP" wirkt augenblicklich, wenn auch unter gelegentlichem Zähneknirschen. Doch „gleichzeitig" will die AfA „soziale Bewegung sein für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen". Diese Spaltung wurde sichtbar auf der Konferenz. „Darüber sind wir uns doch einig, daß wir in erster Linie Gewerkschafter sind und dann sehen müssen, was wir mit der SPD erreichen können", definierte ein Delegierter das Selbstverständnis eines nicht geringen Teils der Delegierten.

Brandts Rede war der Versuch, der SPD auf dem Feld Wirtschaft und Umwelt Perspektiven zu weisen. Die Ursachen der Krise sieht er in der Verteuerung der Rohstoffe, der Inflation in anderen Ländern, der Krise des Weltwährungssystems und dem gewaltigen Rüstungsbudget der USA mit dessen Folgen auf dem Kapitalmarkt als äußeren Faktoren und einigen Strukturproblemen im Innern. Sie soll überwunden werden durch Energieeinsparung. Zweiter Schwerpunkt soll die Modernisierung der Volkswirtschaft durch gezielte Innovationsförderung werden. Drittens sollen verstärkt qualitative Produktions- und Dienstleistungssektoren zur Verbesserung der Umwelt und Lebenswelt ausgebaut werden. Es komme also auf „gezieltes und qualitatives Wachstum" an. In diesen Perspektiven sollen die verschiedenen Strömungen in der SPD eine neue Identität finden.

abo

Kommunistische Volkszeitung

Hiermit bestelle ich die
Kommunistische Volkszeitung
ab sofort / ab ....

- ☐ im Jahresabonnement zum Preis von DM 90,00
- ☐ im Halbjahresabonnement zum Preis von DM 46,00
- ☐ im Vierteljahresabonnement zum Preis von DM 23,00

Alle Preise verstehen sich einschl. Porto und Mehrwertsteuer. Preise für den Auslandsversand bitte anfragen.

Bitte auf einer Postkarte oder in Umschlag senden an Buchvertrieb Hager, Postfach 111162, 6000 Frankfurt 1



Veranstaltungen

Bremen
8. März – Internationaler Frauentag. Frieden und Arbeit für alle. Veranstaltung des DGB-Kreis Bremen. Kulturzentrum Schlachthof, Findorffstraße
Montag, 8. März, 18.00 Uhr

Frankfurt
Demonstration des Frankfurter Frauenforums zum 8. März, Treffpunkt Grüneburgpark / Simon-Bolivar-Anlage
Samstag, 6. März, 11.00 Uhr

„Demokratie und Selbstverwaltung in China?" Thomas Heberer und Helmut Forster-Latch, die beide über 4 Jahre in der VR China gearbeitet haben, schildern persönliche Erfahrungen und berichten über den Stand der Wirtschaftsreform. Mainzer Landstraße 147, Schulungszentrum
Mittwoch, 10. März, 19.30 Uhr

Arbeitsgruppen:

Wohnungspolitik
Beginn: Samstag, 6.3.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, gegen 16.00 Uhr

Ökologie
Themen des nächsten Treffens des Arbeitskreises Ökologie: Dritte Fortschreibung des Energieprogrammes der Bundesregierung; Beschäftigungspolitische Thesen des DGB; „Energiewende – Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran", ein Alternativbericht des Ökoinstituts Freiburg (erschienen bei Fischer). Materialien können in der KBW-Zentrale angefordert werden und werden gegen Selbstkostenpreis geliefert. Voraussichtlicher Termin: *24./25. April.* Der genaue Termin wird 4 Wochen vorher bekanntgegeben.

Die Arbeitsgruppen und Schulungen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234
ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)



‚Jetzt geht's ans Eingemachte'

Vom 1. bis 4. März fanden in Bremen die Aktionstage Soziale Dienste gegen Sozialabbau und Stellenklau statt. Die Vorbereitungen laufen seit dem letzten Herbst. Bericht von den ersten Aktionen.

aba.Bremen. ,,Der Senat backt kleine Brötchen und wir müssen sie an den Mann bringen!'' Unter diesem Motto machen Beschäftigte des Jugendamtes, des Amtes für Familienhilfe und der evangelischen Kirchengemeinde, Mitglieder von Initiativen und der Naturfreundejugend im Stadtbezirk West Informationsstände und verkaufen kleine Brötchen zum vollen Preis. Beschäftigte in Bademänteln verteilen im Bezirk Süd ihre Flugblätter ,,Der Öffentliche Dienst geht baden!'' Die Beschäftigten aus dem Vollheimbereich machen einen Bettelmarsch, womit sie an einen Brauch aus dem Mittelalter anknüpfen. Neben Informationsständen in allen Stadtteilen, teilweise von morgens bis abends, haben die meisten Einrichtungen noch Theaterstücke und Lieder geschrieben, oder es werden lustige Sketche aufgeführt. Dies führt dazu, daß das gesamte Stadtbild bestimmt wird durch die Aktionstage. In einigen Bereichen finden abends Diskussionsveranstaltungen mit Politikern statt. Am 4. März finden für alle Bereiche der Sozialen Dienste Personalversammlungen statt, die mit einer gemeinsamen Demonstration und Kundgebung enden.

Fortschritt im Zusammenschluß

Neu an den Aktionstagen ist nicht die Tatsache, daß innerhalb der politischen Bewegung phantasievolle Formen entwickelt werden, um die Arbeitsbedingungen, Abbau von sozialen Leistungen usw. zu verdeutlichen. Das war bereits in anderen Bereichen wie Universität und Volkshochschule der Fall. Neu ist, daß faktisch der gesamte ,,Soziale Dienst'' einheitlich agiert. Ursprünglich sind die Aktionstage von dem Vertrauensleutekörper der ÖTV des Jugendamtes angeleiert worden. Über die Vertrauensleute aus dem Sozialamt, Amt für Familienhilfe und Sozialdienst, Haus der Familie und Erziehungsberatungsstelle ist der Vorschlag überall verbreitet worden. Bei vielen Kollegen fiel der Vorschlag auf große Zustimmung, nur nicht beim ÖTV-Kreisvorstand. Da ziemlich schnell klar war, daß der ÖTV-Kreisvorstand die Aktionstage nicht unterstützt, wurden die Personalräte aus allen Ämtern Träger der Aktionstage. Auch das ist neu. Sie wurden mit der Vorbereitung der Aktionstage auf Personalversammlungen im Dezember beauftragt. Das Votum dafür fiel sehr groß aus, denn die Sparbeschlüsse für den Sozialen Bereich zeigten bereits im letzten Herbst Wirkung. Freiwerdende Planstellen bleiben übergangsweise unbesetzt; die unbesetzten Zeiten addiert, ergibt dann am Ende des Jahres mehrere eingesparte Stellen. Was für die Beschäftigten bleibt, ist Mehrarbeit. Gleichzeitig werden für alle möglichen Sachen Gelder gestrichen: Zuschüsse zum Schwimmen, für Ausreisen und Tagesfahrten. Die Bedingungen für die pädagogische Arbeit verschlechtern sich zusehends. Im Bereich der Reinigungskräfte wird der Quadratmeterschlüssel pro Stunde stark erhöht. Alle Auswirkungen der Einsparungspolitik aufgelistet, würde Seiten füllen. Deshalb nur die Beispiele. Die Auswirkungen wirken direkt und sind spürbar.

Durch die relativ lange und gründliche Vorbereitung der Aktionstage und die Entwicklung und Praktizierung neuer Formen ist es möglich geworden, gerade Kollegen neu mit einzubeziehen.

Rückschlag der gewerkschaftlichen Bewegung?

Die Ablehnung des Kreisvorstandes Bremen der ÖTV, die Aktionstage zu unterstützen, führt eigentlich zu einer miesen Stimmung gegenüber der Gewerkschaft überhaupt. Zur Zeit gibt es zwei Strömungen. Auf der einen Seite mehrheitlich wird der Kampf innergewerkschaftlich mit langem Atem gegen den Kreisvorstand geführt. Es ist ein Hin und Her von Protest- und Antwortschreiben, die gar bis Rausschmißdrohungen gehen. Auf der anderen Seite gibt es Bestrebungen, eine gewerkschaftliche Opposition aufzubauen. Ich denke, daß der ,,Bremer Aufschrei'', ein wortradikaler Aufruf zum Widerstand gegen die Sparmaßnahmen, eine ähnliche Sammelintention hat. Bei der gegenwärtigen Haltung des Kreisvorstandes ist es unmöglich, neue Mitglieder zu organisieren. Positiv ist schon, wenn nicht massenhaft ausgetreten wird.

Dies ist der Auftakt – doch gibt es Probleme im weiteren Vorgehen

Von der großen Mehrheit der Kollegen werden die Aktionstage verstanden als Möglichkeit, die Angriffe auf die Arbeitsbedingungen und die Verschlechterung der sozialen Versorgung darzustellen. Nicht mehr jede Einrichtung für sich, sondern der ganze soziale Bereich. Dies ist das Ziel. Weiter wird eine Kampfbereitschaft signalisiert, und gerade an diesem Punkt gibt es auch eine bestimmte Ratlosigkeit. Klar ist sehr vielen Kollegen, durch die Aktionstage wird keine Maßnahme des Senats zurückgenommen. Diskutiert werden als weitere Zentralisationspunkte der 1. Mai und Aktionstage im Herbst mit dem Bildungsbereich und anderen Abteilungen aus dem Öffentlichen Dienst. Doch dieses Mehr an Menschen wird es nicht einfach bringen. Diskutiert werden zur Zeit noch keine großen Lösungsvorschläge, gesprochen wird über die Regierung und die Formen des Staates, an denen sich zur Zeit die Bewegung die Zähne abbricht.

,,Verfahrene Polen-Solidarität'' in Hamburg – und warum das so ist

chs.Hamburg. ,,Die real existierende Polensolidarität'' ist verfahren, und Patentrezepte gibt es nicht. So stehts im Arbeiterkampf Nr. 215 auf Seite 7, und darauf läßt sich auch der positive Beitrag des AK zur Unterstützung der polnischen Arbeiterklasse reduzieren. Ansonsten sieht er seine Aufgabe darin ,,zu warnen''. Genossen des AK wie ,,U., RGW-Kommission'', die immerhin humanitäre Hilfe nicht ausschließen mögen, werden heftig attackiert.

Weg zum Kapitalismus sei, blieb auf die anwesenden DKPler fixiert.
Die Polen-Solidaritätsbewegung selbst konzentriert sich verbissen auf die Teilnahme am Pakete-Verschicken, was angesichts der fehlenden politischen Kraft, der Unterordnung des DGB unter kirchliche Aktionen und der zunehmenden Unterstützung des Jaruzelski-Regimes durch die SPD-Regierung immer unhaltbarer wird. Dennoch ist dies der einzige massen-

gan mit seinem lauten Geschrei. Das Fatale ist, daß auf dem Weg überhaupt der Aufbau einer selbständigen, ungebrochenen demokratischen Front zu internationalen Fragen, die tatsächlich ein wirksamer Faktor gegenüber der Regierung werden könnte, in Gefahr gerät. Wer etwa geglaubt hatte, daß alle, die beim Thema Polen immer auf El Salvador verweisen, nun massenhaft zur Solidaritätsdemonstration mit El Salvador mobilisieren würden, sah sich

kussionsveranstaltungen mit Politikern statt. Am 4. März finden für alle Bereiche der Sozialen Dienste Personalversammlungen statt, die mit einer gemeinsamen Demonstration und Kundgebung enden.

Fortschritt im Zusammenschluß

Neu an den Aktionstagen ist nicht die Tatsache, daß innerhalb der politischen Bewegung phantasievolle Formen entwickelt werden, um die Arbeitsbedingungen, Abbau von sozialen Leistungen usw. zu verdeutlichen. Das war bereits in anderen Bereichen wie Universität und Volkshochschule der Fall. Neu ist, daß faktisch der gesamte ,,Soziale Dienst'' einheitlich agiert.

gesparte Stellen. Was für die Beschäftigten bleibt, ist Mehrarbeit. Gleichzeitig werden für alle möglichen Sachen Gelder gestrichen: Zuschüsse zum Schwimmen, für Ausreisen und Tagesfahrten. Die Bedingungen für die pädagogische Arbeit verschlechtern sich zusehends. Im Bereich der Reinigungskräfte wird der Quadratmeterschlüssel pro Stunde stark erhöht. Alle Auswirkungen der Einsparungspolitik aufgelistet, würde Seiten füllen. Deshalb nur die Beispiele. Die Auswirkungen wirken direkt und sind spürbar.
Durch die relativ lange und gründliche Vorbereitung der Aktionstage und die Entwicklung und Praktizierung neuer Formen ist es möglich geworden,

Mitglieder zu organisieren. Positiv ist schon, wenn nicht massenhaft ausgetreten wird.

Dies ist der Auftakt – doch gibt es Probleme im weiteren Vorgehen

Von der großen Mehrheit der Kollegen werden die Aktionstage verstanden als Möglichkeit, die Angriffe auf die Ar-

stellen. Nicht mehr jede Einrichtung für sich, sondern der ganze soziale Bereich. Dies ist das Ziel. Weiter wird eine Kampfbereitschaft signalisiert, und gerade an diesem Punkt gibt es auch eine bestimmte Ratlosigkeit. Klar ist sehr vielen Kollegen, durch die Aktionstage wird keine Maßnahme des Senats zurückgenommen. Diskutiert werden als

dem Bildungsbereich und anderen Abteilungen aus dem Öffentlichen Dienst. Doch dieses Mehr an Menschen wird es nicht einfach bringen. Diskutiert werden zur Zeit noch keine großen Lösungsvorschläge, gesprochen wird über die Regierung und die Formen des Staates, an denen sich zur Zeit die Bewegung die Zähne abbricht.

,,Verfahrene Polen-Solidarität'' in Hamburg – und warum das so ist

chs.Hamburg. ,,Die real existierende Polensolidarität'' ist verfahren, und Patentrezepte gibt es nicht. So stehts im Arbeiterkampf Nr. 215 auf Seite 7, und darauf läßt sich auch der positive Beitrag des AK zur Unterstützung der polnischen Arbeiterklasse reduzieren. Ansonsten sieht er seine Aufgabe darin ,,zu warnen''. Genossen des AK wie ,,U., RGW-Kommission'', die immerhin humanitäre Hilfe nicht ausschließen mögen, werden heftig attackiert. Der einzige Versuch einer wirklichen Analyse ist der Artikel von Kt. in derselben Nummer. Der AK hat in der Hamburger Linken einigen Einfluß, ebenso seine Abspaltung, die Gruppe Z, in Hamburg bei den Grünen dabei, deren Polen-Experte Michael Stamm seine Konsequenzen mit einem Bahro-Zitat resümiert: ,,... wir können für Polen direkt gar nichts tun ... (außer) unserer normalen alternativen Arbeit hier.'' Die DKP, die in Hamburg auch nicht gerade schwach ist (angeblich 2000 Mitglieder), hält die Solidarność sowieso für konterrevolutionär. Die Voraussetzungen, daß die grün-alternative Wahlbewegung in Hamburg einen konsequent-demokratischen Standpunkt zu Polen überhaupt nur diskutiert, waren bisher denkbar schlecht.

Rekapituliert man die wichtigsten Polen-Veranstaltungen der letzten 10 Wochen, so erhält man folgendes Bild: 1. Aktion der Polen-Komitees direkt nach dem Putsch: geringe Teilnahme und auf der Veranstaltung ein elender Streit (v.a. mit der MG), ob man Solidarność überhaupt unterstützen könne. 2. Demonstration des DGB am ,,Solidaritätstag'' 30.1. hauptsächlich mit prominenter Beteiligung der Wahlkampfkontrahenten, die Abschlußkundgebung geht unter in den Sprechchören der MG, die dem DGB Kriegshetze vorwerfen. 3. Zentrale Veranstaltung der DGB-Jugend: mit knapp 40 Teilnehmern ein glatter Reinfall; die Debatte über die Frage, ob die Reduzierung des zentralen Plans schon der Weg zum Kapitalismus sei, blieb auf die anwesenden DKPler fixiert.

Die Polen-Solidaritätsbewegung selbst konzentriert sich verbissen auf die Teilnahme am Pakete-Verschicken, was angesichts der fehlenden politischen Kraft, der Unterordnung des DGB unter kirchliche Aktionen und der zunehmenden Unterstützung des Jaruzelski-Regimes durch die SPD-Regierung immer unhaltbarer wird. Dennoch ist dies der einzige massenhafte Ausdruck der Sympathie für den polnischen Freiheitskampf hierzulande, begleitet von höhnischen Kommentaren wie dem ,,Offenen Brief'' einiger MGler im AK (1), sinnvoller wäre es, die polnischen Weihnachtsgänse an der Grenze aufzuhalten.

Interessante und gut besuchte Veranstaltungen fanden meines Wissens nur zwei statt: 4. die der GEW, auf dem Blumsztajn von Solidarność und der Wirtschaftswissenschaftler Edvard Böhm sprachen, und 5. die Podiumsdiskussion von Dozenten der Hochschule für Wirtschaft und Politik mit Rudolf Bahro. Diese Veranstaltung machte auch nicht halt vor den Fragen, die für einen Teil der Linken existenzbedrohend zu sein scheinen:

Wieso hat die seit Jahrzehnten erste revolutionäre Massenbewegung in einem europäischen Industrieland (2) ausgerechnet eine sogenannte Kommunistische Partei zum Gegner, will den zentralen Staatsplan stürzen und hat obendrein noch Führer, die mit der heiligen Madonna am Revers herumlaufen? Das ist zuviel für einen gestandenen Linken. Daß der für den Kapitalismus immer wieder herbeibeschworene wirtschaftliche Totalzusammenbruch nun ausgerechnet im angeblich realen Sozialismus stattfindet, tut sein übriges, um einen Teil dieser Linken einfach bockig zu machen: Schuld an der Wirtschaftskrise im Osten ist der IWF mit seinen Krediten, schuld an der Unterdrückungspolitik der SU ist die Bedrängung durch den westlichen Imperialismus (3), schuld an der Unmöglichkeit der Polen-Solidarität ist Reagan mit seinem lauten Geschrei. Das Fatale ist, daß auf dem Weg überhaupt der Aufbau einer selbständigen, ungebrochenen demokratischen Front zu internationalen Fragen, die tatsächlich ein wirksamer Faktor gegenüber der Regierung werden könnte, in Gefahr gerät. Wer etwa geglaubt hatte, daß alle, die beim Thema Polen immer auf El Salvador verweisen, nun massenhaft zur Solidaritätsdemonstration mit El Salvador mobilisieren würden, sah sich bitter enttäuscht. Die Mehrheit der nicht sehr großen Demonstration waren Schüler, Jugendliche, Punker, autonome Gruppen, keineswegs aber von der organisierten Linken mobilisierte Menschen (40 Organisationen hatten den Aufruf unterschrieben!).

Wirklich geklärt werden müssen folgende Fragen (und ich hoffe, daß dies auch noch in der AL möglich sein wird):

1. Wer ist sozialistisch? Der Leitartikel des AK 215 fürchtet vom Militärputsch eine Diskreditierung sozialistischer Politik, Kt. in AK 218 hält Solidarność auf jeden Fall für nicht-sozialistisch (Erklärung: Sie habe das von sich auch nicht behauptet; also gilt wieder, wie einer heißt und nicht, was er ist), während es eben zum realen Sozialismus keinen vergleichbaren anderen Sozialismus gäbe. Das Problem ist nicht, daß diese Verfasser die Verhältnisse im Ostblock für gut befinden, sondern daß sie sich letztlich doch in diese Tradition stellen, in die Tradition einer brutalen, staatsmonopolistischen Industrialisierungspolitik, die zwar auf die Oktoberrevolution folgte und durch sie ermöglicht wurde, aber meiner Meinung nach nicht deren Fortsetzung, sondern ihre Negation war. Die Identifikation eines Staatsmonopols, das im Antagonismus zur übrigen Gesellschaft steht, mit irgendeiner Art von Sozialismus versperrt überhaupt jedes Verständnis dafür, wie die Arbeiterklasse in West- und Osteuropa den Sozialismus erreichen kann.
2. Das Szenario wird gemalt: Während der Sowjet-Block in seinen letzten Zü-

Nie mehr Bettelmarsch!

Hört ihr Leut und laßt euch sagen
was passiert in diesen Tagen
wo auf hanseat'sche Art
der Senat uns Geld einspart

Wir brauchen nicht mehr selbst beschließen
was im Leben wir genießen
denn das Geld für diesen Zweck
nimmt uns der Senat schon weg

Wir, zum Beispiel, liebe Leute
betteln für die Heime heute
denn wie vor vielen hundert Jahren
will man an den Heimen sparen

Weihnachtsgeld wird abgezwackt
Daimler auf den Tisch gepackt
Seife, Shampoo und Persil
kostet diesen Staat zuviel
und wollt ihr euch mal gründlich waschen
bezahlts doch aus den eigenen Taschen!

Und auch beim Verpflegungssatz
überfrißt sich nicht mal'n Spatz
seit Jahren ist er gleich geblieben
die Preise stark nach oben trieben

Einrichtung und Mobiliar?
Die Hälfte reicht, das ist doch klar
Die sparn bei uns ganz ungeheuer
denn die Fregatten sind so teuer!

Woher soll der Staat in Bremen
dafür denn das Geld hernehmen?
Wem kann man in Edusch-Town
denn den letzten Pfennig klaun?

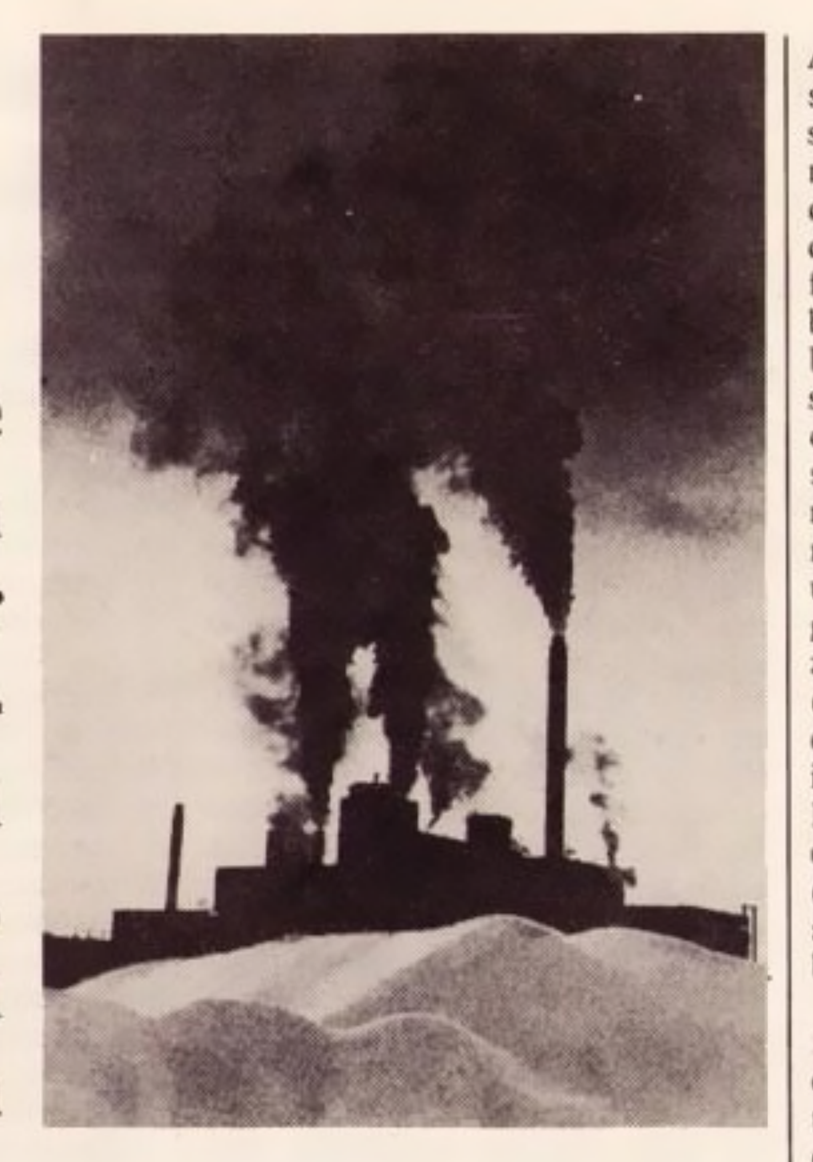
Den Leuten, die in Heimen sind!
Den Jugendlichen und dem Kind
die sollen sich zum Teufel scheren!
Die werden sich bestimmt nicht wehren?

Und das ist das Ende nicht,
ein Kinderheim, das soll jetzt dicht
Wie's mit den Kindern weitergeht
in Bremen in den Sternen steht

Liebe Leute, hört mal zu:
Der Scherf, der kriegt jetzt keine Ruh!
Wer sich nicht um die Jugend schert
ist als Senator nichts mehr wert.

Und nur durch Knast und Polizei
gehn die Probleme nicht vorbei
Wir fordern darum liebe Leute
genügend Gelder, hier und heute
und sagen darum jetzt ganz barsch
Niemals wieder Bettelmarsch!!!!!!

Die Grünen zur Hessenwahl: kein Bündnis, aber ein Programm



Echt sauer bis ziemlich wütend reagieren die Leute in den südhessischen BIs zusammen mit allen Kräften, die ein alternatives Wahlbündnis für die Hessenwahl anstreben, auf den Entschluß der Frankfurter Grünen, Alexander Schubart von ihrer „offenen Liste“ zu streichen. Aschu wird vorgeworfen, seine „Absicht, die Wahldiskussion in Richtung auf Gründung einer Alternativen Liste voranzutreiben (stehe) im Widerspruch zu seiner Absicht, auf einer offenen Grünen Liste zu kandidieren“. – Klar, die Grünen haben in der Frage Alternatives Bündnis, das alle Kräfte gegen den herrschenden Parteienblock in Wiesbaden repräsentiert, von Anfang an auf stur geschaltet, und es sieht so aus, als könne sie weder die dickste Basisversammlung noch so prominente Aussteiger wie Manfred Coppik samt Frühlingsforum von ihrer Alleinkandidatur abbringen.

Eins können die Grünen allerdings für sich verbuchen: daß sie halt in Sachen Programm einen Vorsprung haben, denn die Arbeitsgruppen der Alternativen (und auch unsere vom KBW) kommen nicht so einfach in Gang und haben an Schriftlichem bisher wenig vorgelegt – teils, weil diese Kräfte unter *Programm* mit Recht sehr konkrete Antworten auf die wirtschaftliche und ökologische Krise etwa im Sinn einer Ausgestaltung der positiven Ansätze des DGB-Beschäftigungsprogramms für Hessen verstehen, teils aber auch, weil der inhaltlichen Auseinandersetzung letztlich doch nicht *die* Bedeutung zugesprochen wird und einfach das *grün* stört und in gewisser Weise für spaltend gehalten wird, wo ja auch was dran ist.

Wenn ich im folgenden versuche, den von der grünen Landesversammlung verabschiedeten Programmteil „Wirtschaft & Arbeitswelt“ vorzustellen, geschieht das mit doppelter Absicht: Einmal wollen wir uns mehr über Inhalte als über Formen und Träger streiten, zum anderen ist diese Vorlage, verglichen mit dem ersten Entwurf, in vielerlei Hinsicht mehr als ein Fortschritt. Es zeigt sich dort immerhin der Einfluß von Leuten innerhalb und außerhalb der Grünen, die über Umwelt- und Naturschutz hinaus zu einer radikalen Kritik der zugrundeliegenden Verhältnisse übergehen *wollen,* und man spürt den Wunsch, die Verbindung der ökologischen Bewegung mit fortschrittlichen Teilen der Gewerkschaftsbewegung einzugehen – jedenfalls auf dem Papier, wie bemüht, plakativ oder oberflächlich sich so manche Formulierung auch erstmal liest.*

•

Gleich in der Präambel gehen die Grünen den Kritikpunkt an, der ihnen von vielen Seiten – sei's von den „Gewerkschaftern gegen Startbahn West“, von der GEW, von ihren Mitgliedern im Kreis Groß-Gerau und den dortigen Ortskartellen oder sei's von uns – entgegengeschleudert worden ist: die Spaltung zwischen „Ökologie und Ökonomie“. „Durch eine gezielte Kampagne soll der Eindruck erweckt werden, daß eine ökologische Politik für die Sicherung unserer Lebensgrundlage Arbeitsplätze vernichten würde. So wird u.a., abgesehen von der CDU, auch von der SPD und von Repräsentanten der Gewerkschaften ein angeblicher ‚Investitionsstau‘ wegen hoher Umweltschutzauflagen, z.B. im Kraftwerksbau, der die Schaffung – zumeist kurzfristiger – Arbeitsplätze blockiere, entgegengehalten“, heißt es dort, womit die „gewerkschaftlich Organisierten gegen die ökologische Bewegung und damit auch gegen deren parlamentarischen Arm, die Grünen, ausgespielt werden sollten“. Ökologie und Arbeitsplätze seien aber nicht voneinander zu trennen. Eine positive Verknüpfung erfordere „natürlich eine Abwendung von der heutigen hoch konzentrierten Profitwirtschaft mit ihren inhumanen Arbeitsbedingungen und unsicheren Arbeitsplätzen und ihrer großtechnologischen Sackgasse“. Gefordert wird eine dynamische Kreislaufwirtschaft nach sozialen und ökologischen Anforderungen auf der Basis alternativer Technologie, die Einkommen und Arbeit unter humanen Bedingungen für jeden gewährleistet. „Im Gegensatz dazu zerstört die jetzige Arbeits- und Produktionsorganisation der Verschwendungs- und Verschleißwirtschaft mit ihrer Großtechnologie Mensch und Natur. Deshalb brauchen wir dringend eine gesamtwirtschaftliche Alternative, die auf den Prinzipien der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung aufbaut.“

Eine vernetzte Darstellung der Verflechtung von Ökologie und Arbeit in den verschiedenen Stufen des Produktionsablaufs soll die Notwendigkeit dieser Alternative anschaulich machen und die ökologische und ökonomische „Krise des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems“ beispielhaft aufzeigen. Diese Krise sei „gekennzeichnet durch die zunehmende Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen und durch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“.

Die Landesversammlung, allerdings mit nicht mal 10% der Mitglieder bestückt, hielt an solch linken Formulierungen – manche nennen es auch Phrasen – ausdrücklich fest und ergänzte, die gewünschte Alternative erfordere eine „genauso entschiedene Abwendung von der ‚realsozialistischen‘ Planwirtschaft des Ostblocks mit ihrer allmächtigen Staatsbürokratie, die ebenso auf Wirtschaftswachstum und Zentralismus ohne Rücksicht auf Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen setzt“.

Diesen Formulierungen wird nun z.B. in Rüsselsheim entgegengehalten, die Krise des kapitalistischen Profitsystems werde nicht korrekt aus der Überakkumulation von Kapital und den Grenzen der Kapitalverwertung erklärt. Vielleicht ist das ein Mangel, genauso wie die generelle Ablehnung der Großtechnologie – aber diese Kritik greift wirklich zu kurz und berücksichtigt z.B. kaum den *Versuch,* sowohl die Vernichtung von Arbeitsplätzen wie auch die Zerstörung von Mensch und Natur aus dem kapitalistischen Produktionsprozeß zu erklären. Dabei stehen zwar der Arbeitsprozeß als konkreter Stoffwechsel und die mehr oder minder zweckmäßige Tätigkeit (sinnvolles Endprodukt?) sowie die Arbeitsbedingungen, bewertet je nach dem Umgang mit gesundheitsschädlichen Stoffen und nach dem Maß an Überschaubarkeit des Vorgangs selbst für den einzelnen Arbeiter, im Vordergrund – und doch ist das Programm nicht blind gegenüber den Ursachen kapitalistischer Rationalisierung und kurzfristiger profitträchtiger Investitionen ohne Rücksicht auf ihre mittelfristigen gesellschaftlichen Auswirkungen. Das belegen die Beispiele, in denen die Schritte des Produktionsablaufs: Rohstoffgewinnung, Verarbeitung und Produktion, Verteilung der Güter, Verbrauch und Nutzung, Abfallbeseitigung unter den Fragestellungen untersucht werden: a. Zu welchem Zweck und mit welcher Zielsetzung wird der Vorgang vollzogen; b. auf welche Weise und unter welchen Bedingungen leisten Menschen dabei Arbeit und c. welche kurzfristigen und welche langfristigen Auswirkungen haben diese Vorgänge und produzierten Güter auf den Menschen, auf die Gesellschaftsform, die Natur und das irdische Leben? Dieser Gedankengang drückt sich auch aus in dem, was unter einer „humanen Gesellschaft“ in Negation der herrschenden Verhältnisse entfremdeter Arbeit und ungleicher Verteilung verstanden wird, wie in der Forderung, daß die „Betroffenen selbst Entscheidungen darüber treffen, Was, Wie und Wo produziert wird“, wobei „unter den gegenwärtigen profitwirtschaftlichen Bedingungen“ an eine Lösung der aufgezeigten Probleme nicht zu denken sei.

Nachdem im weiteren die „Einflüsse der Wirtschaft in unserem gesamten Lebensbereich“ (Infrastruktur, Siedlungspolitik, Wohnungs- und Städtebau, Sozialisation und Medien, Verwaltungsbürokratie und staatliche Überwachung im Interesse der Erhaltung der gesellschaftlichen Machtgruppen der Produktionsmittelbesitzer) umrissen werden, wird die Alternative, die „ökologische und soziale Kreislaufwirtschaft“, vorgestellt: „Die Grünen Hessen setzen sich für ein Wirtschaftssystem ein, das sich an den Lebensbedürfnissen der Menschen und zukünftigen Generationen, an der Erhaltung der Natur und am sparsamen Umgang mit den natürlichen Reichtümern orientiert ..., in der die Beziehungen der Menschen untereinander und zur Natur bewußt gemacht werden, in der die Beachtung ökologischer Kreisläufe, die Entwicklung und der Einsatz der Technologie, die Beziehung zwischen Produktion und Verbrauch zu einer Angelegenheit aller Betroffenen wird ... Auf der Basis der Selbstbestimmung werden die Produktionsentscheidungen in betrieblicher Selbstverwaltung ohne hierarchische Strukturen getroffen.“ Dabei bleiben die Grünen aber nicht einfach bei den idyllischen alternativen Betrieben stehen (die gleichwohl immer wieder, vor allem bei der Investitionsförderung zur Schaffung von Arbeitsplätzen, im Vordergrund stehen), sondern kriegen schon das Problem gesamtgesellschaftlicher Planung und Arbeitsteilung in den Blick: „Dabei muß im Konzept der Selbstbestimmung gewährleistet werden, daß betriebliche Entscheidungen den gesamtgesellschaftlichen Interessen gerecht werden. Zu diesem Zweck werden auf allen Ebenen Wirtschafts- und Sozialräte als demokratische Selbstverwaltungsgremien geschaffen ... Entscheidungsbefugnisse stehen ihnen nur im Rahmen übergeordneter, ökologischer und sozialer Gesamtinteressen zu.“

Positiv ist auch, daß dort, wo von Enteignung oder Überführung von Schlüsselindustrien und beherrschenden Verwaltungs- und Bankunternehmen in „demokratisch kontrolliertes Gemeineigentum“ gesprochen wird, nie der Hinweis auf die Selbstverwaltung der Beschäftigten fehlt. Dagegen hat das Programm zum Abbau der Arbeitslosigkeit halt schon den Nachteil, daß es sich allein auf die Verkürzung der Wochen- wie auch der Lebensarbeitszeit bezieht und Schutz vor Rationalisierungsfolgen fordert, aber kein Begriff existiert von einer anderen gesellschaftlichen Verteilung der Arbeit, so daß viele richtige Forderungen, wie sie sich auch beim DGB finden, ziemlich unvermittelt und letztlich beliebig nebeneinanderstehen. Der Begriff Ökologie in der genannten Definition beschreibt eben auch erstmal ein Ziel oder einen Traum, ersetzt aber nicht die konkrete Untersuchung unter Kriterien von Gebrauchswert und Wert als Voraussetzung einer gesellschaftlichen Alternative, wenngleich der „dynamische Kreislauf“ dazu viele Anhaltspunkte liefert.

Was im folgenden an kurzfristigen Forderungen zur Humanisierung der Arbeitswelt, zu den Rechten von Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten und zu Finanzen und Steuern erhoben wird, ist einem sehr geläufig, wenn man gewerkschaftliche und dazu unsere Publikationen näher kennt, abgesehen von Differenzen in einzelnen Punkten, wo etwa die Abschaffung der Gewerbesteuer durch höhere Schlüsselzuweisung ermöglicht werden soll oder wo – da ist die Ursache des Streits vielleicht grundsätzlicher – nicht die Gewerkschaft im Betrieb vorrangig gestärkt werden soll (weil die Funktionäre zu kompromittiert sind), sondern die Versammlung der Gesamtbelegschaft.

Mag einem auch sonst noch manch Widersprüchliches auffallen (mir scheint z.B., daß sich die positiven Möglichkeiten der Nutzung einer hohen Produktivität und Technik oder das Verhältnis von Stadt und Land erst allmählich und teils noch unbegriffen aufdrängen) – hier liegt ein Teilprogramm vor, von dem man ausgehen kann und das es weiterzuentwickeln gilt. Dazu muß es nicht nur in der alternativen Wahlbewegung, sondern vor allem auch unter Gewerkschaftern bekannt gemacht werden, und das werden uns die Grünen nur partiell abnehmen können. *cf*

**Da der Text samt angenommenen Änderungen nicht schriftlich vorliegt, gehe ich hier von der Beschlußvorlage aus. Die meisten Änderungen bezogen sich auf die Verschärfung antikapitalistischer Formulierungen.*

---

gen liegt, steht der Westen kurz vor dessen Total-Zerschlagung. „Im Gegensatz zu den Befreiungskämpfen Indochinas bedeuten die polnischen Arbeiter- und Volkskämpfe heute keine Schwächung des Imperialismus, sondern – unabhängig von der Berechtigung der Arbeiterkämpfe – bedeutet jede Destabilisierung des RGW eine Schwächung der SU und unter den gegebenen Verhältnissen eine Stärkung des Imperialismus. Dies um so mehr, als Solidarność dieser Kräfteverschiebung nicht entgegenzuwirken versucht; sie ist nicht antiimperialistisch ... wir treten ein für die polnische Souveränität, das haben wir stets klargemacht. Aber es ist eine völlig verlogene Position ... so zu tun, als könne am Vorabend des III. Weltkriegs Polen tatsächlich unabhängig werden, wenn gleichzeitig mit der Schwächung der SU die Stärkung der NATO einhergeht.“ (AK 218, S. 8) Wer etwas anderes behauptet, ist sowieso ein Kriegshetzer. Dies gilt für die Grünen („schlimm“), den DGB („CIA-gesteuert“) und natürlich auch für den KBW. Auf einen Kommentar von H.-G. Schmierer, in dem es heißt: „(Sanktionen) machen nicht die Politik der Kapitalisten, sondern stören sie“, wird triumphierend geantwortet: Das gilt auch für eine kleine Bombe auf Moskau. Glauben die Verfasser des AK wirklich, alle Welt werde warten, bis wir in Westdeutschland die Stationierung der Mittelstreckenraketen verhindert haben und damit den Frieden gesichert haben und dann erst die Unabhängigkeit anderer Völker „ungefährlich“ wäre? Sicher lauert Kriegsgefahr auch im Zerfall der Blöcke, die größere aber in ihrer Verhärtung, weil diese den Krieg kalkulierbar macht, und eine Hoffnung kann nur in der Initiative der Völker bestehen, die sich Unabhängigkeit und Freiheit erkämpfen. Der Fortschritt, wenn Polen als Aufmarschgebiet der SU ausscheidet, wäre real, während die Gefahr, daß Polen durch die NATO einverleibt wird, bisher doch sehr hypothetisch ist. Warum sollte es für die NATO oder für die USA leichter sein, ausgerechnet in ein Polen einzumarschieren, in dem die Arbeiterklasse gerade die Macht erobert hat und das Volk weiß, was es zu verteidigen hat? Weil die sowjetische atomare Hintermacht fehlt? Wieso fehlt sie, und was wäre das für eine Friedenssicherung?

3. Die These, daß die politische und wirtschaftliche Krise der RGW-Staaten im wesentlichen durch westlichen Druck oder Einmischung hervorgerufen sei, ist nicht haltbar. Die Gleichartigkeit der Krisensymptome über mehrere Jahrzehnte hinweg in den verschiedensten Situationen und Ländern des RGW ist schon ein Gegenargument. Auch der zeitliche Ablauf war so, daß die rasante Verschuldung beim Westen erst einsetzte, als die wirtschaftliche Lage bereits unhaltbar geworden war. (4) Diese Kredite haben den offenen Wirtschaftszusammenbruch auf verschiedene Weise hinausgeschoben und damit natürlich bei seinem unausbleiblichen Eintreten enorm verschärft. Die unproportionellen Investitionen in der Schwerindustrie, die längst keine Basis mehr in der eigenen Wirtschaft fanden, konnten auf westliche Ressourcen gestützt 10 Jahre lang weitergeführt werden.

Gleichzeitig erschlossen sie teilweise die Möglichkeit, mit Rohstoffen zu zahlen bzw. Devisen zu erlangen. Die Rückzahlung der Schulden aus der laufenden Produktion wurde zunehmend illusionär. Jetzt, wo es gekracht hat, sind tatsächlich die sowjetischen Rohstoffe eine Quelle, aus der eine vorübergehende Erleichterung finanziert werden kann, während die Kredite an den Westen unerträglich drücken. Das braucht man nicht zu vergessen, wenn man feststellt, daß eine Überwindung der Krise nur in der Beseitigung ihrer Ursachen bestehen kann: indem die starre, auf Erhaltung der Macht der Bürokratie fixierte zentrale Planung gebrochen wird zugunsten einer die Bedürfnisse des Volks befriedigenden und flexibel der Entwicklung des Landes angepaßten Wirtschaftslenkung. Das hat nicht erst Solidarność gefordert, sondern alle Wirtschaftsreformer nach dem Stalinismus. Der Unterschied ist, daß Solidarność die politische Situation geschaffen hat, um diese Veränderungen durchzuführen. Die Vorstellungen der Selbstverwaltung waren sicher noch unfertig, aber es war die soziale Bewegung entstanden – oder besser: endlich organisiert aufgetreten –, die auf diesem Weg die Kontrolle der Produzenten über die gesellschaftliche Produktion erkämpfen konnte. Darin liegt die große historische Erfahrung, die die polnischen Arbeiter geliefert haben und die jetzt durch den Putsch (nur) unterbrochen worden ist.

Zum Schluß zu den Sanktionen: Die Linke und auch die Gewerkschaften können sie eh weder durchsetzen noch durchführen. Sie entscheiden letztlich die Lage auch nicht, obwohl es schon günstig wäre, wenn das Ostgeschäft nicht ungestört weiterlaufen würde. Aber das Schlimmste ist meiner Meinung nach, wenn die Linke den ruhigen Übergang zur Tagesordnung mitmachen würde, mit der der polnische Freiheitskampf dem Status quo geopfert würde, mit der verhängnisvollen Konsequenz, daß die demokratische und Friedensbewegung in der BRD kein Bezugspunkt werden kann für die um Unabhängigkeit kämpfenden Völker und somit auch von der Regierung leicht auszutricksen ist. Es könnte ja auch einmal die Situation entstehen, wo *wir* darauf angewiesen sind, daß es eine polnische Unabhängigkeitsbewegung gibt.

(1) In diesem im AK 215 veröffentlichten „Offenen Brief“ greifen die Verfasser Spendensammlungen, die vom KBW unterstützt wurden, als revanchistisch an und behaupten, wenn Solidarność nur Exportkontrollen durchgesetzt hätte, könnten die Polen „schmausend am warmen Ofen sitzen“. Wahrscheinlich ist die polnische Regierung ein Lakai des westlichen Imperialismus und hat deswegen „ihr ganzes Volk an den Westen verpfändet“. Aber dann wäre ihr Sturz doch wieder fortschrittlich? Es ist schwer, auf solch eine Mischung von leerem Unsinn und „scharfen Angriffen“ einzugehen. Das Problem der Briefeschreiber ist, daß sie jede Untersuchung der inneren Ursachen der polnischen Krise sowieso für Antikommunismus halten.

(2) Es gab und gibt natürlich revolutionäre Bewegungen in Portugal, Griechenland, Irland u.a. Aber sie sind nicht so direkt bis zur Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung vorgestoßen und stehen nicht so im Brennpunkt der imperialistischen Widersprüche.

(3) Diese These wird auch wieder von Kt. im AK 218 ausgeführt. Wann wird diese Richtung statt Andeutungen mal ihre Position zur Geschichte der Sowjetunion der Kritik zugänglich machen?

(4) vgl. „Freiheit, Unabhängigkeit und Brot‘ von Koenen u.a. im Sendler Verlag und der neueste Artikel von H.-G. Schmierer in Kommunismus und Klassenkampf 2/82. Leider scheinen diese Untersuchungen unsere Kritiker weit weniger zu interessieren als Zitate über Sanktionen.

gen liegt, steht der Westen kurz vor dessen Total-Zerschlagung. „Im Gegensatz zu den Befreiungskämpfen Indochinas bedeuten die polnischen Arbeiter- und Volkskämpfe heute keine Schwächung des Imperialismus, sondern – unabhängig von der Berechtigung der Arbeiterkämpfe – bedeutet jede Destabilisierung des RGW eine Schwächung der SU und unter den gegebenen Verhältnissen eine Stärkung des Imperialismus. Dies um so mehr, als Solidarność dieser Kräfteverschiebung nicht entgegenzuwirken versucht; sie ist nicht antiimperialistisch ... wir
3. Die These, daß die politische und wirtschaftliche Krise der RGW-Staaten im wesentlichen durch westlichen Druck oder Einmischung hervorgerufen sei, ist nicht haltbar. Die Gleichartigkeit der Krisensymptome über mehrere Jahrzehnte hinweg in den verschiedensten Situationen und Ländern des RGW ist schon ein Gegenargument. Auch der zeitliche Ablauf war so, daß die rasante Verschuldung beim Westen erst einsetzte, als die wirtschaftliche Lage bereits unhaltbar geworden war. (4) Diese Kredite haben den offenen Wirtschaftszusammenbruch auf ver-
durch den Putsch (nur) unterbrochen worden ist.
Zum Schluß zu den Sanktionen: Die Linke und auch die Gewerkschaften können sie eh weder durchsetzen noch durchführen. Sie entscheiden letztlich die Lage auch nicht, obwohl es schon günstig wäre, wenn das Ostgeschäft nicht ungestört weiterlaufen würde. Aber das Schlimmste ist meiner Meinung nach, wenn die Linke den ruhigen Übergang zur Tagesordnung mitmachen würde, mit der der polnische Freiheitskampf dem Status quo geopfert würde, mit der verhängnisvollen
Diesen Formulierungen wird nun z.B. in Rüsselsheim entgegengehalten, die Krise des kapitalistischen Profitsystems werde nicht korrekt aus der Überakkumulation von Kapital und den Grenzen der Kapitalverwertung erklärt. Vielleicht ist das ein Mangel, genauso wie die generelle Ablehnung der Großtechnologie – aber diese Kritik greift wirklich zu kurz und berücksichtigt z.B. kaum den *Versuch,* sowohl die Vernichtung von Arbeitsplätzen wie auch die Zerstörung von Mensch und Natur aus dem kapitalistischen Produktionsprozeß zu erklären. Dabei stehen zwar der Arbeitsprozeß als konkreter Stoffwechsel und die mehr oder
nie der Hinweis auf die Selbstverwaltung der Beschäftigten fehlt. Dagegen hat das Programm zum Abbau der Arbeitslosigkeit halt schon den Nachteil, daß es sich allein auf die Verkürzung der Wochen- wie auch der Lebensarbeitszeit bezieht und Schutz vor Rationalisierungsfolgen fordert, aber kein Begriff existiert von einer anderen gesellschaftlichen Verteilung der Arbeit, so daß viele richtige Forderungen, wie sie sich auch beim DGB finden, ziemlich unvermittelt und letztlich beliebig nebeneinanderstehen. Der Begriff Ökologie in der genannten Definition beschreibt eben auch erstmal ein Ziel oder einen Traum, ersetzt aber nicht
die Bedeutung zugesprochen wird und einfach das *grün* stört und in gewisser Weise für spaltend gehalten wird, wo ja auch was dran ist.
Wenn ich im folgenden versuche, den von der grünen Landesversammlung verabschiedeten Programmteil „Wirtschaft & Arbeitswelt“ vorzustellen, geschieht das mit doppelter Absicht: Einmal wollen wir uns mehr über Inhalte als über Formen und Träger streiten, zum anderen ist diese Vorlage,
man spürt den Wunsch, die Verbindung der ökologischen Bewegung mit fortschrittlichen Teilen der Gewerkschaftsbewegung einzugehen – jedenfalls auf dem Papier, wie bemüht, plakativ oder oberflächlich sich so manche Formulierung auch erstmal liest.*
Gleich in der Präambel gehen die Grünen den Kritikpunkt an, der ihnen von vielen Seiten – sei's von den „Gewerkschaftern gegen Startbahn West“,
rung unserer Lebensgrundlage Arbeitsplätze vernichten würde. So wird u.a., abgesehen von der CDU, auch von der SPD und von Repräsentanten der Gewerkschaften ein angeblicher ‚Investitionsstau‘ wegen hoher Umweltschutzauflagen, z.B. im Kraftwerksbau, der die Schaffung – zumeist kurzfristiger – Arbeitsplätze blockiere, entgegengehalten“, heißt es dort, womit die „gewerkschaftlich Organisierten gegen die ökologische Bewegung und damit auch gegen deren parlamentarischen
mit nicht mal 10% der Mitglieder bestückt, hielt an solch linken Formulierungen – manche nennen es auch Phrasen – ausdrücklich fest und ergänzte, die gewünschte Alternative erfordere eine „genauso entschiedene Abwendung von der ‚realsozialistischen‘ Planwirtschaft des Ostblocks mit ihrer allmächtigen Staatsbürokratie, die ebenso auf Wirtschaftswachstum und Zentralismus ohne Rücksicht auf Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen setzt“.
Zweck werden auf allen Ebenen Wirtschafts- und Sozialräte als demokratische Selbstverwaltungsgremien geschaffen ... Entscheidungsbefugnisse stehen ihnen nur im Rahmen übergeordneter, ökologischer und sozialer Gesamtinteressen zu.“
Positiv ist auch, daß dort, wo von Enteignung oder Überführung von Schlüsselindustrien und beherrschenden Verwaltungs- und Bankunternehmen in „demokratisch kontrolliertes Gemeineigentum“ gesprochen wird,

Zapu-Minister bleiben in der Koalition

kvz. Offenbar gegen die ursprüngliche Absicht des Zapu-Vorsitzenden Nkomo hat das 150 Mitglieder zählende Zentralkomitee am letzten Wochenende in der Zapu-Hochburg Bulawayo in Ndebele-Land beschlossen, zwei Minister und zwei stellvertretende Minister, die Mugabe ausdrücklich von den Anschuldigungen gegen Nkomo und andere Regierungsmitglieder wegen der umfangreichen geheimen Waffenlager ausgenommen hatte, nicht aus der Regierung abzuziehen. Der Stimmung der Zapu-Mehrheit folgend hatte Nkomo an die Einheit Zimbabwes appelliert, nachdem er zu Beginn der Krise angedeutet hatte, sämtliche Zapu-Leute würden die Koalition verlassen und in die Opposition gehen. Die Vorwürfe gegen Nkomo werden weiter aufrechterhalten. Wie Mugabe auf einer Kundgebung nördlich der Hauptstadt sagte, werde der Zapu-Führer nie mehr in einer Regierung Zimbabwes einen Platz haben. Vielmehr müsse er immer noch damit rechnen, vor ein Gericht gestellt und verurteilt zu werden.

Aufnahme der Westsahara in die OAU?

kvz. Die Ministerratssitzung der OAU, Organisation für Afrikanische Einheit, ist beendet worden, ohne daß formell Beschluß gefaßt werden konnte über die Aufnahme der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (Westsahara) in die Organisation. OAU-Generalsekretär Kodjo hatte die DARS zu Beginn der Ministerratssitzung eingeladen, an den Sitzungen teilzunehmen. Das führte dazu, daß Marokko und einige andere Staaten die Sitzung verließen. Bis zum Ende der Tagung war die Zahl der Staaten, die sich Marokko angeschlossen hatten, auf 19 gestiegen. Damit war das vorgeschriebene Quorum von 34, also zwei Drittel, nicht mehr gegeben. Marokko führt seit Abzug der spanischen Kolonialtruppen aus der Westsahara im Jahre 1976 einen erbitterten Krieg gegen die saharauische Bevölkerung und deren Organisation, die F.POLISARIO, weil sie das an Phosphat und anderen Bodenschätzen reiche Gebiet annektieren will. Der DARS ist es gelungen, einige politische Erfolge zu erringen, so wurde sie bis jetzt von 26 Mitgliedern der OAU als selbständiger Staat anerkannt. Militärisch scheint jedoch ein Pattsituation im Kampf gegen Marokko zu herrschen, was natürlich auch den notwendigen Aufbau des Landes behindert. Die Frage der Aufnahme der DARS in die OAU ist seit langem umstritten und droht die Organisation zu spalten.

Streik der Druzen auf den Golanhöhen seit 12 Tagen

chm. Israel hat es bis jetzt nicht geschafft, die druzischen Bewohner der von ihr annektierten syrischen Golanhöhen kleinzukriegen. Ihr Streik gegen die Annexion geht jetzt in die dritte Woche. In der Nacht zum 24.2. haben die israelischen Besatzungstruppen alle Straßen zu den Golanhöhen abgesperrt und ein generelles Ein- und Ausgehverbot verhängt. Am Tag darauf wurden die Wasserrationen für Magdal Shams, eines der fünf Dörfer, in denen der Widerstand am stärksten ist, drastisch gekürzt. Als auch das nicht half, begannen am Donnerstag die kollektiven Verhaftungen in den Dörfern. Israelische und ausländische Journalisten, die über den Streik berichten wollen, werden von den israelischen Truppen in ihrer Arbeit stark behindert.

Reformierte Apartheid in Südafrika?

kvz. Aus den Auseinandersetzungen um einige Lockerungen im System der Rassenunterdrückung in Südafrika ging der „Reform"flügel um Premierminister P.W. Botha gestärkt hervor. Die Krise seiner seit 1934 herrschenden Nationalen Partei war durch den Widerstand von 23 Parlamentsabgeordneten, die Mehrzahl davon aus Transvaal, die sich um den Vorsitzenden der dortigen Parteiorganisation Andries Treurnicht gegen die Errichtung einer politisch-parlamentarischen Vertretung und Beteiligung an einer Zentralregierung für die 2,7 Mio. Mischlinge und die 835000 Asiaten gesammelt hatten. Die vom Präsidialrat vorgesehene Verfassungsreform sieht keinerlei Berücksichtigung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit vor. Inzwischen hat sich die Mehrheit des Provinzverbandes Transvaal hinter Botha gestellt, nur 35 stimmten gegen ihn. Sie müssen mit dem Ausschluß aus der Partei rechnen; womöglich steht dann die Gründung einer neuen ultrarechten „verkrampten", d.h. prinzipientreuen Partei in der Tradition des calvinistischen, afrikaanischen burischen Bürgertums an, die seit je vor dem „kommunistischen Anschlag" der „schwarzen Flut" warnt. Die „Verkrampten", die mit Frauen und Kindern in Trekker-Nationaltracht während der Parteisitzung in Pretoria demonstrierten, lehnen jede noch so kosmetische Milderung der Apartheid ab, zu denen sich das Regime seit den Unruhen 1976 hin und wieder gezwungen sieht.

Indisch-pakistanische Verhandlungen gescheitert

kvz. Die Verhandlungen zwischen Indien und Pakistan, die auf Vorschlag der indischen Regierung mit einem Nichtangriffsabkommen zwischen beiden Staaten hätten beendet werden sollen, sind vorerst gescheitert. (s. KVZ 6/82) Ursache des Scheiterns war das Kaschmirproblem, die Grenzprovinz zwischen beiden Staaten, die Indien nach einem langen Krieg besetzt hält. Der pakistanische Außenminister hatte die Kaschmirfrage mit der Palästinafrage verglichen. Daraufhin befahl die indische Regierungspräsidentin ihrer Delegation, die Verhandlungen abzubrechen.

Reagans Vorschläge für Zentralamerika bedeuten Krieg

Friedensinitiative Mexikos von den USA unbeachtet

chm. Die Rede wurde schon mit Spannung erwartet. „Indiskretionen" aus der Umgebung des amerikanischen Präsidenten sorgten für die Erhöhung der Spannung – Inszenierung von fast Hollywoodschem Format, die da ablief, bis schließlich Ronald Reagan auf der Konferenz der Organisation der amerikanischen Staaten sich offenbarte. Fünf Maßnahmen will er ergreifen, um Frieden und Freiheit in Mittelamerika herzustellen:

Aufhebung der Handelsschranken für Importe aus den mittelamerikanischen Staaten und den Staaten der Karibik (z.B. Haiti) für die Dauer von 12 Jahren. (Es soll auch umgekehrt funktionieren, d.h. die minimalen Schutzzölle, die einige dieser Staaten gegen die Überflutung ihrer Märkte mit US-Waren aufgerichtet haben mögen, sollen dann ebenfalls aufgehoben werden.) Amerikanischen Kapitalisten, die in diesen Ländern investieren wollen, sollen steuerliche Erleichterungen gewährt werden über bilaterale Abkommen mit dem jeweiligen Land. Diese Staaten sollen verstärkt technologische Hilfe für den Aufbau einer dem projektierten Boom entsprechenden Infrastruktur bekommen. Beim Kongreß soll eine einmalige Summe von 350 Mio. Dollar beantragt werden, die zu einem Drittel an El Salvador, zu einem Drittel an Costa Rica gehen soll. Das letzte Drittel soll auf die übrigen Staaten verteilt werden, wobei Jamaika, dessen reaktionärer Präsident Seaga ein besonderer Liebling Reagans ist, den Löwenanteil bekommen soll. Dieser hat auch sofort mit der costaricanischen Regierung und El Salvadors Duarte ein Jubelgeschrei angestimmt.

Und die Gretchenfrage der militärischen Intervention in El Salvador, in Nicaragua? Die USA hätten nicht vor, Kampftruppen irgendwohin zu schicken und mit dem ihm eigenen Humor: „Wenn die Rebellen eine Bombe auf das Weiße Haus schmeißen, dann könnte ich mich vielleicht vergessen!" Aber: Die USA werden alles tun, was nötig sei, um die Sicherheit der Region zu gewährleisten. Also auch die Marines landen lassen, bzw. sie als Berater verkleidet entsenden. Ein Zerstörer der US-Marine kreist schon in den einheimischen Gewässern Nicaraguas.

Reagan hat den anwesenden Vertretern der amerikanischen Staaten deutlich gemacht, daß all diese Maßnahmen ausgehen von den vitalen Interessen der USA an dieser Region: Fast die Hälfte aller amerikanischen Ein- und Ausfuhren, zwei Drittel des importierten Öls und 50% der im Ausland gekauften strategischen Mineralien werden durch den Panamakanal und den Golf von Mexiko transportiert. Wenn „das freie Unternehmertum" unter den Fittichen der USA sich in diesen Ländern nur genügend entfalte, würden sich die Verhältnisse schon ändern. Sonst stünde diesen Staaten eine „neue Art von Kolonialismus" bevor, der ihre Unabhängigkeit in „Brutalität und Totalitarismus" verwandeln wolle. Kuba, Nicaragua, Grenada wurden als Schreckgespenster an die Wand gemalt und die revolutionären Kräfte in El Salvador als Marionetten der Sowjetunion diffamiert.

Mit keinem Wort ist Reagan auf die Vermittlungsinitiative des mexikanischen Präsidenten Lopez Portillo eingegangen, der einige Tage zuvor auf einer großen Veranstaltung während seines Staatsbesuch in Nicaragua eine militärische Intervention der USA in Zentralamerika einen „gigantischen historischen Irrtum" genannt hatte. In seinem „Appell von Managua" macht Portillo den Vorschlag, die verschiedenen Krisenherde in Mittelamerika – das sind El Salvador, Nicaragua und die Beziehungen Kuba – USA – zu entflechten. Für El Salvador fordert er den Rückzug aller US-Berater aus dem Lande und sofortige Verhandlungen mit der FDR/FMLN. In Bezug auf Nicaragua macht er drei Vorschläge: Die USA sollen alle Interventionsdrohungen einstellen und auf jegliche Gewaltanwendung verzichten. Nicaragua seinerseits verringert sein militärisches Potential unter der Bedingung, daß die Somozisten entwaffnet werden und ihre Ausbildung in den USA eingestellt wird. Es schließt mit den Nachbarstaaten und den USA, jeweils voneinander getrennt, Nichtangriffsabkommen. (Die nicaraguanische Regierung soll die Vorschläge akzeptiert und den USA Gespräche angeboten haben.)

Aufbauend auf das Gespräch, das zwischen dem US-Außenminister Haig und dem stellvertretenden Vorsitzenden des kubanischen Ministerrats, Rodriguez, stattgefunden hat, sollen weitere Gespräche zwischen den beiden Staaten aufgenommen werden, ein Vorschlag, den Kuba angenommen hat.

Diese Initiative Lopez Portillos war von mehreren Staaten der Region und sogar von einigen US-Senatoren als letzte Möglichkeit für einen wirklichen Frieden in Mittelamerika angesehen worden. Daß Reagan sie unbeachtet gelassen hat, ist ein Indiz für die Interventionsabsichten der USA. Reagan muß aber die immer wachsende Oppositionsbewegung gegen seine Politik fürchten. Nach einer repräsentativen Umfrage des Gallup-Instituts im Auftrage der Zeitschrift Newsweek sind 89% der Befragten gegen die Entsendung von US-Truppen nach Mittelamerika, 54% sind dafür, daß sich die USA vollständig aus der Region heraushalten. In mehreren Städten der USA nahmen tausende an Demonstrationen gegen Reagans Interventionspolitik teil. Der Vergleich mit Vietnam ist nicht mehr zu überhören.





Beginn der Ministerratssitzung eingeladen, an den Sitzungen teilzunehmen. Das führte dazu, daß Marokko und einige andere Staaten die Sitzung verließen. Bis zum Ende der Tagung war die Zahl der Staaten, die sich Marokko angeschlossen hatten, auf 19 gestiegen. Damit war das vorgeschriebene Quorum von 34, also zwei Drittel, nicht mehr gegeben. Marokko führt seit Abzug der spanischen Kolonialtruppen aus der Westsahara im Jahre 1976 einen erbitterten Krieg gegen die saharauische Bevölkerung und deren Organisation, die F.POLISARIO, weil sie das an Phosphat und anderen Bodenschätzen reiche Gebiet annektieren will. Der DARS ist es gelungen, einige politische Erfolge zu erringen, so wurde sie bis jetzt von 26 Mitgliedern der OAU als selbständiger Staat anerkannt. Militärisch scheint jedoch ein Pattsituation im Kampf gegen Marokko zu herrschen, was natürlich auch den notwendigen Aufbau des Landes behindert. Die Frage der Aufnahme der DARS in die OAU ist seit langem umstritten und droht die Organisation zu spalten.

stimmten gegen ihn. Sie müssen mit dem Ausschluß aus der Partei rechnen; womöglich steht dann die Gründung einer neuen ultrarechten „verkrampten", d.h. prinzipientreuen Partei in der Tradition des calvinistischen, afrikaanischen burischen Bürgertums an, die seit je vor dem „kommunistischen Anschlag" der „schwarzen Flut" warnt. Die „Verkrampten", die mit Frauen und Kindern in Trekker-Nationaltracht während der Parteisitzung in Pretoria demonstrierten, lehnen jede noch so kosmetische Milderung der Apartheid ab, zu denen sich das Regime seit den Unruhen 1976 hin und wieder gezwungen sieht.

Indisch-pakistanische Verhandlungen gescheitert

kvz. Die Verhandlungen zwischen Indien und Pakistan, die auf Vorschlag der indischen Regierung mit einem Nichtangriffsabkommen zwischen beiden Staaten hätten beendet werden sollen, sind vorerst gescheitert. (s. KVZ 6/82) Ursache des Scheiterns war das Kaschmirproblem, die Grenzprovinz zwischen beiden Staaten, die Indien nach einem langen Krieg besetzt hält.

einem Drittel an El Salvador, zu einem Drittel an Costa Rica gehen soll. Das letzte Drittel soll auf die übrigen Staaten verteilt werden, wobei Jamaika, dessen reaktionärer Präsident Seaga ein besonderer Liebling Reagans ist, den Löwenanteil bekommen soll. Dieser hat auch sofort mit der costaricanischen Regierung und El Salvadors Duarte ein Jubelgeschrei angestimmt.

Und die Gretchenfrage der militärischen Intervention in El Salvador, in Nicaragua? Die USA hätten nicht vor, Kampftruppen irgendwohin zu schicken und mit dem ihm eigenen Humor: „Wenn die Rebellen eine Bombe auf das Weiße Haus schmeißen, dann könnte ich mich vielleicht vergessen!" Aber: Die USA werden alles tun, was nötig sei, um die Sicherheit der Region zu gewährleisten. Also auch die Marines landen lassen, bzw. sie als Berater verkleidet entsenden. Ein Zerstörer der US-Marine kreist schon in den einheimischen Gewässern Nicaraguas.

Reagan hat den anwesenden Vertretern der amerikanischen Staaten deutlich gemacht, daß all diese Maßnahmen ausgehen von den vitalen Interessen der USA an dieser Region: Fast die Hälfte aller amerikanischen Ein- und

gen einstellen und auf jegliche Gewaltanwendung verzichten. Nicaragua seinerseits verringert sein militärisches Potential unter der Bedingung, daß die Somozisten entwaffnet werden und ih-

aushalten. In mehreren Städten der USA nahmen tausende an Demonstrationen gegen Reagans Interventionspolitik teil. Der Vergleich mit Vietnam ist nicht mehr zu überhören.



Ein salvadorischer Guerillero hißt die Flagge im befreiten Morazan



Salvadorische Soldaten bei der Ausbildung in Georgia, USA

Erklärung der Volksmoudjahedin zur Ermordung des Führers der Organisation im Iran, Khiabany

chm. Mou sa Khiabany, der Leiter der Mili‘a.ıschen Operationsabteilung d‹r Volksmoudjahedin, war nach der Flucht von Massoud Radjavi, dem Vorsitzenden der Organisation, nach Frankreich der Leiter der gesamten Organisation im Inland geworden. Am 8.2. umzingelte eine Einheit der Pasdaran, der Revolutionswächter, sein Haus in Teheran. Nach über zwei Stunden erst konnten sie das Haus stürmen, wo sie Khiabany, dessen Frau und die Frau von Radjavi auf der Stelle umbrachten. Khiabany war 34 Jahre alt. Unter dem Schahregime war er genau wie Radjavi zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt worden und wurde im Jahre 1979, kurz vor der Rückkehr Khomeinys im Februar, aus dem Gefängnis befreit. Seit 1980 befand er sich wieder im Untergrund. – Aus dem Iran dringen inzwischen immer mehr Nachrichten über Streiks in den Betrieben. Über den großen Streik in den Automobilwerken von Teheran, an dem sich tausende beteiligten und der mit der Erschießung von 7 Arbeitern durch die Revolutionsgarden endete, hatten wir schon berichtet. Die Streiks müssen einen großen Umfang haben, da die Regierung gezwungen ist, öffentlich darauf einzugehen. So kündigte der Arbeitsminister, Tavakoli, im Dezember schon an, daß der Druck auf die Arbeiter verstärkt werden müsse, um sie dem Einfluß der „Heuchler" (Abtrünnige vom richtigen Islam, womit die Volksmoudjahedin gemeint sind) zu entreißen. Die Islamischen Vereine, die den Arbeitern als Vertretung in den Betrieben aufgezwungen werden, haben in den Automobilbetrieben des Landes der Streichung der Betriebsprämien zugestimmt. Sie drohten zugleich, daß alle Streiks und freiwilligen Arbeitsniederlegungen „bis zum letzten Rest niedergeschlagen werden".

*

Im Namen Gottes und im Namen des heldenhaften iranischen Volkes

Der Märtyrer-Tod des großen Modjahed, Mussa Khiabany, ist natürlich eine große Lücke, aber die Modjahedin haben mehrmals innerhalb ihrer 17jährigen gerechten Kämpfe gegen den Schah und Khomeiny solche Schläge ertragen. Im Jahre 1972 hat der Schah 9 Personen von den 10 Z.K.-Mitgliedern der Modjahedin, unter ihnen 3 der Begründer dieser Organisation, hingerichtet. Aber die Organisation der Volksmodjahedin-Iran konnte trotz aller dieser Schläge ihren Weg und ihren gerechten Kampf für die Demokratie, die Unabhängigkeit und die Abschaffung jeglicher Art und Weise der Ausbeutung fortsetzen. Obwohl der große Märtyrer Mussa Khiabany schon zur Schahzeit zum Tode verurteilt worden war, war es erst das Khomeiny-Regime, das mit seiner Ermordung die unvollendete Mission des Schah gegen Khiabany zu Ende geführt hat. Übrigens, soweit die veröffentlichten Namen der Märtyrer zeigen, sind im Gegenteil zu den Behauptungen des Khomeiny-Regimes keine anderen Z.K.-Mitglieder unserer Organisation außer dem großen Modjahed Mussa Khiabany verhaftet oder getötet worden.

Heute ist Khomeiny wahrscheinlich sehr froh, aber das wird nicht lange dauern. Auch wenn er einen so großen Modjahed wie Mussa Khia-



bany und dessen Frau, Azar Rezai, den fünften Märtyrer der Rezai-Familie, sowie einige andere der Modjahedin wie meine tapfere Frau Aschraf – sie war auch zur Schahzeit erst zum Tode und dann zur lebenslangen Haft verurteilt worden – ermordet hat, wird der Widerstand des iranischen Volkes und der gerechte und volksverbundene Kampf der Volksmodjahedin aber ebenso lebendig und standhaft bis zum Sturz Khomeinys fortdauern. Der Morgen des Irans steht nahe, und alle diese Blüten sind das Zeichen für den Sieg der Freiheit gegen den Despotismus und die Reaktion. Und keine Schläge sind so mächtig, daß sie unsere Organisation vernichten könnten. Allerdings sollen auch alle Regierungen der Welt auf diese unvermeidliche Wahrheit achten, daß die iranische Bevölkerung und ihre Modjahedin-Kinder nie den Khomeiny ertragen werden und daß der Iran – mit so viel Blut und Märtyrern – keine andere Alternative außer unserer demokratischen Alternative, akzeptiert. Der Nachfolger des großen Modjahed Mussa Khiabany ist schon vorher bestimmt worden und er ist im Iran mein Stellvertreter, der für alle meine Aufgaben im Iran verantwortlich ist.

Massoud Radjavi
11. Bahman. 1360 08. Feb. 1982

Auszüge aus dem Vorwort zur 3. Auflage von

„Freiheit, Unabhängigkeit und Brot"

Neben dem Vorwort von Gerd Koenen, das auf einige Schwächen der Darstellung des Buches eingeht und sich polemisch mit den Reaktionen in der BRD, vor allem der Linken, auf den Militärputsch auseinandersetzt, enthält die aktualisierte dritte Auflage einen Kurzabriß der Entwicklung im Jahr 1981 und die wichtigsten Programmthesen der „Solidarität", die sie auf ihrem Kongreß im September/Oktober 1981 beschlossen hat. Im folgenden Auszüge aus dem Vorwort:

„Ein Jahr nach Erscheinen ist das Interesse an unserem Buch wieder gewachsen und ist eine Neuauflage erforderlich geworden – diesmal infolge sehr viel trauriger Umstände. Die immer befürchtete, von der Sowjetunion ultimativ geforderte ‚Umkehrung des Gangs der Ereignisse' in Polen, die wirkliche Konterrevolution, hat begonnen.
Eine umfangreichere Überarbeitung und Aktualisierung unseres Buches erschien uns jedoch weder möglich noch notwendig. Die Geschichte des Abschnitts, der jetzt begonnen hat, wird man erst einige Zeit später schreiben können; im Augenblick ist weder positiv noch negativ *irgendeine* Lösung dieses Konflikts in Sicht. Andererseits bewährt es sich jetzt, daß wir den Schwerpunkt des Buchs von vornherein auf die Darstellung der geschichtlichen Hintergründe und der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Triebkräfte jener Massenbewegung gelegt haben, die sich 1980, für die ganze Welt überraschend, so sprunghaft und wuchtig entfaltet hat."

Der Militärputsch Jaruzelskis scheint nun bereits den historischen Beweis geliefert zu haben, daß unabhängige Gewerkschaften tatsächlich mit dem System des Staatsmonopolismus *unvereinbar* sind. Andererseits hat die Existenz von „Solidarność" selbst bewiesen, daß sich machtvolle soziale Kräfte in das System des Staatsmonopols nicht mehr einbinden lassen; die Existenz einer modernen Arbeiterklasse ist ihrerseits unvereinbar mit diesem System geworden. Nur, dieses System hat, zumal es eben in einen machtvollen Militärblock mit imperialer Ausrichtung eingebunden ist, seinerseits eine furchtbare Robustheit und Selbstbehauptungskraft an den Tag gelegt. Trotz weitgehender Erschöpfung jeder progressiven Funktion, trotz Auflösung jeder sozialen Massenbasis scheint es seine Stärke daraus zu schöpfen, daß es eben Instrument der *direkten* Aneignung des gesellschaftlichen Mehrprodukts ist, d.h. sich mit dem abgestuften System der „Nomenklatur", seinen Staatsrenten und Privilegien, doch einen millionenstarken Apparat administrativer und bewaffneter Organe erhalten kann – einen Staatsapparat, der, wie man in Polen sagt, nun der Gesellschaft selbst den Krieg erklärt hat.

Stimmt diese Analyse, dann bedeutet das, daß Osteuropa in eine Phase lang schwelender, aber um so elementarer aufbrechender gesellschaftlicher Konflikte eintreten wird, von einem revolutionären Charakter, wie er sich in den Kernländern des westlichen Kapitalismus noch keineswegs abzeichnet. Diese Bewegungen allerdings werden, zu allen internen Schwierigkeiten strategischer wie taktischer Art, sich vor allem hart und blutig an der Realität des geteilten Europa und ihrer Eingesperrtheit ins östliche Völkergefängnis stoßen. In Polen ist mit größter Wahr-



scheinlichkeit das Eingreifen der eigenen Armee nur der erste Schritt in dieser Ausweitung des Konflikts.

den Kernländern des westlichen Kapitalismus noch keineswegs abzeichnet. Diese Bewegungen allerdings werden, zu allen internen Schwierigkeiten strategischer wie taktischer Art, sich vor allem hart und blutig an der Realität des geteilten Europa und ihrer Eingesperrtheit ins östliche Völkergefängnis stoßen. In Polen ist mit größter Wahr-



scheinlichkeit das Eingreifen der eigenen Armee nur der erste Schritt in dieser Ausweitung des Konflikts.

Und das gerade ist es, was bei einem ganzen Teil unserer friedensbewegten bundesdeutschen Linken so deutliche Äußerungen des Widerwillens hervorgerufen hat, wo alle sonstige Gemütlichkeit aufhört und gelegentlich schon fatale Haßtiraden aufbrechen. In der „konkret" mit dem denkwürdigen Titel „Polen – instandbesetzt?" hat der Schriftsteller Hermann Peter Piwitt sich länger darüber verbreitet, warum ihm dies Jahr die polnische Weihnachtsgans nicht geschmeckt hat. Nicht wegen dem Putsch – nein, sondern überhaupt wegen Polen, „geht da doch wohl schon einiges gewaltig durcheinander, seit Jahrhunderten, notgedrungen". H.P. Piwitt erklärt es uns materialistisch: „Nicht klare Klassengegensätze, sondern ein ganzes Grabensystem sich verwirrender nationaler, sozialer und religiöser Fronten, wie in Nordirland, wie im Libanon." Oder noch schlimmer: „Polen, die national-katholische Republik unter sozialistischer Verwaltung auf der Grundlage bäuerlichen Privateigentums. Mit den idealistischen Beinen im Mittelalter. Mit dem träumenden Bauch im Westen. Und der Wasserkopf sozialistisch. Eine abenteuerliche Mutation ist das schon. Und kein Wunder, daß sie nun künstlich ernährt werden muß. – ‚Noch ist Polen nicht verloren.' Ich kann es nicht mehr hören, das Gehudel um der Polen Stolz ..." Und so weiter.

Was treibt einen solchen Linken – und natürlich ist er ein ehrenwerter Mann – dazu, sich vierzig Jahre danach in deutscher Sprache über Polen als eine „Mutation" unter den europäischen Nationen zu verbreiten? Wo-

her der weithin hörbare Aufschrei, und kurz nach einer solchen „Operation Kanarienvogel" in chilenischem Stil, „daß man es nicht mehr hören kann", von wegen Polen, und Solidarität, und überhaupt. Warum unter so vielen, die Kuchen für Nicaragua backen, gequältes Aufstöhnen über das Päckchen nach Polen?

Angeblich ist es wegen der Interessens-Übereinstimmung mit den „kalten Kriegern" bei uns, die sich für die polnischen Gewerkschaften begeistern, um bei uns die Reaktion und Aufrüstung zu betreiben. Ich nehme dies Argument nicht mehr ab. Allzu augenfällig ist die Übereinstimmung dieser linken Indifferenz gegenüber der Bewegung in Polen mit der offiziellen Politik der westeuropäischen Regierungen, und vorneweg der Bundesregierung. Und dann: wo ist denn die machtvolle Unterstützung der CDU/CSU für den polnischen Widerstand? Oder die der Reagan-Administration? Tatsache ist, daß die ganze US-Politik in erster Linie darauf abzielt, das strategische Gefüge der Geschäftsbeziehungen zwischen den westeuropäischen Kapitalisten und der Sowjetunion zu stören, und in zweiter Linie darauf, ein wenig in Polen als einer offenen Wunde des Geg-

her der weithin hörbare Aufschrei, und kurz nach einer solchen „Operation Kanarienvogel" in chilenischem Stil, „daß man es nicht mehr hören kann", von wegen Polen, und Solidarität, und überhaupt. Warum unter so vielen, die Kuchen für Nicaragua backen, gequältes Aufstöhnen über das Päckchen nach Polen?
Angeblich ist es wegen der Interessens-Übereinstimmung mit den „kalten Kriegern" bei uns, die sich für die polnischen Gewerkschaften begeistern, um bei uns die Reaktion und Aufrüstung zu betreiben. Ich nehme dies Argument nicht mehr ab. Allzu augenfällig ist die Übereinstimmung dieser linken Indifferenz gegenüber der Bewegung in Polen mit der offiziellen Politik der westeuropäischen Regierungen, und vorneweg der Bundesregierung. Und dann: wo ist denn die machtvolle Unterstützung der CDU/CSU für den polnischen Widerstand? Oder die der Reagan-Administration? Tatsache ist, daß die ganze US-Politik in erster Linie darauf abzielt, das strategische Gefüge der Geschäftsbeziehungen zwischen den westeuropäischen Kapitalisten und der Sowjetunion zu stören, und in zweiter Linie darauf, ein wenig in Polen als einer offenen Wunde des Geg-

ners herumzustochern – damit man Luft hat, um vielleicht in El Salvador doch noch wenigstens so direkt intervenieren zu können, wie das die Sowjetunion in Polen gewohnheitsmäßig schon tut. Die Wahrheit ist, daß auch für die USA die polnische Karte nur dafür gut ist, um einen fetten Stich in Lateinamerika, Südafrika oder Nahost zu machen, in der Dritten Welt, aus deren „offenen Adern" sich bis heute das Industriemonopol der USA speist; und daß sonst die Polen 1982 von den USA noch viel weniger Hilfe zu erwarten haben wie die Ungarn 1956.

Anzeige

Vollständig übersetzt!
Die letzte Ausgabe von

„Solidarność Tygodnik"
(Wochenzeitung der Solidarność)
vom 11. Dezember 1981

Eröffnet einen Einblick in das Innenleben der 10-Millionen-Bewegung.

Hrsg. vom Frankfurter Komitee „Solidarität mit Solidarność"

Zeitungsdruck · 5,00 DM · 16 Seiten

Zu beziehen über
BUCHVERTRIEB HAGER
Best.-Nr. 0046

Ach was, die ganze blöde Fiktion einer imperialistischen Polen-Kampagne der USA ist für die spießbürgerliche Linke bei uns nichts als ein Vorwand, über die real existierende sowjetische Intervention in Polen hinwegsehen zu können. Und nur allzu interessiert! Denn das ist die *wirkliche* Außenpolitik des alterfahrenen, ostexpansionshungrigen westdeutschen Kapitals 1982. Es ist übrigens die Rückkehr zur Hauptlinie preußisch-deutscher Außenpolitik gegenüber Rußland und Osteuropa, mit der einen kurzen geschichtlichen Ausnahme der 12 Jahre tausendjährigem Reich, die ja bekanntlich eine Pleite waren. Macht nichts. Heute akzeptiert man die Rolle der Sowjetunion als einer konservativen Schutzmacht in Osteuropa und beutet ihre inneren Schwächen, die sie auch unfähig machen, ihr Imperium ökonomisch gänzlich zu durchdringen, mit Kredit und Handel aus.

Diese Politik aber findet ihre innenpolitische Basis in der BRD in einem neugezüchteten, spezifisch westdeutschen Spießertum, das von ganz rechts bis weit nach links reicht. Breite Zustimmung zu Schmidts Polen-Politik stellte der „Stern" fest. So wie der

können. Und nur allzu interessiert! Denn das ist die *wirkliche* Außenpolitik des alterfahrenen, ostexpansionshungrigen westdeutschen Kapitals 1982. Es ist übrigens die Rückkehr zur Hauptlinie preußisch-deutscher Außenpolitik gegenüber Rußland und Osteuropa, mit der einen kurzen geschichtlichen Ausnahme der 12 Jahre tausendjährigem Reich, die ja bekanntlich eine Pleite waren. Macht nichts. Heute akzeptiert man die Rolle der Sowjetunion als einer konservativen Schutzmacht in Osteuropa und beutet ihre inneren Schwächen, die sie auch unfähig machen, ihr Imperium ökonomisch gänzlich zu durchdringen, mit Kredit und Handel aus.
Diese Politik aber findet ihre innenpolitische Basis in der BRD in einem neugezüchteten, spezifisch westdeutschen Spießertum, das von ganz rechts bis weit nach links reicht. Breite Zustimmung zu Schmidts Polen-Politik stellte der „Stern" fest. So wie der



deutsche Imperialismus sich von der welterobernden Herrenmenschen-Nation zurückgemausert hat zu den bieder-schlitzohrigen rheinischen Freihändlern, die klug jede Kollision ihrer übermächtigen Konkurrenten untereinander oder mit dritten, einen kleinen lokalen Krieg, hier eine erfolgreiche bzw. niedergeschlagene Revolution, nutzen, um mit Geld und Waren, manchmal auch als der „ehrliche Makler" in die Bresche zu springen – so hat auch der Charaktertyp des deutschen Normalbürgers, der durchaus verschiedenen Gesellschaftsklassen angehören kann, sich von der blonden Bestie in den biederen Duodez- und Pfahlbürger zurückverwandelt, der das geschichtliche Produkt einer langen unrühmlichen, weil unrevolutionären Geschichte ist.

Nur mit viel Wohlwollen läßt sich das Mütchen jener Linken bei uns, die seit Jahr und Tag ihre klirrenden Wortgefechte mit den „ewigen Ostlandrittern", den „kalten Kriegern" etc. pp. austragen, als so eine Art revolutionärer Unversöhnlichkeit gegenüber der eigenen Bourgeoisie noch auslegen. Und erst recht, seit diese Schießbudenfigur in Washington, dieser kalifornische Schauspieler, dieser Atomraketen-Cowboy Reagan in den USA dran ist. Aufbruchstimmung! Einen neuen Ostermarsch gilt es. Man marschiert für eine gute Sache. Man ist endlich mal wieder wunderbar einig, gegen Atomraketen – ein Hundsfott, wer dafür ist!

Wie nett, wie fortschrittlich, und wie bequem und kurzsichtig in Wirklichkeit! Schmidt zeigt sich beim Besuch in der DDR von der Konterrevolution in Polen „ebenso betroffen und überrascht wie Herr Honecker" – und dieses bestürzende Eingeständnis (denn natürlich war Honecker weder überrascht noch betroffen) macht in der Linken wie in der SPD durchaus keinen Skandal. Das ist kluge Realpolitik; Entspannung. Der Feind steht rechts. Die Welt ist klar eingeteilt, in zwei große Interessenssphären nämlich, und daran wollen nur „kalte Krieger" rühren. Wenn in Polen die Panzer rollen, die Arbeiter sich in den Fabriken verbarrikadieren, Schüsse fallen – dann muß man sagen: Na, und was ist in El Salvador, Herr Reagan? Und überhaupt, daß man das Gehudel um Polen nicht mehr hören kann. Polen, das ist „drüben", das geht uns nichts an, das verkompliziert nur alles, bringt alles durcheinander und ist sowieso ganz anders, als wir uns das vorstellen mit dem Sozialismus.

Dies linke Pfahlbürgertum, das im übrigen in der westdeutschen Weltmarktposition eine viel festere Grundlage hat, als es sich das selbst jemals eingestehen würde, ist natürlich auch ganz gleichbedeutend mit dem Verzicht auf jeden ernsthaften Kampf um Veränderungen hier bei uns. Man sitzt unter dem Atomschirm, im Zentrum des „Gleichgewichts des Schreckens", wie die Kinder unter der warmen Bettdecke und gruselt sich. Aber mehr als „dagegen" zu sein, hat man auch nicht vor. Oder glaubt man ernsthaft, die NATO-Raketen wegzubekommen, ohne einen Kampf dagegen zu wagen, der den westlichen Militärblock bis in die

die Arbeiter sich in den Fabriken verbarrikadieren, Schüsse fallen – dann muß man sagen: Na, und was ist in El Salvador, Herr Reagan? Und überhaupt, daß man das Gehudel um Polen nicht mehr hören kann. Polen, das ist „drüben", das geht uns nichts an, das verkompliziert nur alles, bringt alles durcheinander und ist sowieso ganz anders, als wir uns das vorstellen mit dem Sozialismus.
Dies linke Pfahlbürgertum, das im übrigen in der westdeutschen Weltmarktposition eine viel festere Grundlage hat, als es sich das selbst jemals eingestehen würde, ist natürlich auch ganz gleichbedeutend mit dem Verzicht auf jeden ernsthaften Kampf um Veränderungen hier bei uns. Man sitzt unter dem Atomschirm, im Zentrum des „Gleichgewichts des Schreckens", wie die Kinder unter der warmen Bettdecke und gruselt sich. Aber mehr als „dagegen" zu sein, hat man auch nicht vor. Oder glaubt man ernsthaft, die NATO-Raketen wegzubekommen, ohne einen Kampf dagegen zu wagen, der den westlichen Militärblock bis in die

Grundfesten erschüttern würde? Da hilft kein Maulspitzen, da muß schon gepfiffen sein.

Man könnte mit dieser Polemik wirklich noch länger fortfahren. Zum Beispiel, wie das liberale „Dagegensein" so bequem zusammengeht mit der Nutzung der Vorteile des kapitalistischen Systems und der bürgerlichen Demokratie – aber wehe, in Polen werden von den Arbeitern „Pluralismus" oder sogar „freie Wahlen" gefordert. Oder dann noch einmal diese spezifisch *deutsche* Feigheit, die in der Polen-Verdrängung unserer Linken liegt – wohl ahnend nämlich, wie eng auch heute noch oder wieder „die polnische Frage die deutsche Frage" ist, nach dem Wort von Karl Marx.

Dabei muß doch jedem, der's sehen will, langsam deutlich sein: In dieser geteilten Welt wird es zwischen Ost und West überhaupt keinerlei grundlegende Veränderungen geben können, wenn sich die Völker, die arbeitenden Klassen vor allem, nicht gegenseitig unterstützen. Selbst von den ehemaligen Kolonialvölkern im Süden der Welt kann der Gegensatz der Militärblöcke kaum noch genutzt werden, sondern macht nur alles noch schwieriger und blutiger. Die schweren Wirtschafts- und Gesellschaftskrisen, die so oder so

auch heute noch oder wieder „die polnische Frage die deutsche Frage" ist, nach dem Wort von Karl Marx.
Dabei muß doch jedem, der's sehen will, langsam deutlich sein: In dieser geteilten Welt wird es zwischen Ost und West überhaupt keinerlei grundlegende Veränderungen geben können, wenn sich die Völker, die arbeitenden Klassen vor allem, nicht gegenseitig unterstützen. Selbst von den ehemaligen Kolonialvölkern im Süden der Welt kann der Gegensatz der Militärblöcke kaum noch genutzt werden, sondern macht nur alles noch schwieriger und blutiger. Die schweren Wirtschafts- und Gesellschaftskrisen, die so oder so

im Westen wie im Osten heraufziehen, ob wir's nun wollen oder nicht, werden nur in Richtung Fortschritt durchgekämpft und aufgelöst werden können, wenn in praktischer Solidarität *die eine Welt* geschaffen wird. Dadrunter geht's nicht mehr im Zeitalter der zwei großen Super-Imperialisten, die nur noch die Weltkarte als Operationsfeld kennen. Na, kurz und gut, wer von der „Solidarität" nichts mehr hören will, der hat doch *in Wirklichkeit* der politischen Reaktion und ihren heuchlerischen Tiraden über Polens Freiheit das Feld überlassen.

Frankfurt, 7. Februar 1982 Gerd Koenen

3. erweiterte Auflage



Aus dem Inhalt:
Der **historische polnische Staat** und seine Vernichtung · Die **bürgerliche Republik** der Zwischenkriegszeit und die „vierte Teilung Polens" · Polen auf dem **„sowjetischen Weg"** 1950 bis 1956 · Der **„Oktober 1956"** · Das Regime **Gomulka** · Die **Dezemberunruhen 1970** · Offene Krise des **Gierek**-Kurses. Sammlung der Arbeiter- und der demokratischen Bewegung · Der Umbruch vom **Sommer 1980**

Paperback, 304 Seiten, 12 DM
ISBN 3-88048-050-8

BUCHVERTRIEB HAGER
Mainzer Landstraße 147
6000 Frankfurt 11

· Der Umbruch vom **Sommer 1980**
Paperback, 304 Seiten, 12 DM
ISBN 3-88048-050-8
BUCHVERTRIEB HAGER
Mainzer Landstraße 147
6000 Frankfurt 11

Kurzmeldungen

Nur vorläufig ist die EG dem Welttextilabkommen beigetreten. Der Beitritt soll Ende des Jahres wieder rückgängig gemacht werden, wenn die entsprechenden Entwicklungsländer nicht zweiseitigen Abkommen im Sinne der EG zustimmen. Die westdeutsche Delegation unternahm alles, um die Re-Importe westdeutscher Auslandsniederlassungen von den Beschränkungen auszunehmen. So wurde für den „passiven Lohnveredelungsverkehr" ein Anstiegskoeffizient im Vergleich zu den gesamten Textileinfuhren von 1,4% festgesetzt. Weiter dürfen künftig bis zu 7% des sogenannten „Vormaterials" aus Garn bestehen, während zunächst ausschließlich von Maschenmeterware die Rede war.

Auslandsaufträge im Wert von mehr als 11 Mrd. DM konnten die westdeutschen Baufirmen 1981 hereinnehmen. Der Anteil des Auslandsbaus an der Gesamtleistung der Bauindustrie bleibt damit bei rund 25%, wobei aber der Auslandsbau den Großkonzernen vorbehalten ist. Angeblich fließt etwa die Hälfte der Auftragssumme in verschiedener Form in die BRD zurück. Auftraggeber sind zu 90% die OPEC-Länder. Nachdem seit 1973 Saudi-Arabien eindeutig an der Spitze gelegen hatte, hat nunmehr der Irak mit 50% den höchsten Auftragsanteil. Es folgen Saudi-Arabien (20%), Libyen und Nigeria.

Die Hoffnungen auf eine frühzeitige Erholung der US-Wirtschaft haben sich zerschlagen. Der dieser Tage veröffentlichte Konjunkturindex für Januar weist einen neuerlichen Niedergang aus. Außerdem mußte der Index für Dezember nach unten revidiert werden. Er zeigte bei seiner ersten Veröffentlichung nach oben, was Reagan veranlaßt hatte, den beginnenden Aufschwung vorherzusagen.

Der Anstieg der Verbraucherpreise in den Industrieländern hat sich nach den neuesten Angaben des IWF wieder verlangsamt. Die Daten stammen von November. Im Durchschnitt aller (westlichen) Industrieländer betrug die Inflationsrate 9,4%. Ausschlaggebend war, daß sich die Absatzstockungen in den USA erstmals in einer Mäßigung der Inflation niederschlagen. Dagegen verharrt die Inflationsrate in den Nicht-Öl-Entwicklungsländern auf dem Rekordniveau von über 35%.

Beschäftigte Lohnabhängige in den Wirtschaftszweigen 1960 bis 1981

Mio. — 5, 10, 15, 20 — 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81

Staat · Dienstleistungen · Handel · Verkehr · Baugewerbe · Nahrungs- u. Genußmittel · Verbrauchsgüterproduktion · Investitionsgüterproduktion · Grundstoffe u. Produktionsgüter · Bergbau, Energie — Verarbeitendes Gewerbe · Produzierendes Gewerbe

Anteile in Prozent (1960, 1981): Staat · Dienstleistungen · Handel · Verkehr · Bau · N + G, Verbrauchsg. · Investitionsg., Grundstoffe

Quelle: 1960 – 76: Stat. Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Gesamtrechnungen, Reihe S. 3; 1977 – 81: DIW-Wochenbericht

Das Stichwort

Wie gliedern sich die Wirtschaftszweige?

Immer wieder wird bei der Diskussion wirtschaftlicher Fragen die Bezeichnung der Branchengliederungen vorausgesetzt. Meist werden dabei die Begriffe verwendet, wie sie vom Statistischen Bundesamt benutzt werden. In dieser Systematik wird versucht, alle wirtschaftlichen Tätigkeiten, soweit sie eben in der herrschenden Gesellschaftsordnung als solche gelten, nach ihrem stofflichen Zusammenhang oder ihrer Funktion zu ordnen. Dabei erfolgt die Zuordnung nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit.

An erster Stelle in einer solchen Gliederung steht ganz zu recht die *Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.* Es folgt dann der große Bereich des *Produzierenden Gewerbes*, einschließlich des warenproduzierenden Handwerks. Von der eigentlichen Industrie, dem Verarbeitenden Gewerbe, ausgegliedert werden sozusagen als besondere Zweige Energie- und Wasserversorgung sowie der Bergbau einerseits, das Baugewerbe andererseits.

Gewichtigster Teil des Produzierenden Gewerbes wiederum ist das *Verarbeitende Gewerbe*. Es ist in vieler Hinsicht nützlich, diesen Bereich in vier Hauptgruppen zu untergliedern:

– Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe; dazu rechnen Mineralölverarbeitung, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Eisenschaffende Industrie, NE-Metallerzeugung, Gießereien, Ziehereien, Kaltwalzwerke, die Chemische Industrie, Holzbearbeitung, Papiererzeugung, Gummiverarbeitung. Hierunter fällt also im großen und ganzen die Herstellung solcher Produkte, die Vorprodukt oder Arbeitsgegenstand einer weiteren Verarbeitung sind.

– Investitionsgüter produzierendes Gewerbe; dazu rechnen Stahlverformung, Oberflächenveredelung, Stahl- und Leichtmetallbau, Maschinenbau, Straßen- und Luftfahrzeugbau, Schiffbau, Elektrotechnik, Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren (EBM), Herstellung von Büromaschinen und DV-Geräten. (Dieser Zweig ist weitgehend identisch mit dem Tarifbereich der IG Metall.)

– Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe; dazu rechnen Feinkeramik, Herstellung von Glas, Holzverarbeitung, Druck und Papierverarbeitung, Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren usw., Ledergewerbe, Textil- und Bekleidungsgewerbe.

– Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, wobei letzteres vor allem die Tabakindustrie ist.

Nach dem großen Block des Produzierenden Gewerbes wäre als nächstes *Verkehr und Nachrichtenübermittlung* (einschließlich Bundesbahn und Bundespost) zu nennen. Mit einigen Einschränkungen sind die bisher aufgeführten Bereiche zusammen jene, wo der materielle Reichtum produziert wird. Das folgende sind die im ökonomischen Sinn „unproduktiven" Bereiche, was keineswegs bedeutet, daß sie in gesellschaftlichem Sinn nicht nützlich wären. In ihrer Ausdehnung spiegelt sich Gegensätzliches wider, sowohl tote Kosten, Bürokratie usw., als auch der Reichtum einer Gesellschaft, die sich die Bedingungen geschaffen hat, Bereiche wie Bildung, Kultur usw. auszudehnen.

Es folgt also der *Handel, Kreditinstitute, Versicherungen*, dann der ganze Bereich der *Dienstleistungen*. Manches hiervon könnte auch der eigentlichen Wertproduktion zugeordnet werden. Folgt schließlich der öffentliche Dienst, soweit nicht bereits zuvor zugeordnet, einschließlich Armee und Polizei.

Einen groben Maßstab für die Gewichte der einzelnen Wirtschaftszweige und ihre Entwicklung gibt das *Schaubild*. Es ist dort die Zahl der beschäftigten Lohnabhängigen aufgetragen.

Marx hat in seinen Untersuchungen zur Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zwei große Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion unterschieden. Die Zweige, in denen Produktionsmittel hergestellt werden, faßt er als Abteilung I zusammen, die Herstellung der Konsumtionsmittel in Abteilung II. Diese Gliederung läßt sich auch in der heutigen Statistik finden, wobei es natürlich von den Produkten her Überschneidungen gibt.

Selbst bei andauerndem Wirtschaftswachstum nimmt die Armut weiter Bevölkerungsteile zu. Die Realeinkommen der ländlichen Massen stagnieren oder fallen, der Anteil der Landbevölkerung, der unter der absoluten „Armutslinie" lebt, nimmt zu. Dies sind Entwicklungstrends, wie sie aus *Untersuchungen der ILO*, der Internationalen Arbeitsorganisation, in sieben asiatischen Ländern hervorgehen.*

Armut und Nahrungsmittelproduktion
In allen untersuchten Ländern, mit



Landlosigkeit und Armut in Asien
Ein Bericht der ILO

Die grüne Revolution
Es wurde diskutiert, ob die Anwendung hochertragreicher Sorten in der Landwirtschaft in Verbindung mit Dünger, Planzenschutzmitteln und Bewässerung dazu führte, Arbeitsplätze zu schaffen oder zu vernichten. Richtig ist dabei, daß die intensivere Bewirtschaftung mit Dünger, Bewässerung usw. mehr Arbeitsaufwand erfordert, zunächst also Arbeitsplätze schafft.
Durch die Verkürzung der Wachstumszeit und den Zwang, den Boden für die zweite Aussaat rechtzeitig vor-

duktionsweise zu romantisieren, sondern einfach die Folge sowohl des Mangels an Boden wie an Kredit, was um den Preis des Überlebens mit höherem Arbeitsaufwand pro Hektar ausgeglichen werden soll.
Die Zinsen auf geliehenes Geld ebenso wie die Grundrente sind für Kleinbauern gewöhnlich höher als für Großbauern, und die oben beschriebenen Triebkräfte für reiche Bauern, moderne, Arbeitskräfte sparende Technologien anzuwenden, werden noch verstärkt durch die staatlichen Landwirt-

für Dezember nach unten revidiert werden. Er zeigte bei seiner ersten Veröffentlichung nach oben, was Reagan veranlaßt hatte, den beginnenden Aufschwung vorherzusagen.
Der Anstieg der Verbraucherpreise in den Industrieländern hat sich nach den neuesten Angaben des IWF wieder verlangsamt. Die Daten stammen von November. Im Durchschnitt aller (westlichen) Industrieländer betrug die Inflationsrate 9,4%. Ausschlaggebend war, daß sich die Absatzstockungen in den USA erstmals in einer Mäßigung der Inflation niederschlagen. Dagegen verharrt die Inflationsrate in den Nicht-Öl-Entwicklungsländern auf dem Rekordniveau von über 35%.
punkt der Tätigkeit.
An erster Stelle in einer solchen Gliederung steht ganz zu recht die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Es folgt dann der große Bereich des Produzierenden Gewerbes, einschließlich des warenproduzierenden Handwerks. Von der eigentlichen Industrie, dem Verarbeitenden Gewerbe, ausgegliedert werden sozusagen als besondere Zweige Energie- und Wasserversorgung sowie der Bergbau einerseits, das Baugewerbe andererseits.
Gewichtigster Teil des Produzierenden Gewerbes wiederum ist das Verarbeitende Gewerbe. Es ist in vieler Hin-
Wie gliedern sich die Wirtschaftszweige?
beitung, Papiererzeugung, Gummiverarbeitung. Hierunter fällt also im großen und ganzen die Herstellung solcher Produkte, die Vorprodukt oder Arbeitsgegenstand einer weiteren Verarbeitung sind.
– Investitionsgüter produzierendes Gewerbe; dazu rechnen Stahlverformung, Oberflächenveredelung, Stahl- und Leichtmetallbau, Maschinenbau, Straßen- und Luftfahrzeugbau, Schiffbau, Elektrotechnik, Herstellung von
be, wobei letzteres vor allem die Tabakindustrie ist.
Nach dem großen Block des Produzierenden Gewerbes wäre als nächstes Verkehr und Nachrichtenübermittlung (einschließlich Bundesbahn und Bundespost) zu nennen. Mit einigen Einschränkungen sind die bisher aufgeführten Bereiche zusammen jene, wo der materielle Reichtum produziert wird. Das folgende sind die im ökonomischen Sinn „unproduktiven" Bereiche, was keineswegs bedeutet, daß sie in gesellschaftlichem Sinn nicht nützlich wären. In ihrer Ausdehnung spiegelt sich Gegensätzliches wider, sowohl tote Kosten, Bürokratie usw., als auch
Einen groben Maßstab für die Gewichte der einzelnen Wirtschaftszweige und ihre Entwicklung gibt das Schaubild. Es ist dort die Zahl der beschäftigten Lohnabhängigen aufgetragen.
Marx hat in seinen Untersuchungen zur Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zwei große Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion unterschieden. Die Zweige, in denen Produktionsmittel hergestellt werden, faßt er als Abteilung I zusammen, die Herstellung der Konsumtionsmittel in Abteilung II. Diese Gliederung läßt sich auch in der heutigen Statistik finden, wobei es natürlich von den Produkten her Überschneidungen gibt.

Landlosigkeit und Armut in Asien

Ein Bericht der ILO



Selbst bei andauerndem Wirtschaftswachstum nimmt die Armut weiter Bevölkerungsteile zu. Die Realeinkommen der ländlichen Massen stagnieren oder fallen, der Anteil der Landbevölkerung, der unter der absoluten „Armutslinie" lebt, nimmt zu. Dies sind Entwicklungstrends, wie sie aus *Untersuchungen der ILO*, der Internationalen Arbeitsorganisation, in sieben asiatischen Ländern hervorgehen.*

Armut und Nahrungsmittelproduktion

In allen untersuchten Ländern, mit Ausnahme Bangladeshs, sind die Durchschnittseinkommen gestiegen, die Einkommen der armen Bevölkerungsteile jedoch gefallen, aber auch in Bangladesh sind die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden. (Siehe Tabelle)

Ein ähnliches Bild zeigt sich, schaut man sich die Nahrungsmittelproduktion dieser Länder an.

Die Tabelle unter zeigt klar, daß die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion durchschnittlich höher war als der Bevölkerungszuwachs (Ausnahme Bangladesh), weshalb sich die Studie der ILO auch gegen malthusianische Theorien wendet und betont, daß der Hunger in diesen Ländern nicht daran liegt, daß es nicht genug Nahrung für eine wachsende Bevölkerungszahl gibt, sondern daran, daß die Armen nicht genug kaufen können.

Einige wirtschaftliche Strukturmerkmale

Es ist nur eine kleine Minderheit in diesen Ländern, die Zugang zu günstigen Krediten hat. Dieser Minderheit bleibt damit die Produktion auf einem höheren Niveau vorbehalten. Bauern und Handwerker, die keinen Kredit bekommen, wirtschaften wie bisher. Tatsächlich sind die Zinsraten so niedrig, daß sie durch Inflation oft sogar negativ werden. Dies begünstigt kapitalintensive gegenüber arbeitsintensiven Investitionen, d.h. arbeitskräfteeinsparende Investitionen. Die Kapitalmärkte dieser Länder funktionieren in einer Weise, die eine kleine Minderheit der Arbeiter mit enorm kapitalintensiven Techniken arbeiten läßt, während die große Mehrheit der Arbeitskraft unter Bedingungen von Kapitalmangel beschäftigt ist und sehr unproduktiv arbeitet. Eine wesentliche Schlußfolgerung der ILO-Studie ist, daß die Länder die nötigen Ressourcen für eine wirtschaftliche Entwicklung besitzen, aber diese schlecht oder überhaupt nicht genutzt sind, darunter an erster Stelle die Arbeitskraft selbst.

Die grüne Revolution

Es wurde diskutiert, ob die Anwendung hochertragreicher Sorten in der Landwirtschaft in Verbindung mit Dünger, Planzenschutzmitteln und Bewässerung dazu führte, Arbeitsplätze zu schaffen oder zu vernichten. Richtig ist dabei, daß die intensivere Bewirtschaftung mit Dünger, Bewässerung usw. mehr Arbeitsaufwand erfordert, zunächst also Arbeitsplätze schafft.

Durch die Verkürzung der Wachstumszeit und den Zwang, den Boden für die zweite Aussaat rechtzeitig vorzubereiten, – kurz, durch die Höchstnachfrage nach Arbeitskräften innerhalb einer kurzen Periode, werden die reichen Bauern veranlaßt, zu mechanisieren und so Arbeitskräfte frei zu setzen.

Die Mechanisierung verleitet die reichen Bauern weiter dazu, weniger Land zu verpachten, um größere Flächen mit den Maschinen rationeller zu bewirtschaften. Das verfügbare Land pro Kleinbauer sinkt, die Grundrenten steigen, die Reallöhne sinken und die Anzahl der Tage pro Jahr, in denen ein Landarbeiter beschäftigt ist, sinkt auch.

Arbeitslosigkeit

„Allgemein gesprochen, je besser eine junge Person ausgebildet ist, um so größer die Wahrscheinlichkeit, daß er oder sie arbeitslos wird", schlußfolgert eine ILO-Studie über Sri Lanka. Was auf den ersten Blick widersinnig erscheint, ist ganz logisch: die Ärmsten können es sich nicht leisten, arbeitslos zu werden. Sie treten in den „informellen Sektor" ein, d.h. versuchen, sich und ihre Familien mit Gelegenheitsarbeiten, unproduktiven und marginalen Tätigkeiten in Landwirtschaft, Handwerk und Handel über Wasser zu halten.

Einige Schlußfolgerungen

Kleinbauern wenden Technologien, Anbaumethoden, Fruchtfolgen usw. an, die produktiver sind als diejenigen der Großbauern. Dies zeigen alle empirischen Untersuchungen. Es ist dies kein Grund, die kleinbäuerliche Produktionsweise zu romantisieren, sondern einfach die Folge sowohl des Mangels an Boden wie an Kredit, was um den Preis des Überlebens mit höherem Arbeitsaufwand pro Hektar ausgeglichen werden soll.

Die Zinsen auf geliehenes Geld ebenso wie die Grundrente sind für Kleinbauern gewöhnlich höher als für Großbauern, und die oben beschriebenen Triebkräfte für reiche Bauern, moderne, Arbeitskräfte sparende Technologien anzuwenden, werden noch verstärkt durch die staatlichen Landwirtschaftsdienste (Beratung, Kredit, Lieferung von Dünger etc.), die sich eher an die Großbauern als an die Masse der kleinen Bauern wenden.

Aus all dem werden in der genannten Studie die folgenden Schlußfolgerungen gezogen:

1. Die einzige wirkungsvolle Art, die Lage der Bauernmasse zu verbessern, ist eine Landreform.
2. Alle Erfahrung zeigt, daß diese nur mit der aktiven Teilnahme der Masse der Bevölkerung durchgeführt werden kann.
3. Man muß annehmen, daß Landreformen nicht nur die soziale Lage der ärmsten Schichten entscheidend verbessern, sondern auch in einer höheren landwirtschaftlichen Produktion resultieren, vor allem wenn sie von flankierenden Maßnahmen, wie der Gewährung von Kredit und Vermarktungsmöglichkeiten, begleitet werden.

Das Wirtschaftswachstum hat in diesen Ländern an der Verschlechterung der Lage der Bauernmassen nichts ändern können. Auch die sogenannte „grüne Revolution" hat die existierenden Widersprüche nicht entschärft, sondern verschärft. Die Frage der Landreform wird damit immer dringlicher auf die Tagesordnung gesetzt.

(heh)

* Poverty and Landessness in Rural Asia, ILO, Genf 1977. Es handelt sich um die Länder: Pakistan, Indien, Bangladesh, Sri Lanka, Malaysia, Indonesien und die Philippinen. Die ILO (International Labour Organzation) ist eine der Fachorganisationen der UNO.

Verteilung nationaler Einkommen

Land und Jahr	gesamte Volkswirtschaft		ländliche Gebiete	
	die ärmsten 40%	die reichsten 20%	die ärmsten 40%	die reichsten 20%
Bangladesh (1963/64)	18,0	44,5	18,5	43,0
Indien (1963 – 65)	16,0	52,0	20,0	42,0
Malaysia (1970)	11,6	56,0	12,4	45,7
Pakistan (1963/64)	17,5	45,5	18,0	43,0
Philippinen (1971)	11,6	53,8	13,3	51,0
Sri Lanka (1973)	15,1	45,9	17,0	42,7

Nahrungsmittelprod. (1952 – 74): I
Bevölkerungswachstum (1960 – 73): II
(Zunahme in Prozent pro Jahr)

Land	I	II
Bangladesh	2,0	2,6
Indien	2,3	2,3
Indonesien	2,5	2,0
Malaysia (West)	5,6	2,6
Pakistan	3,0	2,9
Philippinen	3,4	3,0
Sri Lanka	3,7	2,3

Rund um's Beschäftigungsprogramm

Einige Bemerkungen zur Kritik an der Stellungnahme von KVZ und „Kommunismus und Klassenkampf"

Von Friedemann Bleicher

Ich will im folgenden versuchen, auf einige Punkte einzugehen, die der Genosse H.D. Meyer in der Nr. 6 dieser Zeitung „zur Beurteilung des beschäftigungspolitischen Programmvorschlags des DGB" vorgetragen hat.

Zur Erinnerung: H.D. Meyer kritisiert dort die bisher in KVZ und „Kommunismus und Klassenkampf" vertretene Beurteilung des DGB-Beschäftigungsprogramms als eine Politik des „revolutionären" Bekennertums, wogegen er offenbar für eine von ihm so benannte „Sozialistische Politik" eintritt. Auf die im Vorbeigehen mitgeteilte Einschätzung zur internationalen Lage und den historischen Exkurs will ich nicht eingehen.

Zwei Punkte sind es, die vor allem kritisiert werden. Erstens werde das DGB-Programm für „reformistisch" gehalten, zweitens für „bürokratisch". Nun ist es etwas schwierig, sich mit einer solchen Kritik fruchtbar auseinanderzusetzen, ist es doch etwas arg an den Haaren herbeigezogen, die Einschätzung, die wir zu *entwickeln* (natürlich geht so was nicht wie eine Denkmalsenthüllung vor sich) versucht haben, auf jene zwei ihrer Erläuterung beraubten Begriffe zu reduzieren. Im Gegenteil ging es gerade darum, solch *einseitiger* Sichtweise entgegenzutreten. So heißt es z.B. in KVZ 2/82, Seite 1: „Es ist nicht schwer, dem Programm Reformismus nachzuweisen ... Seiner ganzen Richtung nach aber widerspricht das Programm vollständig den Absichten, die die Vertreter der Kapitalisten verfolgen." Nach allem, was mir über die Diskussionen in der Gewerkschaft bekannt ist, ist dies auch gerade gegenüber einer verbreiteten Strömung unter den Gewerkschaftslinken, zumal das Ding vom Vorstand kommt, weiterhin notwendig.

Um was es geht, ist schlicht dies, das Programm so zu nehmen, wie es wirklich ist. Gerade wenn man es für einen politischen Fortschritt und Ausdruck bedeutender positiver Veränderungen in der Gewerkschaft – und zwar nicht nur einzelner *Teile* oder einzelner Strömungen der Gewerkschaft – hält, was ja andernorts mindestens heruntergespielt wird, tut man seinen Absichten keinen guten Dienst, wenn man seine Mängel übersieht und Kritik daran abtut, ohne sich auch nur ernsthaft mit ihrem Zusammenhang zu befassen.

Tatsache ist eben, daß das Beschäftigungsprogramm bis vor kurzem in den Gewerkschaftsgliederungen praktisch nicht besprochen wurde, ja bis heute ist der Wortlaut auf den Geschäftsstellen kaum erhältlich. Erst recht nicht wird die Debatte darüber in der Gewerkschaftspresse geführt.

Dabei ist es ja wirklich nicht neu. Bereits Mitte 1977 hat der DGB-Vorstand, als klar war, daß die westdeutsche Wirtschaft in eine neue Phase ihrer Entwicklung getreten ist, „Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung" beschlossen und als Broschüre verbreitet. Dann kam bei nahezu unverändertem Arbeitslosenheer Anfang 1980 bereits der nächste Krach. Um die Jahreswende 1980/81 zeichnete sich dann ab, daß Konsequenzen in den öffentlichen Haushalten unausweichlich werden. Und im März 1981 hat der DGB in Präzisierung seines Beschlusses von 1977 jene Forderungen beschlossen, die heute gewöhnlich als „Beschäftigungsprogramm" laufen. Zu einem merklichen politischen Faktor sind sie damit freilich immer noch nicht geworden. Auch die Aufmerksamkeit der Linken hat das Programm damals nicht erregt, ob nun bei Bekennern oder Nicht-Bekennern. Geändert hat sich dies erst in Zusammenhang mit der „Operation '82", wobei ja dies bis heute nicht eben jenes Thema ist, das in der Linken gemäß dem ihm zustehenden Gewicht behandelt würde.

Einerseits also hat die Führung des DGB relativ früh eine Antwort auf die „Trendwende" gesucht, andererseits stellt sich doch sofort die Frage, weshalb die Gewerkschaften dann nicht besser vorbereitet gegenüber den ganzen Spar- und Umverteilungsmaßnahmen auftreten konnten. Und dies hängt eben damit zusammen, daß das Programm nicht in erster Linie politisches Programm der Gewerkschaftsbewegung ist, sondern Verhandlungsposition in den Gesprächen mit Bundesbank, Unternehmerverbänden, Regierung und Parteien.

Insofern ist das Programm „bürokratisch". Dies festzustellen, nützt natürlich herzlich wenig gegenüber irgendwelchen Gewerkschaftsvorständen, aber es hilft, einige Probleme zu klären, die objektiv vorhanden sind. In dieser bürokratischen Seite des Programms liegt nämlich einer der Hauptgründe dafür, daß seine fortschrittliche Seite in den Gewerkschaften nur zögernd aufgegriffen wird.

Das ganze Programm wird nur Wirkung entfalten können, wenn es aus den Verhandlungszimmern raus in die gewerkschaftliche Diskussion kommt. Und die Schwierigkeit besteht darin, daß jene Mitglieder, auf die es dabei besonders ankommt, durch manche Erfahrungen kämpfender Bewegungen mit eben jenen Gewerkschaftsführern, von denen nun das Beschäftigungsprogramm ab und zu ins Gespräch gebracht wird, besonders abgeschreckt sind. Dies, zumal es die *gesellschaftlichen* Probleme, die es aufwirft und zu behandeln versucht, als Probleme der *Beschäftigung* aufwirft, wo doch wegen der „Beschäftigungswirkung" derzeit auch allerhand Wahnsinnsprojekte gefördert werden.

Hierher gehört auch die Verhandlungstaktik, die der DGB zur Aushandlung des jetzt von der Bundesregierung verabschiedeten Beschäftigungspakets eingeschlagen hat. Wir haben dabei darauf hingewiesen, daß sich die Bundesregierung genau die Schwachstellen der DGB-Forderungen herauspicken wird, und so am Ende etwas ganz *anderes* steht, als was der DGB eigentlich fordert. Und genauso ist es gekommen.

In der Gewerkschaft gibt es breiten Unmut darüber, daß der DGB auf die jüngsten Regierungsbeschlüsse so lasch reagiert hat. Man kann sich dabei durchaus auf höhere Warte berufen. Eugen Loderer schreibt in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" 1/82, also vor Verabschiedung der Regierungsbeschlüsse: „Wir brauchen mehr und besseres Wachstum. Das erfordert nicht Steuergeschenke für private Unternehmen, sondern öffentliche Investitionsprogramme." Oder: „Der DGB wendet sich – gestützt auf praktische Erfahrungen im In- und Ausland – gegen alle Vorstellungen einer kapitalorientierten Wirtschaftspolitik, die lediglich zu einer Umverteilung zugunsten der Gewinne, nicht aber zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen können."

All dies, was Loderer *nicht* will, wird jetzt beschlossen. Da wird es wohl nötig sein, nach den Ursachen zu fragen. Kaum noch als Mißverständnis kann man es betrachten, wenn H.D. Meyer daraus die Behauptung zimmert, in KVZ und „Kommunismus und Klassenkampf" sei dem DGB penetrant „Kompromißlertum" vorgeworfen worden. Wahr ist, daß wir auf Fehler hingewiesen haben, die nun bereits dazu geführt haben, daß nichts erreicht ist, außer daß den Unternehmen noch ein paar Milliarden mehr zugeschoben werden. Das wird auch weiter notwendig sein, es sei denn, man konstatiert zwar wie auch Genosse Meyer, daß die SPD in der Regierung die „Wende durch die Paralysierung des Lagers der Arbeiterklasse vorbereitet", rät aber ansonsten zum Zuschauen, weil unklar sei, wie die Arbeiterbewegung auf eine CDU-Regierung *heute* zu antworten habe. Es ist doch offensichtlich, daß die Politik des DGB-Vorstandes dem parlamentarischen Kräftespiel nichts entgegenstellt, sondern sich der Laune einiger Koalitions-Unterhändler ausliefert. Leute wie Coppik haben aus dieser Konstellation ihrerseits Konsequenzen gezogen.

Völlig hinter der Zeit zurück scheint mir auch, was H.D. Meyer in seiner Anti-Kritik zum „Reformistischen" nennt. Dabei geht es eigentlich um zweierlei. Einmal um die durch seine Inhalte gesetzten Schranken des Programms, zum anderen um die Bedingungen seiner Verwirklichung.

H.D. Meyer stört sich an der Kritik meinerseits, daß sich A. Pfeiffer in dem von mir in KVZ 49/81 vorgestellten Papier ausdrücklich darauf festgelegt, die Entscheidung über Art und Umfang der Investitionen dem einzelnen Unternehmen zu belassen. Dabei findet sich diese Kritik nun wirklich auch bei anderen.

So schreiben die „Sozialistischen Studiengruppen", mit einem solchen Programm könnten „die Ursachen der sozialen Misere, die ihren letztendlichen Grund in der Verselbständigung der Produktionsbedingungen über die Produzenten haben, *nicht* beseitigt werden." (Sozialismus, extra 7) Und nachdem festgestellt wird, die Einlösung der Forderung „Arbeit für Alle" könne nicht über die Steigerung der Renditen usw. geschehen, heißt es: „Die Vorschläge des DGB zeichnen sich gerade nicht dadurch aus, daß in ihnen die antikapitalistische Stoßrichtung bewußt aufgenommen wird. Der DGB setzt darauf, den Staatseingriff in seiner bisherigen Struktur bloß zu verstärken. Das rationelle, weiterführende Moment eines zunächst defensiven Beschäftigungsprogramms ist in den Vorschlägen damit nicht herausgearbeitet."

Und bei den Jungsozialisten liest man: ‚Forderungen nach einer „neuen ökonomischen Logik' haben solange rein proklamatorischen Charakter, als sie nicht schon in den handlungsweisenden kurzfristigen Vollbeschäftigungsmaßnahmen mit angelegt sind." (Sozialistische Praxis Nr. 23)

Man muß nicht die Konsequenzen teilen, die darin angelegt sind. Wenn man aber diese Aussagen beurteilen will, so muß man positiv hervorheben, daß sie eine Bedingung diskutieren, die Genosse Meyer offenbar zu jenen altmodischen KBW-Klamotten gehörend sieht, die man sich unbedingt ablegen solle.

Um es kurz zu sagen: Ich halte Programme, die bloß die kapitalistische Akkumulation wieder in Gang zu bringen trachten, für keinen Fortschritt.

All die bisher genannten Fehler des Programms finden sich schließlich darin wieder, daß von den Bedingungen seiner Verwirklichung abgesehen wird. Auch dies aufzuwerfen ist ja wirklich keine neue Fragestellung. Die Unterschiede liegen in der Herangehensweise an die Beantwortung. Auch Genosse Meyer sieht dieses Problem, bloß daß ich in den von ihm genannten Maßnahmen keinen Zusammenhang erkennen kann. Das geht von der Forderung nach Reform der kommunalen Finanzverfassung, wie dies der KBW als Organisation ähnlich im September 1979 beschlossen hat, bis zur Forderung nach einer Parlamentsreform, deren Kern offenbar in der ausschließlichen Direktwahl der Abgeordneten – aktuell also im Rauswurf der FDP, Alternativen und Grünen aus den Parlamenten – bestehen soll.

Dies sollen politische Maßnahmen sein, wie sie im Zusammenhang des Beschäftigungsprogramms notwendig seien. Der entscheidende Fehler dabei scheint mir die Illusion zu sein, es könne einfach so weitergehen wie bisher. Das ist auch – unausgesprochen und in Widerspruch zu seinem Gesamtcharakter – der Hauptfehler des Beschäftigungsprogramms. Jedenfalls werden die Folgerungen daraus, daß es nicht so weitergehen kann wie bisher, nicht gezogen. Darin liegt auch das wirklich Gefährliche des „Reformismus", von dem hier die Rede ist; daß nämlich nicht gesehen wird, daß der Spielraum für Reformen vorbei ist und auf dieser „Schiene" nichts mehr läuft.

Wenn schon, sollte man sich auch über diese Unterstellung streiten.

H.D. Meyer geht es darum, „mit einer bestimmten Sorte der ‚revolutionären' Kritik Schluß zu machen, die überall, wo sich wirkliche Entwicklungsprobleme von Natur und Gesellschaft stellen, auf die mehr oder weniger alle gesellschaftlichen Kräfte heute noch keine Antwort haben, die Linke eingeschlossen, das Gespenst des Reformismus beschwört." Wiewohl es schwer fällt, den Sinngehalt dieses Satzes richtig zu erfassen, so scheint doch soviel erkennbar, daß sich hier ein ganz falsches Problem aufgeladen wird, was sich in dem Begriff „alle gesellschaftlichen Kräfte" ausdrückt.

Ich behaupte, daß die Entwicklungsprobleme, die hier gemeint sind, ganz unterschiedliche „Lösungen" haben. Die Kapitalistenklasse hat einen Plan, nicht im einzelnen, aber im Groben, um aus der gegenwärtigen Krise herauszukommen. Und es gibt keinen Grund in der kapitalistischen Verfassung der Gesellschaft selbst, der dies zur völligen Unmöglichkeit erklären würde. Es ist sicher nützlich, die Bedingungen hierfür abzuschätzen. Entscheidend aber ist, welche *Interessen* sich in einer solchen „Lösung" ausdrücken. Dementsprechend ist auch die Lösung.

Die Arbeiterbewegung kann eine reaktionäre Lösung nur verhindern, wenn sie eine Lösung entsprechend den Interessen der Mehrheit und Wege ihrer Verwirklichung findet. Dabei spielt das DGB-Programm schon wegen seiner Herkunft eine wichtige Rolle. Können seine Beschränkungen allerdings nicht überwunden werden, indem über sie Einigkeit erzielt wird, wird es ein „Papierchen" bleiben.

Seitens des DGB wurden die „Forderungen zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise" als DGB-Informationsdienst 2/81 verbreitet. Dieser findet sich auch im Anhang der Wirtschaftspolitischen Informationen Nr. 1/1981.

ulg den Absichten, die die Vertreter der Kapitalisten verfolgen." Nach allem, was mir über die Diskussionen in der Gewerkschaft bekannt ist, ist dies auch gerade gegenüber einer verbreiteten Strömung unter den Gewerkschaftslinken, zumal das Ding vom Vorstand kommt, weiterhin notwendig.

Um was es geht, ist schlicht dies, das Programm so zu nehmen, wie es wirklich ist. Gerade wenn man es für einen politischen Fortschritt und Ausdruck bedeutender positiver Veränderungen in der Gewerkschaft – und zwar nicht nur einzelner *Teile* oder einzelner Strömungen der Gewerkschaft – hält, was ja andernorts mindestens heruntergespielt wird, tut man seinen Absichten keinen guten Dienst, wenn man seine Mängel übersieht und Kritik daran abtut, ohne sich auch nur ernsthaft mit ihrem Zusammenhang zu befassen.

Tatsache ist eben, daß das Beschäftigungsprogramm bis vor kurzem in den Gewerkschaftsgliederungen praktisch nicht besprochen wurde, ja bis heute ist der Wortlaut auf den Geschäftsstellen kaum erhältlich. Erst recht nicht wird die Debatte darüber in der Gewerkschaftspresse geführt.

Dabei ist es ja wirklich nicht neu. Bereits Mitte 1977 hat der DGB-Vorstand, als klar war, daß die westdeut-

Der DGB und

ist es gekommen.

In der Gewerkschaft gibt es breiten Unmut darüber, daß der DGB auf die jüngsten Regierungsbeschlüsse so lasch reagiert hat. Man kann sich dabei durchaus auf höhere Warte berufen. Eugen Loderer schreibt in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" 1/82, also vor Verabschiedung der Regierungsbeschlüsse: „Wir brauchen mehr und besseres Wachstum. Das erfordert nicht Steuergeschenke für private Unternehmen, sondern öffentliche Investitionsprogramme." Oder: „Der DGB wendet sich – gestützt auf praktische Erfahrungen im In- und Ausland – gegen alle Vorstellungen einer kapitalorientierten Wirtschaftspolitik, die lediglich zu einer Umverteilung zugunsten der Gewinne, nicht aber zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen können."

All dies, was Loderer *nicht* will, wird jetzt beschlossen. Da wird es wohl nötig sein, nach den Ursachen zu fragen. Kaum noch als Mißverständnis kann man es betrachten, wenn H.D. Meyer daraus die Behauptung zimmert, in KVZ und „Kommunismus und Klassenkampf" sei dem DGB penetrant

Völlig hinter der Zeit zurück scheint mir auch, was H.D. Meyer in seiner Anti-Kritik zum „Reformistischen" nennt. Dabei geht es eigentlich um zweierlei. Einmal um die durch seine Inhalte gesetzten Schranken des Programms, zum anderen um die Bedingungen seiner Verwirklichung.

H.D. Meyer stört sich an der Kritik meinerseits, daß sich A. Pfeiffer in dem von mir in KVZ 49/81 vorgestellten Papier ausdrücklich darauf festgelegt, die Entscheidung über Art und Umfang der Investitionen dem einzelnen Unternehmen zu belassen. Dabei findet sich diese Kritik nun wirklich auch bei anderen.

So schreiben die „Sozialistischen Studiengruppen", mit einem solchen Programm könnten „die Ursachen der sozialen Misere, die ihren letztendlichen Grund in der Verselbständigung der Produktionsbedingungen über die Produzenten haben, *nicht* beseitigt werden." (Sozialismus, extra 7) Und nachdem festgestellt wird, die Einlösung der Forderung „Arbeit für Alle" könne nicht über die Steigerung der Renditen usw. geschehen, heißt es: „Die Vorschläge des DGB zeichnen

ter Bildungsbeihilfen zur Erleichterung

Genosse Meyer offenbar zu jenen altmodischen KBW-Klamotten gehörend sieht, die man sich unbedingt ablegen solle.

Um es kurz zu sagen: Ich halte Programme, die bloß die kapitalistische Akkumulation wieder in Gang zu bringen trachten, für keinen Fortschritt.

All die bisher genannten Fehler des Programms finden sich schließlich darin wieder, daß von den Bedingungen seiner Verwirklichung abgesehen wird. Auch dies aufzuwerfen ist ja wirklich keine neue Fragestellung. Die Unterschiede liegen in der Herangehensweise an die Beantwortung. Auch Genosse Meyer sieht dieses Problem, bloß daß ich in den von ihm genannten Maßnahmen keinen Zusammenhang erkennen kann. Das geht von der Forderung nach Reform der kommunalen Finanzverfassung, wie dies der KBW als Organisation ähnlich im September 1979 beschlossen hat, bis zur Forderung nach einer Parlamentsreform, deren Kern offenbar in der ausschließlichen Direktwahl der Abgeordneten – aktuell also im Rauswurf der FDP, Alternativen und Grünen aus den Parlamenten – bestehen soll.

eine entsprechende Verminderung der

Die Kapitalistenklasse hat einen Plan, nicht im einzelnen, aber im Groben, um aus der gegenwärtigen Krise herauszukommen. Und es gibt keinen Grund in der kapitalistischen Verfassung der Gesellschaft selbst, der dies zur völligen Unmöglichkeit erklären würde. Es ist sicher nützlich, die Bedingungen hierfür abzuschätzen. Entscheidend aber ist, welche *Interessen* sich in einer solchen „Lösung" ausdrücken. Dementsprechend ist auch die Lösung.

Die Arbeiterbewegung kann eine reaktionäre Lösung nur verhindern, wenn sie eine Lösung entsprechend den Interessen der Mehrheit und Wege ihrer Verwirklichung findet. Dabei spielt das DGB-Programm schon wegen seiner Herkunft eine wichtige Rolle. Können seine Beschränkungen allerdings nicht überwunden werden, indem über sie Einigkeit erzielt wird, wird es ein „Papierchen" bleiben.

Seitens des DGB wurden die „Forderungen zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise" als DGB-Informationsdienst 2/81 verbreitet. Dieser findet sich auch im Anhang der Wirtschaftspolitischen Informationen Nr. 1/1981.

Der DGB und das „Beschäftigungsprogramm"

Verhalten hat sich der DGB zum „Beschäftigungsprogramm" der Bundesregierung, das diese nun auf den Gesetzgebungsweg geschickt hat, geäußert. Begrüßt wird, daß überhaupt etwas in Angriff genommen wurde, kritisiert wird die Durchführung. Die Regierungsmaßnahmen „entsprechen sowohl auf der Finanzierungs- als auch auf der Verwendungsseite nur zum Teil dem vom DGB vorgelegten Investitionsprogramm zur Sicherung der Beschäftigung durch qualitatives Wachstum", hieß es in einer ersten Stellungnahme. Mittlerweile liegt auch eine Stellungnahme zu den einzelnen Punkten vor.

Die Investitionszulage. Für alle beweglichen Wirtschaftsgüter und für Betriebsgebäude, die im Jahre 1982 bestellt werden, will die Bundesregierung eine Zulage von 10% zahlen. Voraussetzung für die Begünstigung ist, daß die Wirtschaftsgüter noch vor dem Jahresende 1983, bzw. bei Betriebsgebäuden vor Ende 1984 geliefert oder fertiggestellt werden. Auch Großprojekte sind von dieser Zeitlinie nicht ausgenommen. Die Zulage wird nur gewährt, soweit die neuen Investitionen das durchschnittliche Investitionsvolumen der drei vorigen Jahre überschreiten.

Die Bundesregierung rechnet mit einem zu fördernden Investitionsvolumen von 40 Mrd. DM, die aus öffentlichen Haushalten zu zahlenden Zulagen betragen demnach verteilt über die Jahre 1983 bis 1985 rund 4 Mrd. DM.

Die Beurteilung des DGB: „Es ist eine kurzfristige und rein konjunkturpolitisch ausgerichtete globale Maßnahme, die so gesehen nicht der Konzeption unseres Investitionsprogramms vom März 1981 entspricht; denn dort haben wir mittel- bis langfristig angelegte Investitionsanregungen gefordert, die auf bestimmte vorrangige Bedarfsbereiche gezielt werden müssen."

Aufstockung des ERP-Programms. Das ERP-Programm (ein Überbleibsel des Marshall-Plans) soll um 465 Mio. DM aufgestockt werden, um so vermehrt zinsgünstige Darlehen bereitzustellen. Die Mittel werden für Umweltschutzmaßnahmen und für kleine und mittlere Unternehmen bereitgestellt. Der DGB beurteilt dies positiv.

Kreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Auch hier soll eine Kapitalaufstockung um 600 Mio. DM weitere verbilligte Kredite an kleine und mittlere Unternehmen bereitstellen. Der DGB begrüßt dies.

Zusätzliche Baumaßnahmen beim Bund insbesondere zur Energieeinsparung und Modernisierung. Volumen bis 1985: 800 Mio. DM. Der DGB: „Im Prinzip positiv."

Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit. 400 Mio. DM sollen dafür bis 1985 bereitgestellt werden. Vorgesehen ist eine Aufstockung der Förderungsmittel für überbetriebliche Ausbildungsstätten, der Mittel für die Förderung der Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen, des Programms zur sozialen und beruflichen Eingliederung junger Ausländer, weiter Bildungsbeihilfen zur Erleichterung der beruflichen Eingliederung arbeitsloser Jugendlicher und ausbildungsbegleitende Hilfen für arbeitslose Jugendliche. Der DGB beurteilt diese Maßnahmen positiv.

Änderungen im Mietrecht. Zu den einzelnen Punkten siehe unsere vorletzte Ausgabe, Seite 10. Der DGB weist darauf hin, daß diese Maßnahmen, die auf jeden Fall Mietsteigerungen zur Folge haben, insgesamt nachvollziehen, was für den sozialen Mietwohnungsbestand schon jetzt Gültigkeit hat. Es wird darauf verwiesen, daß der DGB die Zinsanhebung im sozialen Mietwohnungsbau akzeptiert hatte, unter der Voraussetzung, daß die zusätzlich den Ländern dadurch zufließenden Mittel auch tatsächlich für den Bau zusätzlicher Sozialwohnungen verwendet werden. Im freifinanzierten Wohnungsbau sei ein solcher Zusammenhang nicht gewährt, die Rechtfertigung der Mietrechtsänderungen so gesehen nicht gegeben.

Vorziehen des Krankenversicherungsbeitrags der Rentner auf den 1.1.1984 statt ab 1985. Dadurch wird die für 1984 aufgrund der geltenden Rentendynamik zu erwartende Rentenanpassung um einen Prozentpunkt niedriger ausfallen. Entsprechend wird der Bundeszuschuß an die Rentenversicherung gekürzt.

Der DGB lehnt dies sowohl unter dem Gesichtspunkt des Kaufkraftentzugs als auch wegen der zusätzlich zur Mehrtwertsteuer erfolgenden Mehrbelastung der Rentner ab.

Finanzierung durch Mehrwertsteuererhöhung. Ab 1.7.1983 soll der Normalsatz von 13 auf 14% steigen, was auf ein Jahr bezogen eine Steuererhöhung um 8 Mrd. DM bedeutet – bzw. eine entsprechende Verminderung der in Waren umgesetzten Einkommen. Damit soll die Investitionszulage finanziert werden, ab 1.1.1984 dann eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer.

Demgegenüber hält der DGB an seinem Vorschlag fest, ein Beschäftigungsprogramm durch eine Ergänzungsabgabe auf höhere Einkommen und über eine Arbeitsmarktabgabe zu finanzieren. „In aller Eindeutigkeit" wird festgestellt, die Unternehmen hätten im Rahmen der „Aktion '82" bereits finanzielle Begünstigungen in Höhe von 10 Mrd. DM und im Rahmen des „Beschäftigungsprogramms" weitere rund 4 Mrd. DM erhalten. „Dieser verteilungspolitische Gesichtspunkt wäre zweitrangig, wenn mit diesem Finanzaufwand ebenso viele Arbeitsplätze geschaffen würden, wie es der Fall gewesen wäre, wenn die Mittel nach den Vorstellungen des DGB zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums verwendet worden wären. Dies ist jedoch höchst unsicher. Deshalb tritt der verteilungspolitische Gesichtspunkt stärker in den Vordergrund."

Erschwerend komme hinzu, schreibt der DGB, daß die Mehrwertsteuererhöhung Arbeitnehmer und Rentner überdurchschnittlich belaste und sie im übrigen auch durch eine Reihe anderer Maßnahmen der letzten Monate zur Kasse gebeten wurden. Daher wird für die für Anfang 1984 angekündigte Steuersenkung verlangt, daß sie sich ausschließlich auf eine Senkung der Lohnsteuer für Arbeitnehmer zu konzentrieren habe. Dazu wird an die Forderungen des DGB vom Oktober 1980 erinnert.

Quelle: DGB, Wirtschaftspolitische Informationen Nr. 1/1982



Belgien. Schon ab letzten Freitag flammten die Streiks der Stahlarbeiter in Wallonien wieder auf (*Bild*). Am Dienstag dieser Woche fand eine Kundgebung gegen die Entscheidung der EG-Kommission statt, die staatlichen Sanierungspläne zur Sicherung des Stahlwerks Cockerill-Sambre abzulehnen. Spontane Streiks und Stillegungen der Werke waren in den letzten Tagen die Regel, jetzt erwägen die Gewerkschaften einen Generalstreik.

UAW-Arbeiter stimmten Tarifvertrag mit Ford zu

kvz. Mit mehr als 70% Ja-Stimmen – 43683 dafür, 15933 dagegen – nahmen die Arbeiter bei Ford den ausgehandelten Tarifvertrag zwischen den Kapitalisten und der Automobilarbeitergewerkschaft UAW an. Damit tritt der Vertrag sofort in Kraft und läuft bis zum 14. September 1984. Soweit uns bekannt, enthält der Vertrag folgende Regelungen: – Die UAW verzichtet auf die automatische 3%ige Lohnerhöhung pro Jahr während der Laufzeit des Vertrages. Während der ersten neun Monate wird auch auf die Anpassung des Lohnes an die Steigerung der Lebenshaltungskosten verzichtet, allerdings werden diese Zulagen im letzten Drittel des Vertrages nachgezahlt, so wie in dieser Zeit der Ausgleich der Lebenskostensteigerung gezahlt wird. – Die UAW verzichtet auf 6 Urlaubstage („persönliche", wie Geburtstag usw.) neben dem normalen Urlaub. – Neu eingestellte Arbeiter erhalten zunächst nur 85% des tariflichen Lohnes, alle 6 Monate erhalten sie dann 5% mehr bis der Normallohn erreicht ist. – Für vorzeitige Entlassung für ältere Arbeiter gibt es auch Regelungen: Wer mehr als 15 Jahre beschäftigt war, erhält, je nach Dauer, bis zu 75% des vorherigen Einkommens, wenn er keine neue Arbeit findet. – Ford verpflichtet sich, zwei Jahre lang keine Fabriken zu schließen, wenn sie auf Fords Pläne zurückzuführen wären, Autoteile von anderen Firmen einzukaufen. – Ford verpflichtet sich, im Falle gleichbleibender Produktionszahlen keine Entlassungen vorzunehmen. Bei Tod oder freiwilliger Kündigung brauchen diese Plätze aber nicht besetzt zu werden. – Ford beginnt ein Programm der Gewinnbeteiligung. Nach einer Gleitskala werden die Arbeiter an der Ford-Rendite beteiligt, wenn der Gewinn 2,3% der Einnahmen aus dem Verkauf von Personen- oder Lastautos übersteigt. – In zwei Fabriken wird versuchsweise eine „Anstellung auf Lebenszeit" für 80% der Belegschaft eingeführt. – Vertragsverhandlungen können vorzeitig eröffnet werden, wenn der Absatz von Ford das Niveau von 1978 erreicht. – Nichts bringt der Vertrag für die Arbeiter, die in den letzten Monaten auf „unbestimmte Zeit" entlassen worden waren. Sowieso hat Ford in den letzten zwei Jahren die Zahl der Beschäftigten von 160000 auf 105000 gesenkt. – Ähnliche Verhandlungen wie jetzt mit Ford, waren vor kurzem mit GM gescheitert.

Neuer Tarifvertrag im Versicherungsaußendienst

rok.Düsseldorf. Am 20.1. hat die Gewerkschaft HBV für die Angestellten im Werbeaußendienst der Versicherungen einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen. Das garantierte Mindesteinkommen, das allerdings mit Provisionszahlungen verrechnet wird, wurde um 4,4 – 5,2% auf 1810/2140/2400 DM angehoben (gestaffelt nach Betriebszugehörigkeit). Die Höchstgrenzen für die Sonderzahlungen (Urlaub etc.) wurden entsprechend angehoben. Der Spesensatz für eintägige Dienstreisen wurde auf 27 DM, für mehrtägige auf 35 DM erhöht. Insgesamt ist der Abschluß unzureichend. Die Arbeitgeber weigern sich bereits seit Jahren, die Verhandlungen für Innendienst und Außendienst zusammen zu führen. Im Außendienst allein aber ist die Einheit der Kollegen schwer herzustellen. Freiberufler und Selbständige im Außendienst fallen nicht unter den Tarifvertrag. Ein Teil der Kollegen liegt im Einkommen weit über dem Mindesteinkommen; wer das Mindesteinkommen über mehrere Monate nicht durch Provision „verdient", bekommt die Kündigung. Über die Forderungen der HBV, die hier eine Besserung schaffen können, hat der Arbeitgeberverband zugesagt, noch in diesem Jahr zu verhandeln. Das sind v.a.: 30% des Mindesteinkommens können nicht mit den verdienten Provisionen verrechnet werden, Verbesserung des Kündigungsschutzes, bei einer Betriebszugehörigkeit von mindesten drei Jahren muß ein Arbeitsplatz im Innendienst angeboten werden, Rationalisierungsschutz.

Vorstand von HDW will 1400 in Hamburg und Kiel entlassen

kvz. Daß der Betriebsrat der Howaldtswerke Deutsche Werft AG in Hamburg das Vorhaben des Vorstandes, 1400 zu entlassen, früher bekanntgab als die Kapitalisten selber, das brachte Holger Mahler, Betriebsratsvorsitzender in Hamburg, den Verweis von der Pressekonferenz durch den Werftchef Henke. Tatsächlich konnte Henke die Pläne nur bestätigen, die demnächst im Aufsichtsrat beschlossen werden sollen. Danach sollen erneut von den ca. 12200 Arbeitern (7400 in Kiel, 4800 in Hamburg) 1400 entlassen werden – der größere Teil davon in Kiel. Hier gibt es auch schon Gerüchte über Namenslisten für die zu Entlassenden. Werftchef Henke kündigte an, in nächster Zeit werde „auf Leistung und Fehlzeiten" geachtet werden. In Hamburg wurden ab 1. März für 1200 Arbeiter sechs Monate Kurzarbeit angemeldet. Der Betriebsrat (durch die IGM in seiner Mehrheit ausgeschlossen) hat den Widerstand gegen die Entlassungen angekündigt, er werde ihnen nicht zustimmen. Die Werksleitung sollte sich lieber auf die Suche nach Aufträgen machen, anstatt ihre Pläne – die wohl mehr auf eine endgültige Einstellung des Schiffsneubaues in Hamburg hinausliefen – weiterzuverfolgen. Die DAG, durch die Pläne des Vorstandes wohl leicht aufgescheucht, sagte, als erstes müßte dem Vorstand gekündigt werden.

„allfloor"-Kündigungen rechtmäßig?

kvz. Das Arbeitsgericht Kaiserslautern hat entschieden, daß die Kündigung von 47 „allfloor"-Arbeitern rechtmäßig ist. Sie hatten im Mai/Juni des letzten Jahres gegen die Weigerung der „allfloor"-Kapitalisten, der Deutschen Linoleum Werke DLW, einen Tarifvertrag mit der IG Chemie abzuschließen, gestreikt. Daraufhin waren sie fristlos entlassen worden. Da Streikende nach der Rechtssprechung nicht gekündigt werden können, hatten sie Kündigungsschutzklage eingelegt. Die wurde jetzt abgelehnt. Das Gericht entschied, die IG Chemie sei nicht tarifzuständig für diesen Betrieb, deshalb habe sie keinen Streik ausrufen dürfen. Die Teilnahme an einem rechtswidrigen Streik sei jedoch ein Kündigungsgrund. Die Arbeiter hätten sich vor dem Streik über diese Tatsache kundig machen müssen und seien deshalb jetzt zu Recht aus dem Betrieb. Die IG Chemie will den Rechtsstreit in der nächsten Instanz weiterführen.

„Verwaltete Frühjahrsoffensive"? Japan: Für 9% – gegen die Steuerlast

wos. Westberlin. „Obwohl wir Lohnerhöhungen hatten, ist die Lohntüte nicht dicker geworden." Das ist die Erfahrung der überwältigenden Mehrheit der 40 Millionen Lohnabhängigen in Japan, von denen jedoch nur ca. 12,3 Mio. gewerkschaftlich organisiert sind, zumeist in Betriebsgewerkschaften.

1980 hatte der Japan Council/International Metal-Workers Federation (ein Zusammenschluß diverser Unternehmens- und Branchengewerkschaften in der Metallindustrie mit großem Gewicht im jährlichen Lohnkampf) 8% mehr Lohn gefordert. Der sozialdemokratische Domei-Dachverband hat sich dem angeschlossen, während der sozialistische Sohyo und ein weiterer Dachverband die 8% nur als Minimum akzeptierten. Inklusive Forderungen nach Erhöhung der Dienstalterzuschläge standen 1980 durchschnittlich geforderten 8,92% erreichte 6,74% gegenüber.

1981 wurden im Durchschnitt der Forderungen aller Dachverbände zusammen 10,35% gefordert (18700 Yen oder ca. 180 DM), aber nur 7,68% (14000 Yen) erreicht. Die Lücke zwischen Forderung und Realisierung ist größer geworden.

Auch *1982* haben sich wiederum JC-IMF und Domei, die eng verflochten sind, durch etwas niedrigere Lohnforderungen als Sohyo – der im Öffentlichen Dienst stärkste Verband – hervorgetan. Bereits im Oktober '81 ist Domei mit seiner Forderung nach 9% mehr Lohn oder 17000 Yen den übrigen Verbänden zuvorgekommen und hat eine Marke gesetzt. Einzelne Branchenföderationen, die Sohyo angehören, gehen zwar in der Summe bis 12% Lohnerhöhung, doch werden auch sie sich nicht leicht dem 9%-Sog entziehen können. Allein der KPJ-beeinflußte Verband Toitsu-Rosokon hat 30000 Yen gefordert.

Entscheidend ist, daß Domei und Sohyo, die außerdem bessere soziale Absicherung, eine Heraufsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre u.a.m. fordern, im Grunde gleichermaßen argumentieren: Lohnerhöhungen seien der Schlüssel für eine Steigerung der stagnierenden Inlandsnachfrage, weil dadurch die Massenkaufkraft gehoben werde; eine Belebung der Wirtschaftstätigkeit im Inland werde dem Staat mehr Steuereinnahmen bescheren und so zur Minderung des enormen Haushaltsdefizits beitragen; schließlich hätte eine durch Lohnerhöhungen angekurbelte Expansion der Inlandsnachfrage noch den schönen Effekt, höhere Importe nach sich zu ziehen und damit die „Handelsfriktionen" mit den USA und der EG zu mildern. Lohnerhöhungen also für eine gesunde Entwicklung des japanischen Kapitalismus – diese Logik kennt man seit Jahren auch in Japan.

Domei begründet die 9% so: 5% Lohnerhöhung müßten zwecks Ausgleich der Inflationsrate her, und weitere 4% seien zur Sicherung des Realeinkommens nötig. Natürlich machen nicht nur Gewerkschaftsverbände den seit 1980 sinkenden Reallohn für die stagnierenden Konsumausgaben verantwortlich. Wer aber denkt, daß etwa die „Föderation Japanischer Unternehmerverbände" (Nikkeiren) sich auf diese „Vernunft" einläßt, sieht sich getäuscht: Nikkeiren erklärte Ende Januar, die Lohnerhöhungen sollten im Rahmen des Produktivitätszuwachses bleiben – wobei in Japan im Gegensatz zur BRD noch fleißig investiert wird. Definition des Produktivitätszuwachses: reales Wachstum des Bruttosozialprodukts (nach Regierungsprognosen in Japan 5,2%) minus Zunahme der Arbeitskräfte (1,1%). Also seien 1982 4,1% drin. Dazu die Gewerkschaften: die Unternehmer sähen nur den Kostenaspekt der Lohnsteigerung, nicht aber die Kaufkraftsteigerung.

Kann man letztere nicht auch durch eine Senkung der Steuerlast erreichen? Solche Stimmen werden immer lauter, denn tatsächlich frißt die Besteuerung die Lohnerhöhung gleich wieder auf. Am Wochenende haben auf Initiative der Gewerkschaften rund 200000 Arbeiter und Angestellte gegen diese drückende Steuerlast demonstriert, und die Oppositionsparteien bedrängen die Regierung, den Haushalt 1982/83 zu revidieren. Die Dachverbände haben errechnet, daß staatlicher Verzicht auf 1 Billion Yen Steuereinnahmen durch Änderung der Lohnsteuer zugunsten der Lohnabhängigen einer Lohn-/Gehaltserhöhung von 1,5% entsprechen würde. Nikkeiren kontert, es sei „unmöglich, angesichts der Haushaltsdefizits der Regierung auf Steuersenkungen 1982 zu hoffen."

Von der Linken wird die Frühjahrsoffensive seit längerem als „verwalteter Lohnkampf" kritisiert. Sie fragt: Was ist mit der immer größeren Kluft zwischen den Löhnen in Groß- und denen in Klein- und Mittelbetrieben? Was mit der Organisierung der Unorganisierten, der part-timer? Wie kann man auf die Intensivierung der Arbeit reagieren? Tatsächlich haben sich 1981 die politischen Voraussetzungen in der Arbeiterbewegung geändert. *(Ausführlich hierzu in einer unserer nächsten Ausgaben.)*

Reallohnsicherung schon jetzt Ade?

Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes beschließen Tarifforderungen von 6,5%

wen.Frankfurt. Am 26.2. hat die große Tarifkommission der ÖTV die Forderungen für die Tarifrunde im öffentlichen Dienst aufgestellt, die am 12. März beginnen wird. 6,5% werden an Lohnerhöhung gefordert und die schon länger erhobene Forderung nach mindestens *30 Tagen Urlaub* für alle, unabhängig vom Einkommen bekräftigt. Hinzu kommen die Forderungen nach einem *Neuabschluß der gekündigten Zulagentarifverträge*, um die es ja bei der geplanten 1%-Kürzung der Regierung ging. In diesem Zusammenhang steht auch die Forderung nach einem *eigenständigen Tarifrecht für den Ortszuschlag* bei Angestellten und weitere Zulagen. Damit soll zukünftigen gesetzlichen Kürzungsplänen bei Arbeitern und Angestellten ein Riegel vorgeschoben werden – auch wenn die Durchsetzung dieser Forderung sich nicht gleich in Mark und Pfennig auswirken wird. Schließlich wird die Forderung nach *vollem Lohn ab dem 18. Lebensjahr* erneut aufgestellt.

Sicherlich hat jede der Forderungen ihre Berechtigung, jedoch wurde zuvor noch eine ganz andere Linie eingeschlagen. So betonte Heinz Wolf (ÖTV-Bezirksvorsitzender Hessen), die Sicherung der Realeinkommen und sprach sich gegen Nebenforderungen an „Nebenkriegsschauplätzen" aus. Der in vielen Flugblättern angekündigte Kampf um die Sicherung der Realeinkommen hat der Leitlinie Platz gemacht, wie Heinz Kluncker erklärte: „Keine Abkoppelung von den Einkommen in der gewerblichen Wirtschaft." Offensichtlich geht er hierbei auch davon aus, daß die Sicherung des Reallohns der IG Metall nicht gelingen wird. Ob dieser „Rückzieher" der IG Metall, die jetzt mit den ersten Warnstreiks begonnen hat, den Rücken stärkt?

Auch bei der Basis in der ÖTV wird es nicht breite Begeisterung für das aufgestellte Forderungspaket geben. Die Diskussion hat sich z.B. auf der Vertrauensleutevollversammlung in Frankfurt vor allem auf die Lohnerhöhung und dabei auf die Höhe der Forderung konzentriert. Einigkeit bestand von vornherein in der Abwehr einer besonderen Lohnkürzung im öffentlichen Dienst.

Gerade nach den Erfahrungen in der Mobilisierung für eine Urabstimmung im Januar gingen viele davon aus, mit dieser Kraft auch in der Tarifrunde die Kürzung endgültig vom Tisch zu bekommen und den Reallohn zu sichern. Mancher fragte sich aber auch, wo er Verständnis für die Haushaltslage bekundete oder schon im September im Handelsblatt (24.9.) sagte, „es wäre schon *viel*, wenn die Einkommen nicht von denen der gewerblichen Wirtschaft abgekoppelt würden".

Dies drückte sich auch in den Forderungen aus, wo z.T. 150 DM plus 3%, 9% mindestens 200 DM oder 12% gefordert wurde, während die großen Arbeiterbereiche 7,5% oder sogar nur 7,0% forderten. In der Diskussion stand auch weniger die Frage Festgeld oder Prozent im Vordergrund, sondern ob man fordern solle, was man brauche oder man fordere, was „durchsetzbar" sei. Worauf geantwortet wurde, daß man sich nicht von den eigenen Funktionären sagen lasse, was durchsetzbar sei, sondern immer erst von der Gegenseite.

Obwohl nach Aussetzung eines entsprechenden Beschlusses der GHV dieses Jahr keine Forderungsempfehlung vorgegeben hatte, war vielen klar, wie es laufen würde, egal was die Basis diskutiert oder fordert: Die Kreise fordern um 7,5%, eine Reihe Betriebe fordern Festgeld oder Sockelbeträge, der GHV stellt 6,5 – 7,0% auf, hinterher kommen vielleicht 3 – 3,5% heraus und der enttäuschten Mitgliedschaft wird erklärt, man habe ja immerhin die Kürzung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes verhindert.

Es ist sehr fraglich, ob mit dem breiten Forderungskatalog wieder im April oder Mai, wo es frühestens zu Kampfmaßnahmen kommen könnte, die erreichte Mobilisierung gehalten werden kann. Man hat schließlich zu oft schon die Erfahrung gemacht, daß bei weitgestreuten Forderungen einige unter den Tisch fielen und die anderen auch nur verstümmelt durchgesetzt wurden. In einer Lage mit Reallohnverlusten muß eben auch eine politische Forderung, wie die Zurückdrängung des Beamtenrechts durch Tarifierung des Ortszuschlags sich in Barem ausdrücken. Die Konzentration auf die Reallohnsicherung, die klar als Solidarität mit der IGM ausgedrückt wurde, hätte schon jetzt eine breite Mobilisierung hinter sich gehabt.

Schlichtung hat begonnen

kvz. In Krefeld begannen am Montag unter dem Vorsitz des Hammer Oberbürgermeisters Figgen die Schlichtungsverhandlungen in der Metallindustrie. Bis zum 2. Verhandlungstermin hatten beide Parteien nur wirtschaftliche Daten ausgetauscht. Vertrauensleute-Delegationen zogen vor das Tagungslokal und unterstrichen die Ausgangsforderung der IG Metall und forderten die Zurücknahme der Null-Monatspläne der Kapitalisten. Vor Freitag wird kein Ergebnis erwartet. Der stimmberechtigte Schlichter Figgen hat erklärt, er wolle keinen Spruch gegen einen der beiden Teilnehmer fällen. Die Metallkapitalisten haben ihre 3%-Position bei einem Null-Monat noch nicht aufgegeben. Die IG Metall will ihren Beitrag zur „Gemeinschaftsinitiative" durch einen Abschluß „deutlich über 4%" leisten und hat dies den Kapitalisten auch signalisiert. Wenn überhaupt soll das Festgeldelement „120 DM mindestens" in einer Abschlagszahlung auftauchen, die sich stärker für die unteren Lohngruppen auswirken würde. Am Dienstag, dem 2.3., begannen die Warnstreiks der IG Metall. Schwerpunkte waren der Südwesten und Berlin. Beim Westberliner BMW-Werk wurde gestreikt. Die Arbeiter zogen in einem Demonstrationszug durch die Stadt.

Maßnahmen gegen das neue Gewerkschaftsgesetz

kvz. In der letzten Woche tagte der Gewerkschaftsdachverband TUC, um über Maßnahmen gegen das geplante Gewerkschaftsgesetz der konservativen Regierung zu beraten. Das Gesetz soll Ende April durch die dritte Lesung. Auf der Tagung wurde ein 8-Punkte-Katalog gegen das Gesetz beschlossen, der die Schaffung eines Kampffonds von 5 Mio. Pfund vorsieht. Endgültig beraten werden die Maßnahmen auf einer Konferenz aller Gewerkschaften am 5. April. Len Murray, Vorsitzender des TUC, schloß einen nationalen Streik gegen das Gesetz nicht aus.

uns bekannt, enthält der Vertrag folgende Regelungen: – Die UAW verzichtet auf die automatische 3%ige Lohnerhöhung pro Jahr während der Laufzeit des Vertrages. Während der ersten neun Monate wird auch auf die Anpassung des Lohnes an die Steigerung der Lebenshaltungskosten verzichtet, allerdings werden diese Zulagen im letzten Drittel des Vertrages nachgezahlt, so wie in dieser Zeit der Ausgleich der Lebenskostensteigerung gezahlt wird. – Die UAW verzichtet auf 6 Urlaubstage („persönliche", wie Geburtstag usw.) neben dem normalen Urlaub. – Neu eingestellte Arbeiter erhalten zunächst nur 85% des tariflichen Lohnes, alle 6 Monate erhalten sie dann 5% mehr bis der Normallohn erreicht ist. – Für vorzeitige Entlassung für ältere Arbeiter gibt es auch Regelungen: Wer mehr als 15 Jahre beschäftigt war, erhält, je nach Dauer, bis zu 75% des vorherigen Einkommens, wenn er keine neue Arbeit findet. – Ford verpflichtet sich, zwei Jahre lang keine Fabriken zu schließen, wenn sie auf Fords Pläne zurückzuführen wären, Autoteile von anderen Firmen einzukaufen. – Ford verpflichtet sich, im Falle gleichbleibender Produktionszahlen keine Entlassungen vorzunehmen. Bei Tod oder freiwilliger Kündigung brauchen diese Plätze aber nicht besetzt zu werden. – Ford beginnt ein Programm der Gewinnbeteiligung. Nach einer Gleitskala werden die Arbeiter an der Ford-Rendite beteiligt, wenn der Gewinn 2,3% der Einnahmen aus dem Verkauf von Personen- oder Lastautos übersteigt. – In

zugesagt, noch in diesem Jahr zu verhandeln. Das sind v.a.: 30% des Mindesteinkommens können nicht mit den verdienten Provisionen verrechnet werden, Verbesserung des Kündigungsschutzes, bei einer Betriebszugehörigkeit von mindesten drei Jahren muß ein Arbeitsplatz im Innendienst angeboten werden, Rationalisierungsschutz.

Vorstand von HDW will 1400 in Hamburg und Kiel entlassen

kvz. Daß der Betriebsrat der Howaldtswerke Deutsche Werft AG in Hamburg das Vorhaben des Vorstandes, 1400 zu entlassen, früher bekanntgab als die Kapitalisten selber, das brachte Holger Mahler, Betriebsratsvorsitzender in Hamburg, den Verweis von der Pressekonferenz durch den Werftchef Henke. Tatsächlich konnte Henke die Pläne nur bestätigen, die demnächst im Aufsichtsrat beschlossen werden sollen. Danach sollen erneut von den ca. 12200 Arbeitern (7400 in Kiel, 4800 in Hamburg) 1400 entlassen werden – der größere Teil davon in Kiel. Hier gibt es auch schon Gerüchte über Namenslisten für die zu Entlassenden. Werftchef Henke kündigte an, in nächster Zeit werde „auf Leistung und Fehlzeiten" geachtet werden. In Hamburg wurden ab 1. März für 1200 Arbeiter sechs Monate Kurzarbeit angemeldet. Der Betriebsrat (durch die IGM in seiner Mehrheit ausgeschlossen) hat den Widerstand gegen die Entlassungen angekündigt, er werde ihnen

chen Dienst stärkste Verband – hervorgetan. Bereits im Oktober '81 ist Domei mit seiner Forderung nach 9% mehr Lohn oder 17000 Yen den übrigen Verbänden zuvorgekommen und hat eine Marke gesetzt. Einzelne Branchenföderationen, die Sohyo angehören, gehen zwar in der Summe bis 12% Lohnerhöhung, doch werden auch sie sich nicht leicht dem 9%-Sog entziehen

stagnierenden Konsumausgaben verantwortlich. Wer aber denkt, daß etwa die „Föderation Japanischer Unternehmerverbände" (Nikkeiren) sich auf diese „Vernunft" einläßt, sieht sich getäuscht: Nikkeiren erklärte Ende Januar, die Lohnerhöhungen sollten im Rahmen des Produktivitätszuwachses bleiben – wobei in Japan im Gegensatz zur BRD noch fleißig investiert

zwischen den Löhnen in Groß- und denen in Klein- und Mittelbetrieben? Was mit der Organisierung der Unorganisierten, der part-timer? Wie kann man auf die Intensivierung der Arbeit reagieren? Tatsächlich haben sich 1981 die politischen Voraussetzungen in der Arbeiterbewegung geändert. (Ausführlich hierzu in einer unserer nächsten Ausgaben.)

Reallohnsicherung schon jetzt Ade?

Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes beschließen Tarifforderungen von 6,5%

wen.Frankfurt. Am 26.2. hat die große Tarifkommission der ÖTV die Forderungen für die Tarifrunde im öffentlichen Dienst aufgestellt, die am 12. März beginnen wird. 6,5% werden an Lohnerhöhung gefordert und die schon länger erhobene Forderung nach mindestens 30 Tagen Urlaub für alle, unabhängig vom Einkommen bekräftigt. Hinzu kommen die Forderungen nach einem Neuabschluß der gekündigten Zulagentarifverträge, um die es ja bei der geplanten 1%-Kürzung der Regierung ging. In diesem Zusammenhang steht auch die Forderung nach einem eigenständigen Tarifrecht für den Ortszuschlag bei Angestellten und weitere Zulagen. Damit soll zukünftigen gesetzlichen Kürzungsplänen bei Arbeitern und Angestellten ein Riegel

Gerade nach den Erfahrungen in der Mobilisierung für eine Urabstimmung im Januar gingen viele davon aus, mit dieser Kraft auch in der Tarifrunde die Kürzung endgültig vom Tisch zu bekommen und den Reallohn zu sichern. Mancher fragte sich aber auch, wo er Verständnis für die Haushaltslage bekundete oder schon im September im Handelsblatt (24.9.) sagte, „es wäre schon viel, wenn die Einkommen nicht von denen der gewerblichen Wirtschaft abgekoppelt würden".

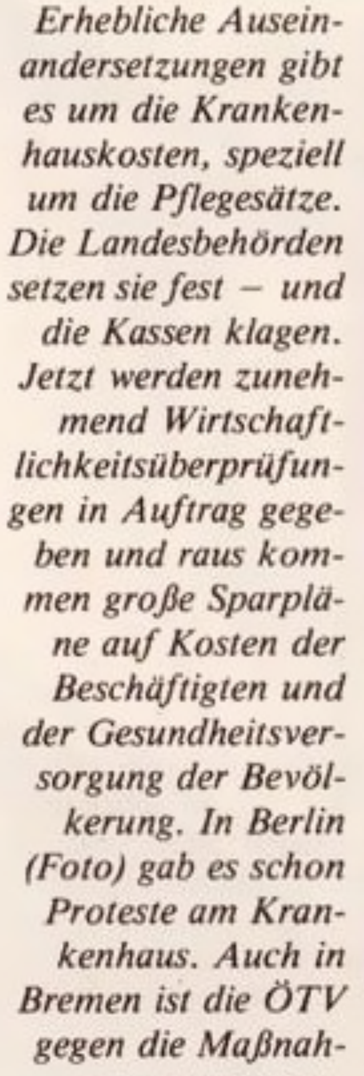
Dies drückte sich auch in den Forderungen aus, wo z.T. 150 DM plus 3%, 9% mindestens 200 DM oder 12% gefordert wurde, während die großen Arbeiterbereiche 7,5% oder sogar nur 7,0% forderten. In der Diskussion stand auch weniger die Frage Festgeld

Reallohnsicherung, die klar als Solidarität mit der IGM ausgedrückt wurde, hätte schon jetzt eine breite Mobilisierung hinter sich gehabt.

Schlichtung hat begonnen

kvz. In Krefeld begannen am Montag unter dem Vorsitz des Hammer Oberbürgermeisters Figgen die Schlichtungsverhandlungen in der Metallindustrie. Bis zum 2. Verhandlungstermin hatten beide Parteien nur wirtschaftliche Daten ausgetauscht. Vertrauensleute-Delegationen zogen vor das Tagungslokal und unterstrichen die Ausgangsforderung der IG Metall und forderten die Zurücknahme der Null-Monatspläne der Kapitalisten. Vor Freitag wird kein Ergebnis erwartet. Der

Die Welle der „Wirtschaftlichkeitsüberprüfungen" an den Krankenhäusern rollt heran



Erhebliche Auseinandersetzungen gibt es um die Krankenhauskosten, speziell um die Pflegesätze. Die Landesbehörden setzen sie fest – und die Kassen klagen. Jetzt werden zunehmend Wirtschaftlichkeitsüberprüfungen in Auftrag gegeben und raus kommen große Sparpläne auf Kosten der Beschäftigten und der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. In Berlin (Foto) gab es schon Proteste am Krankenhaus. Auch in Bremen ist die ÖTV gegen die Maßnahmen angetreten.

Wie der laufende Krankenhausbetrieb finanziert wird, ist durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz (von 1972) und die Bundespflegesatzverordnung (von 1973) geregelt. Danach übernimmt die öffentliche Hand – Bund und Länder – die Investitionskosten der Krankenhäuser, während die übrigen Kosten, also die „laufenden Betriebskosten" durch die Pflegesätze gedeckt werden müssen. Der Pflegesatz ist der Betrag, der als Tagessatz von den Krankenkassen zur Versorgung jedes Patienten aufgebracht werden muß. Er wird zwischen dem Krankenhausträger und den Krankenkassen ausgehandelt. Das Krankenhausfinanzierungsgesetz hält fest, daß die Pflegesätze „auf der Grundlage der Selbstkosten eines sparsam wirtschaftenden, leistungsfähigen Krankenh... ses und einer Kosten- und Leistungsrechnung eine wirtschaftliche Betriebsführung ermöglichen und die medizinisch und wirtschaftlich rationelle Versorgung durch Krankenhäuser sichern" sollen (Krankenhausfinanzierungsgesetz §17, Abs. 1). Kommt es in den Verhandlungen über die Höhe des Pflegesatzes zwischen den Krankenhausträgern und den Krankenkassen zu keiner Einigung, kann die Landesbehörde den Pflegesatz unter Anhörung der Beteiligten einseitig festsetzen. Die Krankenkassen haben die Möglichkeit, gegen diese Festsetzung vor dem Verwaltungsgericht zu klagen.

So ist die Lage zur Zeit auch in Bremen. Die letzte Einigung über die Höhe der Pflegesätze an den kommunalen Kliniken hat es im Jahre 1978 gegeben. In den Jahren 1979, 1980 und 1981 wurde der Pflegesatz jeweils einseitig vom Senator für Wirtschaft und Außenhandel als Festsetzungsbehörde auf 198,20 DM, 229,00 DM und 271,00 DM festgesetzt. Die Krankenkassen boten dagegen 194,00 DM, 203,00 DM und 215,50 DM und klagten gegen den Festsetzungsbescheid. In den letzten Jahren mußte der Senator für Gesundheit und Umweltschutz den jeweiligen Differenzbetrag vorstrecken. Das waren 1979 pro Behandlungstag 4,20 DM, insgesamt 6 Millionen DM, 1980 pro Behandlungstag 23,00 DM, insgesamt 35 Millionen DM und 1981 ca. 55,00 DM pro Behandlungstag, insgesamt 77 Millionen DM. Der Senator für Gesundheit und Umweltschutz mußte also allein in den letzten drei Jahren über 118 Millionen DM vorstrecken. Darum geht der Streit.

In der Gerichtsverhandlung wird es darum gehen, ob die Bremer kommunalen Kliniken im Sinne des Krankenhausfinanzierungsgesetzes „sparsam wirtschaften" und eine „wirtschaftliche Betriebsführung" stattfindet. Um das zu überprüfen, wird nun eine Wirtschaftlichkeitsüberprüfung durchgeführt, auf deren Grundlage dann das Gericht entscheiden wird, ob die Pflegesätze vom Senator zu hoch und damit zu unrecht festgesetzt wurden, die

he der Pflegesätze an den kommunalen Kliniken hat es im Jahre 1978 gegeben. In den Jahren 1979, 1980 und 1981 wurde der Pflegesatz jeweils einseitig vom Senator für Wirtschaft und Außenhandel als Festsetzungsbehörde auf 198,20 DM, 229,00 DM und 271,00 DM festgesetzt. Die Krankenkassen boten dagegen 194,00 DM, 203,00 DM und 215,50 DM und klagten gegen den Festsetzungsbescheid. In den letzten Jahren mußte der Senator für Gesundheit und Umweltschutz den jeweiligen Differenzbetrag vorstrecken. Das waren 1979 pro Behandlungstag 4,20 DM, insgesamt 6 Millionen DM, 1980 pro Behandlungstag 23,00 DM, insgesamt 35 Millionen DM und 1981 ca. 55,00 DM pro Behandlungstag, insgesamt 77 Millionen DM. Der Senator für Gesundheit und Umweltschutz mußte also allein in den letzten drei Jahren über 118 Millionen DM vorstrecken. Darum geht der Streit.
In der Gerichtsverhandlung wird es darum gehen, ob die Bremer kommunalen Kliniken im Sinne des Krankenhausfinanzierungsgesetzes „sparsam wirtschaften" und eine „wirtschaftliche Betriebsführung" stattfindet. Um das zu überprüfen, wird nun eine Wirtschaftlichkeitsüberprüfung durchgeführt, auf deren Grundlage dann das Gericht entscheiden wird, ob die Pflegesätze vom Senator zu hoch und damit zu unrecht festgesetzt wurden, die

Krankenhäuser also „unwirtschaftlich" arbeiten, also weiter durchrationalisiert werden müssen oder ob die Krankenkassen den vom Senator festgesetzten Pflegesatz bezahlen müssen.

Der Senator für Gesundheit und Umweltschutz, die Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen, der Senator für Wirtschaft und Außenhandel und die Landesverbände der Krankenkassen einigten sich auf die Firma Ernst u. Whinney.

Da mit Ausnahme des Personalrats des Zentralkrankenhauses Links der Weser alle anderen Personalräte der Bremer kommunalen Kliniken den Vertragsentwurf zwischen dem Senator für Gesundheit und Umweltschutz und der Wirtschaftlichkeitsüberprüfungsgesellschaft abgelehnt hatten, es also keine einheitliche Ablehnung gab, mußte sich nach §50, Abs. 1 des Bremer Personalvertretungsgesetzes der Gesamtpersonalrat mit dieser Sache befassen. Auch er lehnte den Entwurf zunächst ab. Nach dem Abschluß einer Dienstvereinbarung, die unter anderem folgende Punkte enthält, stimmte er dann doch noch zu:

„1. Die Mitbestimmungsrechte der Personalräte nach dem BremPVG werden beachtet.
2. An dem Lenkungs- und Koordinierungsausschuß der Untersuchung nehmen mindestens 2 ständige Vertreter der betroffenen Personalräte mit beratender Stimme teil.
3. Der Vertrag mit der Firma Ernst u. Whinney weist als Prüfungsauftrag „die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit bei Erhaltung oder Steigerung der Leistungsfähigkeit der Kliniken" aus. Daraus ergeben sich die gleichrangigen Untersuchungsziele „Verbesserung der Wirtschaftlichkeit" und „Verbesserung der Leistungsfähigkeit" der Kliniken. Eine Minderung der Leistungsfähigkeit der Kliniken ist nicht beabsichtigt.
4. Bei Beurteilungsgrundlagen für Untersuchungen im Personalbereich sind die konkreten Verhältnisse der jeweiligen Klinik zu berücksichtigen.
5. Bei den Überprüfungen sind geltende Arbeitsschutz- und Tarifvorschriften zu beachten. Bestehender Stellen- und Personalmangel ist zu ermitteln und darzustellen.
6. Zwischen- und Abschlußberichte werden Kliniken und Personalräten rechtzeitig vorgelegt.
7. Die Untersuchung der Privatisierung gehört *nicht* zum Untersuchungsauftrag.
8. Der Senator für Gesundheit und Umweltschutz hält an seiner Politik der Qualifizierung und Förderung des Krankenpflegepersonals fest.
9. Eine Anrechnung der Auszubildenden in den Krankenpflegeberufen kommt auch weiterhin nicht in Betracht.
10. Zusätzliche Freistellungen von Personalräten zur Begleitung der Wirtschaftlichkeitsprüfung sind möglich."

Trotz dieser teilweise recht positiv klingenden Punkte in der Dienstvereinbarung zwischen Gesamtpersonalrat und Senator für Gesundheit und Umweltschutz ist die überoße Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen von der zustimmenden Haltung des Gesamt-

ken. Eine Minderung der Leistungsfähigkeit der Kliniken ist nicht beabsichtigt.
4. Bei Beurteilungsgrundlagen für Untersuchungen im Personalbereich sind die konkreten Verhältnisse der jeweiligen Klinik zu berücksichtigen.
5. Bei den Überprüfungen sind geltende Arbeitsschutz- und Tarifvorschriften zu beachten. Bestehender Stellen- und Personalmangel ist zu ermitteln und darzustellen.
6. Zwischen- und Abschlußberichte werden Kliniken und Personalräten rechtzeitig vorgelegt.
7. Die Untersuchung der Privatisierung gehört nicht zum Untersuchungsauftrag.
8. Der Senator für Gesundheit und Umweltschutz hält an seiner Politik der Qualifizierung und Förderung des Krankenpflegepersonals fest.
9. Eine Anrechnung der Auszubildenden in den Krankenpflegeberufen kommt auch weiterhin nicht in Betracht.
10. Zusätzliche Freistellungen von Personalräten zur Begleitung der Wirtschaftlichkeitsprüfung sind möglich."
Trotz dieser teilweise recht positiv klingenden Punkte in der Dienstvereinbarung zwischen Gesamtpersonalrat und Senator für Gesundheit und Umweltschutz ist die überoße Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen von der zustimmenden Haltung des Gesamt-

personalrats enttäuscht und, was den Ausgang der Überprüfung angeht, sehr skeptisch.

Allein die Tatsache, daß eine *Wirtschaftlichkeitsüberprüfungs*gesellschaft beauftragt worden ist, zeigt die Zielrichtung der anstehenden Untersuchung an. Die Prüfung selber wird über 1,5 Millionen DM kosten. Die erhofften Einsparungen müssen weit darüber liegen.

Im Krankenhaus gibt es besondere Dienstleistungen. Die „Besonderheit" besteht schlicht und einfach darin, daß in einem Krankenhaus nicht Sachen, sondern hilfebedürftige Menschen zu versorgen sind, die einen Anspruch auf *optimale* gesundheitliche Versorgung haben.

Oberstes Gebot ist eine bestmögliche Versorgung der Patienten, die Vorrang vor allen Versuchen haben muß, Leistungen unter sogenannten Wirtschaftlichkeitskriterien oder unter dem Vorwand der Kostenersparnis einzuschränken. Das Angebot muß sich nach dem jeweils neuesten Stand der medizinischen Erkenntnis richten. Dazu gehört auch die psychosoziale Betreuung der Patienten.

Das sind Anforderungen an ein Krankenhaus, die bei der anstehenden Untersuchung keine große Rolle spielen werden, wenn sie nicht von den Beschäftigten, Vertrauensleuten der Gewerkschaft ÖTV und den Personalräten immer wieder in den Vordergrund gestellt werden.

In dem Vertrag übernimmt die Wirtschaftlichkeitsüberprüfungsgesellschaft die Aufgabe, eine „gutachterliche Prüfung zur Untersuchung und Beurteilung der sparsamen Wirtschaftsführung unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit bei Erhaltung oder auch Steigerung der Leistungsfähigkeit" durchzuführen und „konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit bei Erhaltung oder Steigerung der Leistungsfähigkeit" anzugeben. Geprüft werden soll das „gesamte Betriebsgeschehen". Grundlage der Prüfung werden Erfahrungswerte, analytische Verfahren und interne und externe Betriebsvergleiche sein. Die gleiche Wirtschaftlichkeitsüberprüfung hat in Heidelberg auch schon Fragebögen verwendet.

Aus den Erfahrungen von Prüfungen in anderen Bundesländern kann man ableiten, daß sowohl die Sachkosten (Lebensmitteleinsatz in der Küche, Materialeinsatz in der Werkstatt, medizinischer Bedarf, Arzneimittel, Energie usw.), der Einsatz der medizinisch-technischen Apparatur als auch Umfang und Art der Diagnostik, Versorgung und Therapie geprüft werden.

Da 71,4% der Betriebskosten in Krankenhäusern Personalkosten sind, wird hier zweifellos der Schwerpunkt der Sparempfehlungen liegen. Aus der Sicht der Prüfer und ihres Auftrages ist das „verständlich". Mit jeder Planstellenstreichung können einige Tausend DM eingespart werden.

Davon werden alle Bereiche betroffen sein: Ganz gleich ob Pflegedienst, ärztlicher Dienst, soziale Dienste, Verwaltung, Küche, Werkstatt usw. Überall wird versucht werden, Personal einzusparen.

Hier einige Erfahrungsberichte: Empfehlungen der Ernst & Whinney GmbH, Wirtschaftsüberprüfungsgesellschaft, nach einer Prüfung der Heidelberger Universitätsklinik: Zusammenlegung von Stationen auf einer Etage (2 Flure), damit man eine Stationsgröße von 40 Betten erhält und somit Personal einsparen kann. Vor allen Dingen könne so eine größere Mobilität der Nachtwachen erreicht und die Essensausgabe rationalisiert werden; weiter wurde die Einführung von Stechuhren favorisiert.

Im Abschlußbericht wurde ferner empfohlen:
1. Vergabe von Reinigungsdiensten – ausgenommen lediglich der OP-Reinigungsdienst,
2. Bezug der Mahlzeiten von Privatfirmen,
3. Privatisierung des Wach- und Schließdienstes,
4. Aufgabe der klinikeigenen Gärtnerei,
5. Privatisierung des Fuhrparks.

So weit die Empfehlungen – soweit sie uns bekannt sind – der Prüfungsgesellschaft Ernst & Whinney in Heidelberg. Alle Empfehlungen laufen auf eine Verschlechterung der Patientenversorgung und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für uns Kollegen hinaus.

In Berlin gab es eine ähnliche Lage wie hier bei uns in Bremen. Auch dort waren die Pflegesätze einseitig vom Senator festgelegt worden. Die Krankenkassen haben dagegen geklagt. In der Urteilsbegründung hat das Verwaltungsgericht fast alle Empfehlungen der Wirtschaftlichkeitsüberprüfungsgesellschaft – in jenem Fall die Treuarbeit AG – übernommen und den Krankenkassen Recht gegeben. Das heißt, der Senator ist nun in der Pflicht, die entsprechenden Einsparungen vorzunehmen.

Die Prüfungsgesellschaft empfahl die Einsparung von 4,5 Millionen DM an einem einzigen Krankenhaus, und zwar unter anderem durch folgende Maßnahmen:
1. „Schlechte" Arbeitskräfte sollen durch „bessere" ersetzt werden. Damit soll das Problem der „Dauerkranken" gelöst werden.
2. Das Dienstrecht soll schärfer angewandt werden.
3. Personelle Einsparungen im ärztlichen Bereich, im medizinisch-technischen Bereich, beim Transport- und Hausarbeitsdienst, Werkstättendienst, in der Gärtnerei, der Lager- und Magazinverwaltung und in der allgemeinen Verwaltung. In der Wäscherei sollte die individuelle Leistung pro Stunde auf 18,98 kg erhöht werden, was selbst nach Ansicht des Gerichts nicht zumutbar ist, weil dieser Wert über dem Bundesdurchschnitt liegt.
4. Fremdvergabe (Privatisierung) von Reinigungsdiensten.

Bei einer anderen Wirtschaftlichkeitsüberprüfung an 50 Krankenhäusern in Hessen kam die Treuarbeit AG zu dem Ergebnis, daß 1245 Stellen überbesetzt seien.

An diesen Beispielen sieht man: Alle Beschäftigten – egal in welchen Funktionen und welchen Bereichen – werden in die Wirtschaftlichkeitsüberprüfung einbezogen.

Die Gewerkschaft ÖTV hat zu der Wirtschaftlichkeitsüberprüfung, die zur Zeit bereits am Zentralkrankenhaus Links der Weser läuft, eine Broschüre in einer hohen Auflage herausgegeben, in der unter anderem auch Hinweise auf die rechtliche Situation der Beschäftigten und praktische Verhaltenshinweise gegeben werden. Gleichzeitig werden die Kontaktpersonen benannt. Personalräte und Vertrauensleute werden von den Kolleginnen und Kollegen herangezogen.

Außerdem hat die Gewerkschaft aber noch einmal grundsätzlich betont: „Die Gewerkschaft ÖTV lehnt Wirtschaftlichkeitsüberprüfungen durch staatliche oder „unabhängige" Wirtschaftprüfer an Krankenhäusern generell ab, da die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, daß diese Prüfungen nicht dazu dienen, den tatsächlichen Bedarf festzustellen, sondern insbesondere Stellen einzusparen oder eine vorhandene schlechte Personalsituation zu zementieren. Es wird dabei weder vom Interesse der Bevölkerung an einer optimalen Gesundheitsversorgung noch vom Interesse der im Krankenhaus Beschäftigten an besseren Arbeitsbedingungen, sondern ausschließlich vom Grundsatz der Kostendämpfung ausgegangen." *b., Bremen*

higkeit" durchzuführen und „konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit bei Erhaltung oder Steigerung der Leistungsfähigkeit" anzugeben. Geprüft werden soll das „gesamte Betriebsgeschehen". Grundlage der Prüfung werden Erfahrungswerte, analytische Verfahren und interne und externe Betriebsvergleiche sein. Die gleiche Wirtschaftlichkeitsüberprüfung hat in Heidelberg auch schon Fragebögen verwendet.
Aus den Erfahrungen von Prüfungen in anderen Bundesländern kann man ableiten, daß sowohl die Sachko-
delberger Universitätsklinik: Zusammenlegung von Stationen auf einer Etage (2 Flure), damit man eine Stationsgröße von 40 Betten erhält und somit Personal einsparen kann. Vor allen Dingen könne so eine größere Mobilität der Nachtwachen erreicht und die Essensausgabe rationalisiert werden; weiter wurde die Einführung von Stechuhren favorisiert.
Im Abschlußbericht wurde ferner empfohlen:
1. Vergabe von Reinigungsdiensten – ausgenommen lediglich der OP-Reinigungsdienst,
Beschäftigten – egal in welchen Funktionen und welchen Bereichen – werden in die Wirtschaftlichkeitsüberprüfung einbezogen.
Die Gewerkschaft ÖTV hat zu der Wirtschaftlichkeitsüberprüfung, die zur Zeit bereits am Zentralkrankenhaus Links der Weser läuft, eine Broschüre in einer hohen Auflage herausgegeben, in der unter anderem auch Hinweise auf die rechtliche Situation der Beschäftigten und praktische Verhaltenshinweise gegeben werden. Gleichzeitig werden die Kontaktpersonen benannt. Personalräte und Ver-

„Diese Maßnahme dient den Menschen"

Aufbau von Sozialstationen in Westberlin

mae. Westberlin. Nach Auffassung der CDU sei die Westberliner „Krankenhauspolitik zu lange von einem Inseldenken geprägt" gewesen, das Angebot und die Ausnutzung von Krankenhausbetten zu hoch. Jetzt sollen über 1000 Akutbetten in städtischen Krankenhäusern (und in der Folge 1300 Stellen) gestrichen werden. Als „flankierende Maßnahme" sollen noch in diesem Jahr 25 Sozialstationen eingerichtet werden.

Das sogenannte „Inseldenken" drückt sich aus in einer relativ hohen Bettenzahl (9,2/1000 Einwohner) gegenüber dem vergleichbaren Bundesdurchschnitt. Aber: in Westberlin sind mehr als die Hälfte Einpersonenhaushalte, 25% der Einwohner sind über 65 Jahre alt, der Krankenstand aufgrund der schlechten Lebensbedingungen überdurchschnittlich hoch.

Unter die zu streichenden Betten fällt z.B. ein ganzes Krankenhaus im City-Bereich, das Anlaufstelle für Unfälle war, eine gesamte Kinderstation, eine vollständige Innere Station, die bekannt für ihre gute Rehabilitation war. Dagegen setzt der Senat jetzt 25 sogenannte Sozialstationen. Diese sollen „die krankenpflegerische Betreuung von *Akutkranken* (Hervorhebung von mir) sowie die pflegerische Betreuung von Chronischkranken in der gewohnten häuslichen Umgebung" sicherstellen. Angemerkt wird: „Diese Maßnahme dient dem Mensch" (Drucksache des Abgeordnetenhauses).

Träger werden die Wohlfahrtsverbände und Kirchen sein. Diese haben auch bisher die häusliche Versorgung versucht abzudecken – völlig unzureichend. Über eine minimale finanzielle Unterstützung (Personalkostenzuschuß für drei Schwestern und zwei Helferinnen, 5600 DM für Einrichtung und laufende Kosten – pro Sozialstation) soll es jetzt gelingen, die häusliche Versorgung zu sichern, andere soziale Dienste einzubinden. Das Kalkül des Senats ist es, diese „freien" Träger aufgrund ihrer angespannten Haushaltslage, unter Ausnutzung der Konkurrenz zwischen ihnen, so anzustacheln, daß sie ein Feigenblatt für die drastische Einschränkung der Gesundheitsversorgung abgeben.

Die ambulante Versorgung ist abhängig von den niedergelasssenen Ärzten, unabhängig von der medizinischen Versorgung der Krankenhäuser. Gegen diese Grundsätze wendet sich die ÖTV, fordert Einbindung der ambulanten Versorgung in die Kliniken. Sie fordert geringere Einzugsgebiete (in Westberlin wird es 1 Sozialstation pro 60000/70000 Einwohner geben gegenüber 20000/40000 im Bundesgebiet). Eine gemeindenahe Versorgung wird aber von vornherein verunmöglicht. Diese liegt auch nicht im Interesse des Senats. So will er die bereits bestehende Initiative „Heerstraße Nord" zwingen, ihren bisherigen Arbeitsstil als Sozialstation aufzugeben. Er verlangt die Verdreifachung des Einzugsgebietes (bisher radeln die Schwestern in 10 Minuten überall hin, danach dauert es bis zu einer Stunde), sonst gibt es keine Zuschüsse. Personal für andere soziale Dienste wie Familienberatung, Altenpflege, etc. wird eh nicht bezuschußt. Zwei Pflegemitteldepots enthalten – für ganz Westberlin – acht Lifter, 8 Krankenpflegebetten, 4 Rollstühle, 2 Paar Vierfußgehstöcke, etc.). Die Abrechnung der Krankenpflege erfolgt über einen Gebührenkatalog, ähnlich der GO der Ärzte. Gespräche, Beratung von Angehörigen, Gesundheitsberatung ist darin nicht vorgesehen.

„Diese Maßnahme dient den Menschen"
Aufbau von Sozialstationen in Westberlin
mae. Westberlin. Nach Auffassung der CDU sei die Westberliner „Krankenhauspolitik zu lange von einem Inseldenken geprägt" gewesen, das Angebot und die Ausnutzung von Krankenhausbetten zu hoch. Jetzt sollen über 1000 Akutbetten in städtischen Krankenhäusern (und in der Folge 1300 Stellen) gestrichen werden. Als „flankierende Maßnahme" sollen noch in diesem Jahr 25 Sozialstationen eingerichtet werden.
Das sogenannte „Inseldenken"
nen. Diese sollen „die krankenpflegerische Betreuung von Akutkranken (Hervorhebung von mir) sowie die pflegerische Betreuung von Chronischkranken in der gewohnten häuslichen Umgebung" sicherstellen. Angemerkt wird: „Diese Maßnahme dient dem Mensch" (Drucksache des Abgeordnetenhauses).
Träger werden die Wohlfahrtsverbände und Kirchen sein. Diese haben auch bisher die häusliche Versorgung versucht abzudecken – völlig unzureichend. Über eine minimale finanzielle Unterstützung (Personal-
häuser. Gegen diese Grundsätze wendet sich die ÖTV, fordert Einbindung der ambulanten Versorgung in die Kliniken. Sie fordert geringere Einzugsgebiete (in Westberlin wird es 1 Sozialstation pro 60000/70000 Einwohner geben gegenüber 20000/40000 im Bundesgebiet). Eine gemeindenahe Versorgung wird aber von vornherein verunmöglicht. Diese liegt auch nicht im Interesse des Senats. So will er die bereits bestehende Initiative „Heerstraße Nord" zwingen, ihren bisherigen Arbeitsstil als Sozialstation aufzugeben. Er ver-

In der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 24.11.1980 heißt es: „Wir wollen prüfen, ob die Situation der Frauen durch ein Antidiskriminierungsgesetz verbessert werden kann.“ Diese Ankündigung war unter anderem deshalb nötig geworden, weil die BRD innerhalb der EG betreffend der bisher geschaffenen Rechtslage zur Beseitigung der Ungleichbehandlung von Frauen

Die Gleichberechtigung der Frauen steht in Westdeutschland nur auf dem Papier

Es gibt weder eine Gleichberechtigung noch eine Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Gesellschaft, Familie und Beruf.

wal. Frankfurt. In der Bundesrepublik sind 52,4% der Bevölkerung und 54% aller Wahlberechtigten Frauen, fast 40% aller Erwerbstätigen sind Frauen. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist in der Verfassung als Grundrecht gewährleistet, Artikel 3,2 GG lautet: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Trotzdem werden Frauen immer noch in vielen Bereichen diskriminiert und sind sowohl im Arbeits- als auch im Privatleben vielen Benachteiligungen ausgesetzt.

Sogar die Bundesfamilienministerin Antje Huber mußte bei dem Hearing zum Anti-Diskriminierungsgesetz im Januar diesen Jahres feststellen: „Der Gleichberechtigung von Mann und Frau stehen in vielen Punkten noch jahrhundertealte Vorurteile, tradierte Verhaltensmuster entgegen.“ Und „daß die verfassungsrechtlich gebotene Gleichberechtigung in der Lebenswirklichkeit bei weitem noch nicht erreicht worden ist“.

Allerdings gibt es weder eine Gleichberechtigung noch eine Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Gesellschaft, Familie und Beruf. Was meiner Einschätzung nach nicht so sehr an „Vorurteilen“ oder „tradiertem Rollenverständnis“ liegt, sondern daran, daß die gesellschaftlichen Bedingungen diese Vorstellung und Rollenzuweisungen immer wieder reproduzieren und verfestigen.

Unter kapitalistischen Bedingungen ist es günstig, eine Reservearmee zu haben, die je nach Bedarf zu Lohnarbeiterinnen wird oder in Zeiten wirtschaftlicher Krisen genau mit der Berufung auf diese tradierten Rollen wieder an ‚Heim und Herd‘ geschickt werden kann. Die ungleiche Bezahlung oder die Frauenindustriezweige, wo ja noch nicht einmal Ungleichheit herrscht, da dort nur Frauen für einen Hungerlohn arbeiten müssen, vergrößern die Profitmasse der Kapitalisten. Auch Hausfrauen können durch mehr Arbeit in der Krise deren Folgen erst einmal nicht so scharf erscheinen lassen, da sie durch ihre Arbeit das Reproduktions-

„Der Gleichberechtigung von Mann und Frau stehen in vielen Punkten noch jahrhundertealte Vorurteile, tradierte Verhaltensmuster entgegen.“ Und „daß die verfassungsrechtlich gebotene Gleichberechtigung in der Lebenswirklichkeit bei weitem noch nicht erreicht worden ist“.

Allerdings gibt es weder eine Gleichberechtigung noch eine Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Gesellschaft, Familie und Beruf. Was meiner Einschätzung nach nicht so sehr an „Vorurteilen“ oder „tradiertem Rollenverständnis“ liegt, sondern daran, daß die gesellschaftlichen Bedingungen diese Vorstellung und Rollenzuweisungen immer wieder reproduzieren und verfestigen.

Unter kapitalistischen Bedingungen ist es günstig, eine Reservearmee zu haben, die je nach Bedarf zu Lohnarbeiterinnen wird oder in Zeiten wirtschaftlicher Krisen genau mit der Berufung auf diese tradierten Rollen wieder an ‚Heim und Herd‘ geschickt werden kann. Die ungleiche Bezahlung oder die Frauenindustriezweige, wo ja noch nicht einmal Ungleichheit herrscht, da dort nur Frauen für einen Hungerlohn arbeiten müssen, vergrößern die Profitmasse der Kapitalisten. Auch Hausfrauen können durch mehr Arbeit in der Krise deren Folgen erst einmal nicht so scharf erscheinen lassen, da sie durch ihre Arbeit das Reproduktions-

niveau der Familie etwa halten können, trotz eines geringeren Einkommens. Daran sieht man, was für eine wichtige Funktion die verborgene Arbeit der Frauen für den Kapitalismus hat.

Insofern ist es noch eine wichtige Aufgabe der Frauen- und Arbeiterbewegung, die Gleichstellung von Mann und Frau durchzusetzen. Ich halte es allerdings für eine Illusion, daß dies voll und ganz unter kapitalistischen Produktionbedingungen möglich ist. Aber auch wenn die völlige Gleichstellung von Frau und Mann nur im Sozialismus erreicht werden kann, geht es hier und jetzt darum, gegen diese Ungleichheit zu kämpfen.

In anderen Ländern besteht ein Anti-Diskriminierungsgesetz bzw. wird die Anti-Diskriminierung durch konkrete Maßnahmen angegangen, wie z.B. in Norwegen, Schweden, den USA, England, Italien u.a. In Schweden z.B. ist die Annäherung von weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen am weitesten fortgeschritten, 1977 betrug das Frauendurchschnittseinkommen 88,7% der Mänereinkommen. Die noch bestehenden Unterschiede resultieren vor allem aus der schlechteren Qualifikation der Frauen. Dies wurde erreicht, indem das ‚Komitee für Gleichberechtigung‘ Projekte entwickelte, um Frauen für typisch männliche Industrieberufe zu gewinnen. Dabei wurden Firmen verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz von Frauen zu beschäftigen und erhielten dafür Gleichstellungszuschüsse vom Staat.

In Westdeutschland hat sich die Spanne zwischen Frauen- und Männerverdiensten in den letzten 30 Jahren kaum verringert, in den letzten 2 Jahren ist sogar wieder ein stärkeres Auseinanderklaffen der Einkommensschere festzustellen. Der durchschnittliche Bruttolohnabstand beträgt bis zu 35%.

Noch eine Maßnahme aus den USA, die auch hier für die Diskussion eines Anti-Diskriminierungsgesetzes wichtig ist. Eine wesentliche Grundlage des Gesetzes in den USA besteht darin, daß alle Firmen und öffentlichen Institutionen, die vom Staat Geld erhalten in Form von Regierungsaufträgen oder Zuschüssen, schriftliche Aktionspläne für die Gleichstellung von Männern und Frauen auf allen Ebenen und in allen Beschäftigungskategorien aufstellen müssen.

Wir werden an anderer Stelle noch mal ausführlicher auf die konkreten Maßnahmen in den anderen Ländern eingehen, weil man aus diesen Erfahrungen vieles lernen kann.

Die Maßnahmen und Gesetze in den anderen Ländern haben gezeigt, daß dadurch konkrete Fortschritte für die Gleichstellung von Frau und Mann erzielt werden. Dies ist in Westdeutschland bitter nötig, z.B. hat die EG-Kommission beschlossen, die hier schon laufenden Projekte „Mädchen in gewerblich-technische Berufe“ trotz der Sparmaßnahmen weiter zu fördern, weil die BRD an der untersten Stufen in diesem Bereich steht. Aber nicht nur in diesem Bereich, auch sonst bildet die BRD fast das Schlußlicht auf dem Gebiet der Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz.

EG-Anpassungsgesetz

Im August 1980 trat nach mehreren Mahnschreiben aus Brüssel endlich das „Gesetz über die Gleichbehandlung

für die Gleichstellung von Männern und Frauen auf allen Ebenen und in allen Beschäftigungskategorien aufstellen müssen.

Wir werden an anderer Stelle noch mal ausführlicher auf die konkreten Maßnahmen in den anderen Ländern eingehen, weil man aus diesen Erfahrungen vieles lernen kann.

Die Maßnahmen und Gesetze in den anderen Ländern haben gezeigt, daß dadurch konkrete Fortschritte für die Gleichstellung von Frau und Mann erzielt werden. Dies ist in Westdeutschland bitter nötig, z.B. hat die EG-Kommission beschlossen, die hier schon laufenden Projekte „Mädchen in gewerblich-technische Berufe“ trotz der Sparmaßnahmen weiter zu fördern, weil die BRD an der untersten Stufen in diesem Bereich steht. Aber nicht nur in diesem Bereich, auch sonst bildet die BRD fast das Schlußlicht auf dem Gebiet der Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz.

EG-Anpassungsgesetz

Im August 1980 trat nach mehreren Mahnschreiben aus Brüssel endlich das „Gesetz über die Gleichbehandlung

von Männern und Frauen am Arbeitsplatz“ (Arbeitsrechtliches EG-Anpassungsgesetz) in Kraft. §611a (1) BGB besagt: „Der Arbeitgeber darf einen Arbeitnehmer bei einer Vereinbarung oder einer Maßnahme, insbesondere bei der Begründung des Arbeitsverhältnisses, beim beruflichen Aufstieg, bei einer Weisung und Kündigung, nicht wegen seines Geschlechts benachteiligen.“ Weiter wird geregelt, daß die Arbeitgeber nicht einen Arbeitsplatz nur für Männer oder nur für Frauen ausschreiben *sollen*. §612, Abs. 3 verbietet dem Arbeitgeber, mit einem Arbeitnehmer „aus Gründen seines Geschlechts, für gleiche oder gleichwertige Arbeit eine geringere Vergütung als Angehörigen des anderen Geschlechts



Immer noch selten: Eine Frau als Kranführerin. Noch seltener – sie ist Betriebsrätin in einem Rheinischen Braunkohlewerk. Sie hätte auch gern eine zweite Frau im Betriebsrat. „Dann ließe sich manches besser regeln.“ Ihr eigener Mann: „Ich unterstütze Gertrud wo ich kann. Ich bin selbst politisch engagiert und kann auch manchen Ratschlag geben. Aber eine zweite Frau im Betriebsrat, das machen unsere Kollegen nicht mit. Eine Frau im Betriebsrat – das muß sein. Aber mehr nicht ...“

Bild und Zitate aus „Frauen im Betriebsrat“ (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW)

zu vereinbaren“. Diese „soll“- und „darf“-Vorschriften haben jedoch bei Verstößen keine Rechtsfolgen, über den arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz hinaus sieht das EG-Anpassungsgesetz keine wirksamen Sanktionsmöglichkeiten vor. Die Europäische Kommission wirft der Bundesregierung vor, die europäische Gleichstellungsrichtlinie in ihrem Anpassungsgesetz nicht vollständig erfüllt zu haben, weshalb sie ein Klageverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof eingeleitet hat.

Der DGB rief bei Herausgabe des Gesetzes alle Gewerkschafter/innen und Betriebs- und Personalräte auf, diskriminierende Tatbestände in Betrieben und Verwaltungen mit Bezug auf das EG-Anpassungsgesetz aufzugreifen und ihre Beseitigung zu verlangen.

Eine weitere Maßnahme war die Errichtung von Gleichstellungsstellen, die

Betriebsrat, das machen unsere Kollegen nicht mit. Eine Frau im Betriebsrat – das muß sein. Aber mehr nicht ...“

Bild und Zitate aus „Frauen im Betriebsrat“ (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW)

zu vereinbaren“. Diese „soll“- und „darf“-Vorschriften haben jedoch bei Verstößen keine Rechtsfolgen, über den arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz hinaus sieht das EG-Anpassungsgesetz keine wirksamen Sanktionsmöglichkeiten vor. Die Europäische Kommission wirft der Bundesregierung vor, die europäische Gleichstellungsrichtlinie in ihrem Anpassungsgesetz nicht vollständig erfüllt zu haben, weshalb sie ein Klageverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof eingeleitet hat.

Der DGB rief bei Herausgabe des Gesetzes alle Gewerkschafter/innen und Betriebs- und Personalräte auf, diskriminierende Tatbestände in Betrieben und Verwaltungen mit Bezug auf das EG-Anpassungsgesetz aufzugreifen und ihre Beseitigung zu verlangen.

Eine weitere Maßnahme war die Errichtung von Gleichstellungsstellen, die

parallel zu den Beratungen um das EG-Anpassungsgesetz verlief. 1979 wurden in Hamburg, W-Berlin und Hessen solche Gleichstellungsstellen eingerichtet.

Gleichstellungsstellen

Die Ergebnisse ihrer Arbeit werden im Moment ausgewertet und demnächst wohl veröffentlicht.

Am 1.7.79 nahm der „Arbeitsstab Frauen“ der Bundesregierung im Bundesministerium Jugend, Familie und Gesundheit unter der Leitung von Marlies Kutsch seine Arbeit auf. M. Kutsch nennt als Schwerpunkt ihrer Arbeit die Verbesserung der Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und im Beruf. Der Arbeitsstab untersucht die einschlägigen Vorhaben der Bundesregierung auf ihre Bedeutung für Frauen hin. Er bemüht sich, Vorstellungen davon zu entwickeln, wie die Interessen der Frauen hierzulande besser wahrgenommen und von der Bundesregierung gefördert werden können. Er plant, durch breite Öffentlichkeitsarbeit die Frauen über ihre Rechte zu informieren und ihnen Mut zu machen, diese auch zu beanspruchen.

Die CDU-regierten Bundesländer (außer Niedersachsen) haben bisher noch etwas gezögert mit der Errichtung von Gleichstellungsstellen, doch auch in diesen Ländern tut sich in der letzten Zeit etwas.

Die Diskussion um diese Gleichstellungsstellen geht allerdings weiter, da wegen mangelnder Entscheidungskompetenz die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frauen noch nicht zufriedenstellend geregelt ist.

Sind die Frauen nur am Arbeitsplatz benachteiligt?

von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und im Beruf. Der Arbeitsstab untersucht die einschlägigen Vorhaben der Bundesregierung auf ihre Bedeutung für Frauen hin. Er bemüht sich, Vorstellungen davon zu entwickeln, wie die Interessen der Frauen hierzulande besser wahrgenommen und von der Bundesregierung gefördert werden können. Er plant, durch breite Öffentlichkeitsarbeit die Frauen über ihre Rechte zu informieren und ihnen Mut zu machen, diese auch zu beanspruchen.

Die CDU-regierten Bundesländer (außer Niedersachsen) haben bisher noch etwas gezögert mit der Errichtung von Gleichstellungsstellen, doch auch in diesen Ländern tut sich in der letzten Zeit etwas.

Die Diskussion um diese Gleichstellungsstellen geht allerdings weiter, da wegen mangelnder Entscheidungskompetenz die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frauen noch nicht zufriedenstellend geregelt ist.

Sind die Frauen nur am Arbeitsplatz benachteiligt?

Bei den dürftigen bisherigen Maßnahmen des Staates fällt auf, daß sie ihr Hauptaugenmerk auf die Benachteiligung der Frau im Arbeitsleben richten. Das ist wohl darauf zurückzuführen, daß in diesem Bereich die besten Bedingungen sind, um Verbesserungen durch konkrete Kämpfe durchzusetzen und daß es hier eine einflußreiche Interessensvertretung, nämlich die Gewerkschaften, gibt. Wobei die Beschränkung der Gewerkschaften auf die Arbeits- und Berufswelt in der Frauenfrage allerdings zu kurz greift. Die Stellung der Frau im Beruf ist entscheidend geprägt durch ihre gesellschaftliche Rolle. Schlechte Ausbildung, Versorgung von Haushalt und Kindern sind die ersten Voraussetzungen für die Stellung der Frau im Arbeitsprozeß. Insofern ist es unabdingbar, daß sich die Gewerkschaften gegen die Benachteiligung der Frau in allen gesellschaftlichen Bereichen aussprechen. Im DGB-Grundsatzprogramm wird zwar formuliert: „Der DGB kämpft in gewerkschaftlicher Tradition um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frauen.“ Aber in der praktischen Politik findet das wenig Niederschlag. Bei dem Hearing zum Anti-Diskriminierungsgesetz nahm der DGB nur zu Fragen aus dem Berufsbereich Stellung und beschränkte sich darauf, zu fordern „mehr guten Willen bei den Arbeitgebern, Hemmnisse abzubauen, wenn berufliche und familiäre Aufgaben bewältigt werden müssen“.

Die oben genannten Bedingungen in Westdeutschland machen deutlich, wie notwendig ein Anti-Diskriminierungsgesetz ist, das sich nicht auf die Frage der Erwerbstätigkeit beschränkt, sondern Diskriminierungsformen im Be-

Anti-Diskriminierungsgesetz

reich Familie, Haushalt, Rente, Versicherungen, Schule und allen gesellschaftlichen Bereichen behandelt.

Bei der Anhörung zu dem Gesetz, die im Januar im Bundestag stattfand, wurde den Parteien, Gewerkschaften, Bundesanstalt für Arbeit, Frauenverbänden, autonomen Frauengruppen und Juristen ein Fragenkatalog vorgelegt, der in folgende Komplexe unterteilt war: 1. Generalklausel, 2. Arbeitsleben, 3. Öffentlicher Dienst, 4. Geschäftsverkehr, Wohnungsvergabe, 5. Werbung, 6. Wahlrecht, 7. Überwachung und Durchsetzung des Gleichberechtigungsgebots. Er zielte auf die Fragen des „ob“ eines Anti-Diskriminierungsgesetzes und auf die Klärung der möglichen Ausgestaltung eines solchen Gesetzes, wie es in der Vorbemerkung formuliert wird.

Die Gegner eines solchen Gesetzes

notwendig ein Anti-Diskriminierungsgesetz ist, das sich nicht auf die Frage der Erwerbstätigkeit beschränkt, sondern Diskriminierungsformen im Be-

Anti-Diskriminierungsgesetz

reich Familie, Haushalt, Rente, Versicherungen, Schule und allen gesellschaftlichen Bereichen behandelt.

Bei der Anhörung zu dem Gesetz, die im Januar im Bundestag stattfand, wurde den Parteien, Gewerkschaften, Bundesanstalt für Arbeit, Frauenverbänden, autonomen Frauengruppen und Juristen ein Fragenkatalog vorgelegt, der in folgende Komplexe unterteilt war: 1. Generalklausel, 2. Arbeitsleben, 3. Öffentlicher Dienst, 4. Geschäftsverkehr, Wohnungsvergabe, 5. Werbung, 6. Wahlrecht, 7. Überwachung und Durchsetzung des Gleichberechtigungsgebots. Er zielte auf die Fragen des „ob“ eines Anti-Diskriminierungsgesetzes und auf die Klärung der möglichen Ausgestaltung eines solchen Gesetzes, wie es in der Vorbemerkung formuliert wird.

Die Gegner eines solchen Gesetzes

vertraten entweder die Position, daß die gegebenen gesetzlichen Regelungen wie Betriebsverfassungsgesetz, Arbeitsgesetzgebung, EG-Anpassungsgesetz etc. verbessert werden müssen, „da Diskriminierungen dort bekämpft werden müssen, wo sie entstehen,“ wie der DGB es formulierte oder, daß „die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung von Mann und Frau ausreiche und lediglich konsequent gehandhabt zu werden braucht“, wie der Verein Katholischer Deutscher Lehrerinnen es einschätzte.

Gerade in der jetzigen wirtschaftlichen Krisensituation haben die Frauen schlechtere Chancen als die Männer; unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit verfestigt sich die diskriminierte gesellschaftliche Stellung der Frau noch. All das spricht dafür, daß eine „aktive staatliche Förderungspolitik“ notwendig ist, die den Frauen bestimmte Vorteile einräumt, um damit die Benachteiligung anzugehen. Solche Maßnahmen könnten z.B. so aussehen, daß Quoten festgelegt werden, die bei gleicher Qualifikation Frauen bei der Einstellung bevorzugen, solange sie im entsprechenden Bereich unterrepräsentiert sind. Neben den Quoten ist jedoch langfristig die Hebung des Qualifikationsniveaus der Frauen eine wesentliche Voraussetzung für ihre Gleichstellung. Die Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“ fordert z.B. eine Quotierung bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen.

Auf die Stellungnahme im einzelnen und die unterschiedlichen Standpunkte soll im folgenden eingegangen werden.

Erwerbstätige Frauen im April 1978 gegliedert nach Berufsgruppen

Lfd. Nr.	Berufsgruppen	Verteilung auf die Berufsgruppen (Prozent)	Frauenanteil je Berufsgrupe (Prozent)
1	Bürofach-, Bürohilfskräfte	22,9	62,6
2	Warenkaufleute	12,4	60,1
3	Gesundheitsdienstberufe	7,1	75,3
4	Reinigungsberufe	5,9	84,3
5	Landwirtschaftliche Arbeitskräfte, Tierpfleger	5,5	78,7
6	Hilfsarbeiter	3,8	37,2
7	Lehrer	3,5	48,5
8	Textilarbeiter	3,4	90,6
9	Rechnungskaufleute, Datenverarbeitungsfachleute	3,0	61,2
10	Sozialpflegerische Berufe	2,3	82,7
11	Versandprüfer, Versandfertigmacher	2,3	57,6
12	Gästebetreuer	2,2	60,3
	Zwischensumme	74,3	63,4
	Sonstige Berufsgruppen	25,7	17,0
	Frauen insgesamt	100,0	37,3

Erwerbstätige Frauen im April 1978 gegliedert nach Berufsgruppen
Verteilung auf Frauenanteil

ausgesprochen schlecht dasteht. Bisher gibt es zu einem solchen Antidiskriminierungsgesetz weder einen Vorschlag der Parteien noch der Regierung. Das einzige, was stattgefunden hat, war ein Hearing in Bonn am 20./21. Januar, zu dem Parteien, Gewerkschaften, Verfassungsrechtler, Arbeitsrechtler und die Zeitschriften Emma und Courage geladen waren. Von den Bundestagsparteien hat sich bislang nur die FDP für ein solches Gesetz stark gemacht. Das ist um so erstaunlicher, wenn man weiß, daß sie gerade beim EG-Anpassungsgesetz vehement dafür gesorgt hat, daß eine Verbesserung der rechtlichen Stellung der Frau im Arbeitsleben nicht zustandekam. Dabei käme es auf die Festschreibung von Vorrechten an.

Es gäbe einiges zu regeln im Antidiskriminierungsgesetz

Stellungnahmen zur Notwendigkeit eines solchen Gesetzes von DGB und Frauenbewegung



Nicht nur Ungleichheit beim Lohn gibt es – tatsächlich gibt es auch eine Diskriminierung der Frauen bezüglich der Arbeitsplätze selber.

Im Hearing zum Antidiskriminierungsgesetz ging es nicht nur um das „ob" eines solchen Gesetzes, sondern auch um das „wie", d.h. welche gesetzlichen Maßnahmen von den zum Hearing Geladenen angestrebt und vorgeschlagen werden.

Doch zu Beginn einiges zum „ob" und zur grundsätzlichen Haltung zu einem solchen Gesetz. Von erfrischender Klarheit hier die CDU: „Im übrigen ist die Frauenvereinigung der CDU der Auffassung, daß die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau auf Dauer eine Frage der langfristig zu verändernden Bewußtseinsbildung in der Gesellschaft ist. Diese ist durch ein Gesetz nicht zu erzwingen, so daß ein globales Antidiskriminierungsgesetz hier nicht zum erhofften Effekt führt." Und die CDU führt den Gedanken weiter dahin, daß jegliche Gesetzesmaßnahme diese freie Bewußtseinsbildung eigentlich nur behindern könne: „Unserer Auffassung nach muß die Tendenz abgebaut werden, Frauen als Randgruppen der Gesellschaft zu betrachten, die eines besonderen Schutzes von Staats wegen bedürfen. Einen Ansatzpunkt sehen wir in der Überprüfung der Arbeitsschutzgesetze dahingehend, ob nicht viele Benachteiligungen von Frauen im Arbeitsleben sich als unvermeidliche Folge der für Frauen bestehenden Schutzvorschriften erklären." (Aus den schriftlichen Stellungnahmen zum Hearing)

Und die FAZ spricht am 20.2. gelassen aus, an was gedacht ist: „Warum soll die emanzipierte Frau nicht selbst entscheiden dürfen, ob sie nachts arbeiten will oder nicht, ob sie bestimmte körperliche Arbeiten verrichten will oder nicht?" Klar, für die Reaktion gibt es an gesetzlichen Regelungen eher schon zuviel, wozu jetzt auch noch weitere gesetzliche Maßnahmen schaffen, die zumindest die Gleichstellung der Frau in dieser Gesellschaft fördern, statt ausgehend von der biologischen Differenz die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zu bejahen und dazu die richtige Einstellung zu finden.

Der DGB lehnt ein Antidiskriminierungsgesetz ebenfalls ab. Den Schwerpunkt seiner Ablehnung legt er darauf, daß der DGB bereits gesetzliche Maßnahmen gefordert habe, die der Gesetzgeber anläßlich des EG-Anpassungsgesetzes nicht berücksichtigt habe. Im übrigen sei zu befürchten, daß das Gesetz in seiner bisher diskutierten Form (Einrichtung einer staatlichen Kommission zur Überwachung der Gesetzeseinhaltung) einen Eingriff in die

fung der Arbeitsschutzgesetze dahingehend, ob nicht viele Benachteiligungen von Frauen im Arbeitsleben sich als unvermeidliche Folge der für Frauen bestehenden Schutzvorschriften erklären." (Aus den schriftlichen Stellungnahmen zum Hearing)

Und die FAZ spricht am 20.2. gelassen aus, an was gedacht ist: „Warum soll die emanzipierte Frau nicht selbst entscheiden dürfen, ob sie nachts arbeiten will oder nicht, ob sie bestimmte körperliche Arbeiten verrichten will oder nicht?" Klar, für die Reaktion gibt es an gesetzlichen Regelungen eher schon zuviel, wozu jetzt auch noch weitere gesetzliche Maßnahmen schaffen, die zumindest die Gleichstellung der Frau in dieser Gesellschaft fördern, statt ausgehend von der biologischen Differenz die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zu bejahen und dazu die richtige Einstellung zu finden.

Der DGB lehnt ein Antidiskriminierungsgesetz ebenfalls ab. Den Schwerpunkt seiner Ablehnung legt er darauf, daß der DGB bereits gesetzliche Maßnahmen gefordert habe, die der Gesetzgeber anläßlich des EG-Anpassungsgesetzes nicht berücksichtigt habe. Im übrigen sei zu befürchten, daß das Gesetz in seiner bisher diskutierten Form (Einrichtung einer staatlichen Kommission zur Überwachung der Gesetzeseinhaltung) einen Eingriff in die
Tarifautonomie darstelle.

Im großen und ganzen halte ich diese Einwände für nicht einleuchtend. Gerade weil das EG-Anpassungsgesetz unbefriedigend ist, sind weitere gesetzliche Maßnahmen nötig (z.B. in der Form der Novellierung dieses Gesetzes), und die Errichtung einer Gleichstellungsbehörde bedeutet nicht automatisch einen Eingriff in die Tarifautonomie. Es stellt sich halt die Frage, was eine solche Behörde tun soll und was nicht. Die Zeitschriften *Emma* und *Courage* hatten erst wenige Wochen vor dem Hearing ihre Stellung zum „ob" eines solchen Gesetzes klärt, und zwar positiv. In beiden Fällen hatte vor der Befürchtung, daß ein solches Gesetz mehr vertuschen (weil Tätigkeiten vorspiegeln) würde als Benachteiligungen zu beseitigen, das Argument die Oberhand behalten, daß die unterdrückte Stellung der Frau es nötig mache, jede gesetzliche Möglichkeit zu nutzen, auch wenn gesetzliche Maßnahmen keineswegs als Allheilmittel angesehen werden.

Insgesamt ist die Diskussion über das „ob" und „wie" eines solchen Gesetzes sowohl in der autonomen Frauenbewegung wie in der Gewerkschaftsbewegung ausgesprochen unterentwickelt, und die Stellungnahmen sind sicherlich nicht repräsentativ, weder für die Leser der Zeitungen noch für die Mitglieder des DGB. Das ist von großem Nachteil, weil die Bundesregierung beabsichtigt, die Sache bis 1984 über die Bühne zu bringen, und es wäre eine verpaßte Chance, wenn dies weitgehend ohne öffentliches Interesse, ohne Debatte und Druck sowohl aus der Gewerkschaftsbewegung wie aus der autonomen Frauenbewegung laufen würde.

In der Darstellung der Stellungnahme im einzelnen beziehe ich mich im wesentlichen auf die von A. Schwarzer (Emma) und Sybille Plogstedt (Courage), weil beide explizit Maßnahmen vorgeschlagen haben. Im arbeitsrechtlichen Bereich gehe ich auch auf den DGB sowie auf die Arbeitsrechtlerin Pfarr ein. Es ist noch vorauszuschicken, daß beim Fragenkatalog auf dem Hearing die Komplexe Schule, Rentenrecht, Familie, Hausarbeit, Gewalt (Vergewaltigung) ausgespart werden sollten, wogegen sich *Emma* und *Courage* ausgesprochen hatten.

Diskriminierung im Arbeitsleben: Bei diesem Fragenkomplex geht es darum, wie das Recht auf Gleichstellung im Berufsleben betreffend Lohn, Einstellung, Beförderung durchgesetz werden kann. Im weitesten Sinne geht es hier jedoch um die Beseitigung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in



Nicht nur Ungleichheit beim Lohn gibt es – tatsächlich gibt es auch eine Diskriminierung der Frauen bezüglich der Arbeitsplätze selber.

schicken, daß beim Fragenkatalog auf dem Hearing die Komplexe Schule, Rentenrecht, Familie, Hausarbeit, Gewalt (Vergewaltigung) ausgespart werden sollten, wogegen sich *Emma* und *Courage* ausgesprochen hatten.

Diskriminierung im Arbeitsleben: Bei diesem Fragenkomplex geht es darum, wie das Recht auf Gleichstellung im Berufsleben betreffend Lohn, Einstellung, Beförderung durchgesetz werden kann. Im weitesten Sinne geht es hier jedoch um die Beseitigung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in
der Produktion (siehe auch Tabelle). DGB, fortschrittliche Arbeitsrechtler und die auf dem Hearing vertretenen Feministinnen sind sich darin einig, daß hier die herrschende Gesetzeslage geändert werden muß: Gegenwärtig liegt bei der Frau die Beweislast vor den Arbeitsgerichten; wenn sie gegen Benachteiligung prozessiert, muß *sie* nachweisen, daß die Benachteiligung aufgrund des Geschlechts zustande kam. Angestrebt wird die Umkehrung der Beweislast, daß also der Kapitalist nachweisen muß, daß er nicht aufgrund des Geschlechts z.B. nicht eingestellt oder schlechteren Lohn bezahlt hat. Weiter geht es darum, *was* auf dem Klageweg erreicht werden kann. Klagt gegenwärtig z.B. eine Frau, daß sie aufgrund ihres Geschlechts nicht eingestellt wurde, so kann sie zwar recht kriegen; das bedeutet aber nicht, daß sie eingestellt wird. Darauf hat sie nämlich keinen Rechtsanspruch, sondern nur auf Schadensersatz. Auch um das Verbot geschlechtsspezifischer Stellenausschreibungen (bisher eine „Soll"-Vorschrift) geht es in diesem Zusammenhang.

Zur Beseitigung der geschlechtsspezifischen Teilung des Arbeitsmarkts lag die Frage nach „Quotierungen" vor. Damit ist gemeint, daß in einem bestimmten Bereich (Industriezweig, Berufszweig) z.B. eine Quote auf 40% festgelegt wird, die binnen einer bestimmten Zeit an Frauenerwerbstätigkeit erreicht werden soll. Für eine solche Quotenregelung hat sich auch der DGB ausgesprochen. Sonst hat er leider wenig Konkretes dazu vorgeschlagen. Recht konkrete Vorstellungen gab es hier bei *Courage* wie bei der Arbeitsrechtlerin H. Pfarr. In der Wirtschaft wie im öffentlichen Dienst und in der Ausbildung soll es Zielvorgaben geben, die durch Analysen der Betriebsräte aufgestellt werden müßten und zwingend vorschrieben, in diesen Bereichen bevorzugt Frauen einzustellen. Die Quotierung müßte gleichzeitig mit einer Verpflichtung auf Ausbildung für Frauen in den entsprechenden Qualifikationen verbunden sein, die ebenfalls von den Kapitalisten durchzuführen wäre. Die Durchsetzung einer solchen Regelung ist so gedacht, daß vor allen Dingen Betriebe, die öffentliche Aufträge oder Subventionen erhalten, dazu gezwungen werden sollen, solche Maßnahmen durchzuführen. S. Plogstedt von der *Courage* geht davon aus, daß eine Untersuchung der verschiedenen Branchen es ermöglichen müßte, in allen Bereichen solche Quoten festzulegen.

H. Pfarr geht darüberhinaus davon aus, daß die Quotierung sich nicht nur auf Berufsausbildung, Fortbildung so-

von den Kapitalisten durchzuführen wäre. Die Durchsetzung einer solchen Regelung ist so gedacht, daß vor allen Dingen Betriebe, die öffentliche Aufträge oder Subventionen erhalten, dazu gezwungen werden sollen, solche Maßnahmen durchzuführen. S. Plogstedt von der *Courage* geht davon aus, daß eine Untersuchung der verschiedenen Branchen es ermöglichen müßte, in allen Bereichen solche Quoten festzulegen.

H. Pfarr geht darüberhinaus davon aus, daß die Quotierung sich nicht nur auf Berufsausbildung, Fortbildung so-
wie Einstellung und Beförderung erstrecken sollte, sondern auch auf die Arbeitsplätze selber. Das heißt, daß die Arbeitsplätze so umgestaltet werden sollten, daß sie für Frauen wie Münner gleichermaßen geeignet sind. Außerdem verlangt H. Pfarr ein Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen ohne Ausbildung unter 18 Jahren, um so bis zum 18. Lebensjahr einen weiterführenden Schulbesuch oder spezielle Fördermaßnahmen zu ermöglichen, weil gerade die frühe Berufstätigkeit von Mädchen in Hilfsarbeiterberufen die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung fördere. A. Schwarzer verwies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit für beide Geschlechter, um der Frau überhaupt eine gleichberechtigte Teilnahme am Berufsleben zu ermöglichen. Diese Punkte zeigen eigentlich, wie weitgehend die Eingriffe sein müßten, um einer Gleichstellung der Fau im Berufsleben auch nur näher zu kommen.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Rolle der Betriebs- und Personalräte diskutiert. Konkret geht es hier um Änderungen des BVG, u.a. darum, ob dort festgelegt werden soll, daß es Gleichstellungsausschüsse (ähnlich den Wirtschaftsausschüssen) geben soll. Der DGB meint, dies solle den Betriebsräten überlassen bleiben. Jedoch bejaht auch der DGB die Möglichkeit einer Konkretisierung der Aufgaben des Betriebsrats, was die Gleichstellung der Frauen betrifft. Das „wie" blieb allerdings offen.

Von anderer Stelle wird verlangt, daß der Betriebsrat regelmäßig über seine Bemühungen zur Gleichstellung der Frau berichten soll. Positiv verhielt sich der DGB dazu, daß ein Einspruchsrecht des Betriebsrats gegen Fälle der Ungleichbehandlung gesetzlich verankert werden soll. Darüberhinaus fordert der DGB mit anderen die „echte" Mitbestimmung, das hießt, der Einspruch des Betriebsrats muß eine geplante Maßnahme des Kapitalisten: Kündigung, Nichteinstellung, Nichtbeförderung etc. verhindern. H. Pfarr fordert darüberhinaus ein Klagerecht des Betriebsrats vor den Arbeitsgerichten in Fällen der Nichtgleichbehandlung.

Daß es in der Frage Quotierung in Beruf und Ausbildung wie auch der besonderen Förderung der Frau Einheit gibt bei Gewerkschafterinnen und den auf dem Hearing anwesenden Feministinnen, ist ein guter Ansatzpunkt. Über konkrete Maßnahmen müßte weiter diskutiert werden, ebenso über Änderungen des BVG. Hierzu haben auch die Sozialdemokratinnen Vorschläge gemacht, auf die ich jetzt nicht näher eingehe.

Insgesamt stellt sich bei der Frage Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt oder im Beruf die Sache ja so, welche Zwangsgesetze gegen die Kapitalisten erlassen und durchgesetzt werden können, um überhaupt zu Maßnahmen zu kommen. Ausgenommen bei der ganzen Diskussion ist bisher die ganze Frage Neuorganisation der Produktion (qualitativ) von der Gebrauchswertseite her ebenso wie die ganze Hausarbeit, die im Hearing von A. Schwarzer berührt wurde, indem sie Rechte für Hausfrauen betreffend Renten-, Unfall- und Krankenversicherung forderte. Die Frage einer anderen Organisierung der Hausarbeit stand nicht zur Diskussion. Auch wird bei steigender Massenarbeitslosigkeit das Problem immer sichtbarer, daß eine „gerechte" Verteilung der Arbeit oder der Berufe zwischen Mann und Frau das Problem nicht löst, daß der Kapitalismus nicht dazu in der Lage ist, allen Gliedern der Gesellschaft die Existenz zu sichern. Gegenwärtig werden Frauen von diesem Tatbestand härter getroffen – aber alleine um die Umverteilung dieses „Mangels" kann es ja wohl nicht gehen. Das heißt, die angesprochenen Maßnahmen zur Gleichstellung der Frau müßten in ein Gesamtkonzept eingebettet werden, das sich die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zum Ziel setzt.

Öffentlicher Dienst: Wirklich unver-

Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt oder im Beruf die Sache ja so, welche Zwangsgesetze gegen die Kapitalisten erlassen und durchgesetzt werden können, um überhaupt zu Maßnahmen zu kommen. Ausgenommen bei der ganzen Diskussion ist bisher die ganze Frage Neuorganisation der Produktion (qualitativ) von der Gebrauchswertseite her ebenso wie die ganze Hausarbeit, die im Hearing von A. Schwarzer berührt wurde, indem sie Rechte für Hausfrauen betreffend Renten-, Unfall- und Krankenversicherung forderte. Die Frage einer anderen Organisierung der Hausarbeit stand nicht zur Diskussion. Auch wird bei steigender Massenarbeitslosigkeit das Problem immer sichtbarer, daß eine „gerechte" Verteilung der Arbeit oder der Berufe zwischen Mann und Frau das Problem nicht löst, daß der Kapitalismus nicht dazu in der Lage ist, allen Gliedern der Gesellschaft die Existenz zu sichern. Gegenwärtig werden Frauen von diesem Tatbestand härter getroffen – aber alleine um die Umverteilung dieses „Mangels" kann es ja wohl nicht gehen. Das heißt, die angesprochenen Maßnahmen zur Gleichstellung der Frau müßten in ein Gesamtkonzept eingebettet werden, das sich die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zum Ziel setzt.

Öffentlicher Dienst: Wirklich unver-
ständlich bleibt, wieso sich der DGB bei dieser Frage auf die Feststellung beschränkte, daß hier dasselbe zu gelten habe wie in der Wirtschaft auch. Na schön. Aber wäre es nicht angemessen, angesichts der Durchsetzungsmöglichkeiten, die eine Regierung im öffentlichen Dienst hat, hier besonders auf Maßnahmen zu dringen, z.B. Festlegung von Quoten in Beschäftigung und Ausbildung für Frauen. In der Industrie berufen sich die Kapitalisten auf das Recht auf Eigentum. Im öffentlichen Dienst kann das die Regierung schlecht tun. *Emma* und *Courage* stellten Forderungen in dieser Richtung, wohl zu recht.

Diskriminierung im Geschäftsverkehr, Wohnungsvergabe: *Emma* und *Courage* fordern hier ein Benachteiligungsverbot. Ausführlich ist die Stellungnahme von A. Schwarzer, die auf Benachteiligungen bei Krankenversicherung, Rentenversicherung, Lebensversicherung, Wohnungsvergabe, Darlehensverträgen etc. hinweist. Gleichzeitig wird gesagt, daß in diesem Bereich die Diskriminierung am wenigsten faßbar ist. Ein Benachteiligungsverbot würde z.B. vorsehen, daß ein Vermieter, der eine Mieterin, weil Frau, ablehnt, zur Vermietung gezwungen werden kann.

Wahlrecht: Die Fragen der Anhörung zielten darauf, ob offene Listen empfohlen werden sollen. Darunter wird verstanden, daß die Wähler durch Ankreuzen von Kandidatinnen diese (unabhängig vom Listenplatz) ins Parlament kriegen können. *Emma* und *Courage* sprachen sich dafür aus und traten darüberhinaus für eine Quotenregelung bei Aufstellung der Listen ein: Die Frauen sollen mindestens in dem Umfang präsent sein, wie es ihrem Mitgliederanteil in den Parteien entspricht.

Medien, Werbung: S. Plogstedt forderte ein Vorlegegebot der Werbung bei der zu schaffenden Bundesbehörde für Gleichstellung. Dies soll das Nichterscheinen einer Schrift bewirken können. A. Schwarzer schlägt das Verbot „Frauen herabwürdigender Werbung" vor, ebenso ein Klagerecht für Frauengruppen gegen sexistische Werbung.

Es ist sicher problematisch, die Trennungslinie zwischen „Frauen herabwürdigender Werbung" und Puritanismus zu finden. Dies ist ja weitgehend eine Frage des Empfindens gerade der Frauen, was sich schlecht gerichtsnotorisch fassen läßt. Kann juristisch festgestellt werden, was ästhetisch ist und wo Sexismus anfängt? Das Verbot von Prostitution oder auch von Pornographie ist zwar berechtigt, die Durchsetzbarkeit hängt jedoch von der Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ab und damit einhergehend auch der „Moral".

Überwachungsinstanzen: S. Plogstedt und A. Schwarzer sowie H. Pfarr treten für die Einrichtung einer Bundesbehörde ein, allerdings mit unterschiedlichen Befugnissen ausgestattet.

rage sprachen sich dafür aus und traten darüberhinaus für eine Quotenregelung bei Aufstellung der Listen ein: Die Frauen sollen mindestens in dem Umfang präsent sein, wie es ihrem Mitgliederanteil in den Parteien entspricht.

Medien, Werbung: S. Plogstedt forderte ein Vorlegegebot der Werbung bei der zu schaffenden Bundesbehörde für Gleichstellung. Dies soll das Nichterscheinen einer Schrift bewirken können. A. Schwarzer schlägt das Verbot „Frauen herabwürdigender Werbung" vor, ebenso ein Klagerecht für Frauengruppen gegen sexistische Werbung.

Es ist sicher problematisch, die Trennungslinie zwischen „Frauen herabwürdigender Werbung" und Puritanismus zu finden. Dies ist ja weitgehend eine Frage des Empfindens gerade der Frauen, was sich schlecht gerichtsnotorisch fassen läßt. Kann juristisch festgestellt werden, was ästhetisch ist und wo Sexismus anfängt? Das Verbot von Prostitution oder auch von Pornographie ist zwar berechtigt, die Durchsetzbarkeit hängt jedoch von der Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ab und damit einhergehend auch der „Moral".

Überwachungsinstanzen: S. Plogstedt und A. Schwarzer sowie H. Pfarr treten für die Einrichtung einer Bundesbehörde ein, allerdings mit unterschiedlichen Befugnissen ausgestattet.
Der DGB lehnt eine solche Behörde oder Einrichtung generell ab. *Emma* und *Courage* schlagen eine weisungsunabhängige Bundesoberbehörde vor. Sie soll nach *Emma* relativ umfassende Funktionen haben: Frauenförderpläne aufstellen, die Lage auf dem Arbeitsmarkt untersuchen, Auskunft geben, Beratungen durchführen, Prozeßhilfe leisten. Die Stelle soll auch Bußgelder verhängen können. In den öffentlichen Diensten soll eine Ombudsfrau tätig werden (Vertrauensfrau für Frauenrechtsfragen). Darüberhinaus fordern *Emma* und *Courage* das Mittel der Verbandsklage, um eine Einhaltung des Gesetzes zu ermöglichen.

H. Pfarr tritt für die Schaffung einer Behörde ein, die ähnliche Aufgaben hätte wie das Gewerbeaufsichtsamt: Die Anwendung des Gesetzes soll überwacht, Verwaltungsstrafen und Bußgelder könnten angeordnet werden. H. Pfarr sieht diese Stelle als Hilfsmittel für Betriebsräte an, nicht als Instanz zur Kontrolle der Einhaltung des Gesetzes.

Es besteht durchaus die Gefahr, daß die Regierung mit der Einrichtung einer Kommission liebäugelt, die eine Art Vorzeigebehörde wäre und womöglich noch die Befugnisse der Gewerkschaften und Betriebsräte einschränken würde. Damit es dazu nicht kommt, wäre es nötig, daß der DGB selber Vorstellungen über die positive Funktion einer solchen Behörde entwickelt.

anm., Frankfurt

Material:
WSI Mitteilungen 4/81
DGB – Frauen und Arbeit 1/1982
Schriftliche Stellungnahmen zum Hearing

Anzeige

Friedrich Engels
Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
Best.-Nr. 0180, DM 3,80

August Bebel
Die Frau und der Sozialismus
Best.-Nr. 0347, DM 8,80

Clara Zetkin
Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands
Best.-Nr. 0355, DM 6,50

Alexandra Kollontai
Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung
Best.-Nr. 0361, DM 18,00

BUCHVERTRIEB HAGER
Postfach 111162
6000 Frankfurt 11



Sachbücher

Alfred Kantorowicz
Spanisches Tagebuch
Fischer 5175, 15,80 DM

Im „Spanischen Tagebuch" schildert A. Kantorowicz seine Erlebnisse während des Spanischen Bürgerkriegs, an dem er als Offizier der Internationalen Brigaden zwischen 1936 und 1938 teilgenommen hatte. Auf Grundlage der Notizen und Aufzeichnungen über seine Erlebnisse, Erfahrungen, Empfindungen und Reflexionen während des Bürgerkriegs ist dieses Buch direkt nach der Niederschlagung der Spanischen Republik entstanden und 1938 erstmals in den USA und Großbritannien veröffentlicht worden. Die vorliegende Taschenbuchausgabe basiert auf der unveränderten deutschen Ausgabe von 1979. Ein spannendes und politisch lehrreiches Buch über den Kampf des spanischen Volkes und der Internationalen Brigaden gegen den internationalen Faschismus am Vorabend des II. Weltkrieges.

Rosa Meyer-Leviné
Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920 – 1933
Fischer 5103, 14,80 DM

In der Biographie über ihren ersten Ehemann „Leviné. Leben und Tod eines Revolutionärs" *(Fischer TB 1483)* hat Rosa Meyer-Leviné eines der besten biographischen Bücher über die Phase der deutschen Revolution von 1918/19 geschrieben. In dem Buch „Im inneren Kreis" schildert sie aus autobiographischer Sicht die Politik der KPD und der Komintern in der Weimarer Republik. Als Dolmetscherin für die sowjetischen Delegationen in Deutschland, aktives Mitglied der KPD und Ehefrau von Ernst Meyer, einem der bedeutendsten Führer der KPD jener Jahre, erlebte sie die verschiedenen Phasen und Wandlungen kommunistischer Politik in der Weimarer Zeit, die sie in ihrem Buch in Form persönlicher Erfahrungen und der Darstellung dokumentarischen Materials schildert.

Floris B. Bakels
Nacht und Nebel.
Der Bericht eines holländischen Christen aus deutschen Gefängnissen und Konzentrationslagern
Fischer 3468, 10,80 DM

Ein eindringlicher Bericht über einen langen Leidensweg durch die staatlichen Zwangsapparate des faschistischen Deutschland vom deutschen Polizeigefängnis in Scheveningen und dem polizeilichen Durchgangslager Amersfoort über das Kriegswehrmachtsgefängnis Utrecht, verschiedener KZs bis zum KZ Dachau.

Sabine Richebächer
Uns fehlt nur eine Kleinigkeit.
Deutsche proletarische

autobiographischer Sicht die Politik der KPD und der Komintern in der Weimarer Republik. Als Dolmetscherin für die sowjetischen Delegationen in Deutschland, aktives Mitglied der KPD und Ehefrau von Ernst Meyer, einem der bedeutendsten Führer der KPD jener Jahre, erlebte sie die verschiedenen Phasen und Wandlungen kommunistischer Politik in der Weimarer Zeit, die sie in ihrem Buch in Form persönlicher Erfahrungen und der Darstellung dokumentarischen Materials schildert.

Floris B. Bakels
Nacht und Nebel.
Der Bericht eines holländischen Christen aus deutschen Gefängnissen und Konzentrationslagern
Fischer 3468, 10,80 DM

Ein eindringlicher Bericht über einen langen Leidensweg durch die staatlichen Zwangsapparate des faschistischen Deutschland vom deutschen Polizeigefängnis in Scheveningen und dem polizeilichen Durchgangslager Amersfoort über das Kriegswehrmachtsgefängnis Utrecht, verschiedener KZs bis zum KZ Dachau.

Sabine Richebächer
Uns fehlt nur eine Kleinigkeit.
Deutsche proletarische
Frauenbewegung 1890 – 1914
Fischer 3724, 14,80 DM

Ausgangspunkt der Darstellung ist eine ausführliche Untersuchung des „Lebenszusammenhangs der proletarischen Frau" während der Jahrhundertwende. Untersucht werden die Erwerbstätigkeit von Frauen, spezielle Formen der Frauenarbeit und anhand exemplarischer autobiographischer Darstellungen die Situation der Frauen in der Gesellschaft (Ausbildung, Freizeit, Familie, Sexualität etc.). Der zweite Hauptteil analysiert die „politisch-ideologischen Bezugspunkte der proletarischen Frauenbewegung" (Entwicklung der politischen Auffassungen in der SPD, Frauenemanzipationstheorien, reformistische Gesellschaftskonzeptionen etc.). Im dritten Teil wird die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung zwischen 1889 und 1914 beschrieben.

Ulrich Albrecht
Kündigt den Nachrüstungsbeschluß! Argumente für die Friedensbewegung
Fischer 4239, 8,80 DM

Ein nützliches Buch mit vielen Fakten und Daten zur Atomrüstungspolitik in den 60er und 70er Jahren, der Entwicklung der Marschflugkörper, Pershing-Raketen und Kampfflugzeuge mit Atomraketenbestückung und einem Szenario aus einem Taktiklehrbuch der Generalstäbler-Ausbildung der US-Armee über einen begrenzten Atomschlag in Hessen im Rahmen eines konventionellen Krieges. In den letzten beiden Kapiteln werden politische Schlußfolgerungen zum Kampf gegen den drohenden Atomkrieg vor-

Darstellungen die Situation der Frauen in der Gesellschaft (Ausbildung, Freizeit, Familie, Sexualität etc.). Der zweite Hauptteil analysiert die „politisch-ideologischen Bezugspunkte der proletarischen Frauenbewegung" (Entwicklung der politischen Auffassungen in der SPD, Frauenemanzipationstheorien, reformistische Gesellschaftskonzeptionen etc.). Im dritten Teil wird die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung zwischen 1889 und 1914 beschrieben.

Ulrich Albrecht
Kündigt den Nachrüstungsbeschluß! Argumente für die Friedensbewegung
Fischer 4239, 8,80 DM

Ein nützliches Buch mit vielen Fakten und Daten zur Atomrüstungspolitik in den 60er und 70er Jahren, der Entwicklung der Marschflugkörper, Pershing-Raketen und Kampfflugzeuge mit Atomraketenbestückung und einem Szenario aus einem Taktiklehrbuch der Generalstäbler-Ausbildung der US-Armee über einen begrenzten Atomschlag in Hessen im Rahmen eines konventionellen Krieges. In den letzten beiden Kapiteln werden politische Schlußfolgerungen zum Kampf gegen den drohenden Atomkrieg vor-
gestellt.

Michael S. Voslensky
Nomenklatura – Die herrschende Klasse der Sowjetunion
Moewig 3143, 9,80 DM

Michael Voslensky hat mit diesem Buch eine plastische Schilderung der herrschenden Klasse der Militärs, Partei- und Staatsführung geliefert aus der Sicht eines Sowjetbürgers, der die Nomenklatura der Sowjetunion aus eigener Anschauung kennt. Ein für die Analyse und Kritik der sowjetischen Gesellschaft wichtiges und nützliches Buch, weniger wegen der analytischen Interpretation als der Beispiele und ausführlichen Schilderungen.

Robert Leicht (Hrsg.)
Im Laufe des Jahres. Deutsche Texte und Dokumente 1981
dtv 1754, 8,80 DM

Eine Sammlung von Reden, Artikeln und Aufsätzen aus Zeitungen, Bundestagsreden etc. zu Themen, die 1981 im Mittelpunkt der Diskussion standen, so zur Friedensbewegung, Nationalen Frage, Entwicklung und Positionen der Kirche

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.)
Ohne Zweifel für den Staat. Die Praxis zehn Jahre nach dem Radikalenerlaß
rororo 4728, 10,80 DM

Dokumente über die Entwicklung und Anwendung des Radikalenerlasses und Erfahrungsbericht aus der alltäglichen Praxis.

Ernest Mandel
Amerika und Europa.

der Sicht eines Sowjetbürgers, der die Nomenklatura der Sowjetunion aus eigener Anschauung kennt. Ein für die Analyse und Kritik der sowjetischen Gesellschaft wichtiges und nützliches Buch, weniger wegen der analytischen Interpretation als der Beispiele und ausführlichen Schilderungen.

Robert Leicht (Hrsg.)
Im Laufe des Jahres. Deutsche Texte und Dokumente 1981
dtv 1754, 8,80 DM

Eine Sammlung von Reden, Artikeln und Aufsätzen aus Zeitungen, Bundestagsreden etc. zu Themen, die 1981 im Mittelpunkt der Diskussion standen, so zur Friedensbewegung, Nationalen Frage, Entwicklung und Positionen der Kirche

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.)
Ohne Zweifel für den Staat. Die Praxis zehn Jahre nach dem Radikalenerlaß
rororo 4728, 10,80 DM

Dokumente über die Entwicklung und Anwendung des Radikalenerlasses und Erfahrungsbericht aus der alltäglichen Praxis.

Ernest Mandel
Amerika und Europa.
Die Widersprüche des Imperialismus
rororo 7478, 5,80 DM

Eine Untersuchung über die imperialistische Konkurrenz zwischen den USA und den europäischen Ländern, die im Zusammenschluß in der EG sich die Bedingungen geschaffen haben, mit den US-amerikanischen und japanischen Monopolen konkurrieren zu können.

Belletristik

Laurence Sterne
Das Leben und die Meinungen des Tristram Shandy
Insel TB 621, 18,00 DM

Der sentimental-satirische Roman aus den Jahren 1759/67, der den irischen Dichter L. Sterne (1713 – 1768) berühmt gemacht hat. In ihm werden die herrschenden Anschauungen in der Zeit der aufstrebenden Bourgeoisie dargestellt, in der diese ihre eigenen Lebensformen auch in der Literatur zur Geltung brachte, sich aber auch schon die ersten Widersprüch innerhalb der bürgerlichen Klasse entwickelten. „Die praktische Ohnmacht der menschlichen Subjektivität, die ständig wachsende kapitalistische Gesellschaft mit der wirklichen Selbsttätigkeit zu durchdringen, äußert sich protestartig in dem Versuch, die ohnmächtige Subjektivität auf sich selbst zu stellen und eine eigene ‚unabhängige' Welt der Innerlichkeit aufzubauen. Laurence Sterne ist der Schriftsteller, bei dem diese Tendenzen zum erstenmal bewußt zum Ausdruck kommen." (Lukács)

Thomas Brasch
Majakowski-Lesebuch
suhrkamp taschenbuch 766, 9,00 DM

Kaum ein Name ist enger mit der Entwicklung der sowjetischen Literatur und Kunst nach der Oktoberrevolution verbunden als der von Wladimir Majakowski. Kampflieder wie der „linke Marsch" und lyrische Liebesgedichte, satirische Persiflagen wie „Die Wanze" und bissige literarische Kritiken am entstehenden Bürokratismus in der jungen Sowjetunion wie in „Die auf Sitzungen versessenen", ROSTA-Fenster zur Aufklärung und Alphabetisierung – alles, was man aufzählen wollte, macht immer nur einen Teil von dem aus, was Majakowski machte und war.

Ngugi Wa Thiong'o
Verborgene Schicksale. Erzählungen
edition suhrkamp 1111, 9,00 DM

Der 1938 in Kenia geborene Ngugi Wa Thiong'o ist wohl der bedeutendste und bekannteste ostafrikanische Schriftsteller der Gegenwart. In seinen Romanen und Erzählungen leistet er nicht nur eine scharfe Kritik am Imperialismus und Kolonialismus, sondern setzt sich auch kritisch mit Fehlern im Befreiungskampf des kenianischen Volkes und vor allem der Politik nach der erkämpften Unabhängigkeit auseinander. Diese kritische Darstellung in seiner Literatur hat ihn nicht nur seinen Lehrstuhl an der Universität von Nairobi gekostet, sondern auch über ein Jahr „Sicherheitshaft" eingebracht (1977/78). Seit seiner Begnadigung lebt und arbeitet Ngugi auf dem Land bei den Bauern.

Marsch" und lyrische Liebesgedichte, satirische Persiflagen wie „Die Wanze" und bissige literarische Kritiken am entstehenden Bürokratismus in der jungen Sowjetunion wie in „Die auf Sitzungen versessenen", ROSTA-Fenster zur Aufklärung und Alphabetisierung – alles, was man aufzählen wollte, macht immer nur einen Teil von dem aus, was Majakowski machte und war.

Ngugi Wa Thiong'o
Verborgene Schicksale. Erzählungen
edition suhrkamp 1111, 9,00 DM

Der 1938 in Kenia geborene Ngugi Wa Thiong'o ist wohl der bedeutendste und bekannteste ostafrikanische Schriftsteller der Gegenwart. In seinen Romanen und Erzählungen leistet er nicht nur eine scharfe Kritik am Imperialismus und Kolonialismus, sondern setzt sich auch kritisch mit Fehlern im Befreiungskampf des kenianischen Volkes und vor allem der Politik nach der erkämpften Unabhängigkeit auseinander. Diese kritische Darstellung in seiner Literatur hat ihn nicht nur seinen Lehrstuhl an der Universität von Nairobi gekostet, sondern auch über ein Jahr „Sicherheitshaft" eingebracht (1977/78). Seit seiner Begnadigung lebt und arbeitet Ngugi auf dem Land bei den Bauern.

Emile Zola
Germinal
Goldmann 7605, 9,80 DM

Zolas „Germinal" (1885) ist der erste Roman der französischen Literatur, vielleicht der gesamten Literatur, in dem die Arbeiterklasse nicht nur als leidende, ausgebeutete Klasse, in ihren elenden Arbeits- und Lebensverhältnissen geschildert wird, sondern in dem das Proletariat als kämpfende *Klasse* auftritt. In „Germinal" beschreibt Zola den Kampf der Bergarbeiter während des großen Bergarbeiterstreiks im nordfranzösischen Kohlerevier in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts.

Oskar Maria Graf
Anton Sittinger
dtv 1758, 9,80 DM

Der satirische Roman „Anton Sittinger" wurde von Graf 1937 im tschechoslowakischen Exil geschrieben. In ihm schildert er am Beispiel des unterwürfigen, doppelgesichtigen und stets mit der Zeitkonjunktur gehenden Verhaltens des Postinspektors Anton Sittinger während des I. Weltkrieges, der Zeit der deutschen Revolution und Konterrevolution und der Weimarer Republik bis zum Machtantritt des Faschismus, das Bild eines wankelmütigen Kleinbürgers, deutschen Untertanen und Beamten.

Gabriel Garcia Marquez
Hundert Jahre Einsamkeit
Paperbackreihe bei Kiepenheuer & Witsch 3, 12,80 DM

Der 1967 entstandene Roman des Kolumbianers Marquez wurde zum größten lateinamerikanischen Bucherfolg, den es bisher gab, weit über eine Million Exemplare wurden davon bisher verkauft. Er gilt als *das* „Modell" des lateinamerikanischen Romans der Gegenwart. Anhand der Geschichte der Familie Buendia im Ort Macondo über sieben Generationen erzählt der Roman die Geschichte des lateinamerikanischen Kontinentes in einer einzigartigen Mischung von Mythos und realer Entwicklung seit der europäischen Kolonisierung über die Entstehung der selbständigen Republiken, den Beginn des Imperialismus bis zum Neoimperialismus der Gegenwart.

Jurij Trifonow
Starik
rororo 4914, 7,80 DM

Trifonow, einer der besten Vertreter der gegenwärtigen Literatur der Sowjetunion, gibt mit seinem Roman „Starik" einen Einblick in die sowjetische Gesellschaft der Gegenwart. Während der alte Pawel Jewgrafowitsch zurückdenkt an die Ereignisse und Erfahrungen der Revolution, sitzt er in seiner kleinen Datscha am Rande von Moskau und muß sich Tag für Tag das Geplauder, Geschwätz und Gezeter seiner Verwandten und Nachbarn über ihre kleinkarierten Hoffnungen und Alltagssorgen anhören, die kaum noch etwas mit seinen Vorstellungen und Erwartungen gemein haben, die er auf die Entwicklung des Sozialismus gesetzt hatte.

Werkkreis Literatur der Arbeitswelt
Landfriedensbruch. Reportagen und Geschichten aus der Provinz
Fischer 5239, 8,80 DM

nischen Kontinentes in einer einzigartigen Mischung von Mythos und realer Entwicklung seit der europäischen Kolonisierung über die Entstehung der selbständigen Republiken, den Beginn des Imperialismus bis zum Neoimperialismus der Gegenwart.

Jurij Trifonow
Starik
rororo 4914, 7,80 DM

Trifonow, einer der besten Vertreter der gegenwärtigen Literatur der Sowjetunion, gibt mit seinem Roman „Starik" einen Einblick in die sowjetische Gesellschaft der Gegenwart. Während der alte Pawel Jewgrafowitsch zurückdenkt an die Ereignisse und Erfahrungen der Revolution, sitzt er in seiner kleinen Datscha am Rande von Moskau und muß sich Tag für Tag das Geplauder, Geschwätz und Gezeter seiner Verwandten und Nachbarn über ihre kleinkarierten Hoffnungen und Alltagssorgen anhören, die kaum noch etwas mit seinen Vorstellungen und Erwartungen gemein haben, die er auf die Entwicklung des Sozialismus gesetzt hatte.

Werkkreis Literatur der Arbeitswelt
Landfriedensbruch. Reportagen und Geschichten aus der Provinz
Fischer 5239, 8,80 DM

Eine Sammlung von Geschichten, Erzählungen und Gedichten dessen, was sich außerhalb der Großstädte auf dem Land und in den kleineren Städten und Gemeinden an Positivem und Negativem abspielt – Eindrücke vom Leben in einem Gebiet, das als Provinz bezeichnet wird, in dem aber mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Bundesrepublik lebt und das mit einer Idylle wenig gemein hat.

Fernsehtip

„Am Anfang war das Feuer", der französische Spielfilm von Jean-Jacques Annaud, der jetzt in den Kinos anläuft, ist Gegenstand eines Fernsehfilms. Die Produktionsmethoden – Annaud's Film zeigt die Bedeutung des Feuers als Lebens- und Überlebensmittel in der Steinzeit – werden vorgestellt. Faszinierend dabei vor allem die Masken für die Steinzeitmenschen, die Schöpfung einer eigenen „Ursprache" (alle Dialoge werden dadurch gebildet) und die Entwicklung der für die Steinzeitmenschen (gemäß Körperbau und Entwicklungsstand) typischen Gesten und Bewegungen. *Sonntag, 7.3., 13.15 Uhr im ARD.* – Das ZDF macht seit vier Jahren in „Tag der Kinder". Wenn der Titel dem Programm auch nicht ganz gerecht wird – interessante Sendungen bleiben doch. Da ist die Verfilmung des Romans „**Die Kinder aus Nr. 67**" von Lisa Tetzner, wo die Auflösung von Kinderfreundschaften im Zuge der heranreifenden Faschistenherrschaft beschrieben wird. Rekrutierung in die faschistische Jugendorganisation und die Auswirkungen auf die Familien der Kinder stehen im Zentrum des Films. *Dienstag, 9.3., 19.27 Uhr.* Gleich anschließend ein Bericht über die Ergebnisse eines Schülerwettbewerbs aus dem letzten Jahr mit dem Thema „Alltag im Nationalsozialismus" und eine Diskussion von Teilnehmern mit Erwachsenen. *21.20 Uhr* – „**Protokoll eines Verdachts**" ist die Geschichte eines Journalisten, der zu Unrecht der DDR-Spionage beschuldigt wird. Nach dem abgeschlossenen Verfahren, ja dem Beweis seiner Unschuld, hat er trotzdem seine Existenzgrundlage verloren. BKA und Verfassungsschutz haben „legal" ermittelt – es scheint so, als träfe sie keine Verantwortung. *Mittwoch, 10.3., 23.10 Uhr im ZDF* – Die Zeit ist reif, die Reportage kommt: „**Schon hinterm Komma hört der Spaß auf – Der Lohnkampf '82**". Vor allem soll ein Stimmungsbild der Bevölkerung wiedergegeben werden, so die Programmgestalter. *Donnerstag, 11.3., 20.15 Uhr im ARD*

Wieder lieferbar!

Nachdem das Buch ein halbes Jahr nicht mehr lieferbar war, können wir ab Mitte März wieder ausliefern

Best.-Nr. 0473, DM 8,50

(Alle Vorbestellungen werden zu dem Termin ausgeliefert)

BUCHVERTRIEB HAGER
Postfach 111162
6000 Frankfurt 11

